

Handelsblatt

Luftfahrt

Boeing gerät wegen der Pannenserie von allen Seiten unter Druck.

▶ 20

Auszeichnung

Wer in diesem Jahr in die Hall of Fame der Familienunternehmen aufgenommen wurde.

▶ 28

Ehud Olmert

Der Plan von Israels Ex-Premier für dauerhaften Frieden.

▶ 12



Versorgung mit Medikamenten: In vielen Apotheken sind Arzneimittel aktuell nicht vorrätig.

Gefährliche Mangelwirtschaft

Fiebersäfte für Kinder, Medikamente gegen Krebs und Diabetes: Tausende Arzneien sind oft nicht erhältlich. Das liegt auch an einer fatalen Preispolitik.

Der Medikamentenmangel in Deutschland ist offenbar dramatischer als angenommen. Zu dieser Einschätzung kommt die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. „Die Engpässe gehen im Versorgungsalltag in den Apotheken weit über das hinaus“, was offiziell gemeldet werde, warnt der Verband.

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte listet derzeit bei knapp 500 Medikamenten Lieferengpässe, ähnlich viele wie vor einem Jahr. Die Liste sei ein gewisser Anhaltspunkt, zeige aber nicht das ganze Bild, sagt Thomas Preis, Vorstandsvorsitzender des Apothekerverbands Nordrhein. „In Wirklichkeit sind es einige Tausend Medikamente, die nicht zu bekommen sind.“ In der Liste stünden nur verschreibungspflichtige Medikamente, bei denen ein Lieferengpass be-

”
In Wirklichkeit sind es einige Tausend Medikamente, die nicht zu bekommen sind.

Thomas Preis
Chef des Apothekerverbands Nordrhein

steht. Rezeptfreie Mittel tauchen dort im Allgemeinen nicht auf.

„Die Hausarztpraxen kämpfen seit Wochen mit massiven Lieferengpässen bei vielen dringend notwendigen und weit verbreiteten Medikamenten“, sagt auch Nicola Buhlinger-Göpfarth, Bundesvorsitzende des Hausärztinnen- und Hausärzterverbands. Immer wieder seien Antibiotika, sowohl für Kinder als auch für Erwachsene, in den letzten Wochen aber auch Blutdrucksenker, Psychopharmaka, Augentropfen und Augensalben sowie bestimmte Statine betroffen. Die Probleme seien seit 15 Jahren bekannt, beklagt Andrew Ullmann (FDP), Mitglied des Gesundheitsausschusses des Bundestags, und weist auf eines der größten Probleme hin: „Die Preisgestaltung hat sich desaströs entwickelt.“ ▶ Fortsetzung auf Seite 4

Kretschmer fürchtet Deindustrialisierung

Sachsens Ministerpräsident setzt im Wahlkampf auch auf die Hilfe der CSU.

Der Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, wirft der Bundesregierung vor, die Deindustrialisierung zu befördern. „Die Großen verlassen das Land, die Kleinen geben auf und gehen vorher noch einmal auf die Straße, weil sie hoffen, dass wenigstens das zu

etwas führt“, beschreibt der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende die Stimmung im Land.

Kretschmer rechnet im sächsischen Wahlkampf gegen die AfD „mit breiter Unterstützung aus der Bundespartei, aber auch von der CSU“. D. Delhaes ▶ 8

BMW baut in München künftig nur E-Autos

Die Verbrenner werden ab 2027 dann nur noch in anderen Werken gefertigt.

2027 sollen im Münchener Stammwerk von BMW die letzten Verbrennerautos vom Band laufen. Das hat Produktionsvorstand Milan Nedeljkovic am Mittwoch angekündigt. Der Konzern will in den Umbau der Produktion 650 Millionen Euro investieren. In drei Jahren

sollen dann in München nur noch Limousinen der voll-elektrischen „Neuen Klasse“ hergestellt werden, die BMW gerade entwickelt und die Ende 2025 auf den Markt kommen sollen. Bis 2030 will der Konzern mehr als die Hälfte des Absatzes mit E-Autos bestreiten. ▶ 22



Märkte

Dax
16.675 Pkt.
-0,08 %

MDax
26.228 Pkt.
-0,36 %

TecDax
3.253 Pkt.
-0,74 %

E-Stoxx 50
4.465 Pkt.
-0,05 %

Dow Jones
37.598 Pkt.
+0,19 %

Nasdaq
14.914 Pkt.
+0,38 %

S&P 500
4.765 Pkt.
+0,18 %

Nikkei
34.442 Pkt.
+2,01 %

Euro/Dollar
1,0967 US\$
+0,33 %

Gold
2.027,17 US\$
-0,15 %

Öl
78,92 US\$
+4,16 %

Dax Gewinner

1 Heidelberg. Mat.
+2,33 %
85,28 €

2 Sap
+1,88 %
141,90 €

3 Siemens Energy
+1,83 %
12,24 €

Verlierer

1 Sartorius Vz.
-3,21 %
313,30 €

2 Qiagen N.V.
-2,40 %
40,69 €

3 Bayer
-2,15 %
34,83 €

Stand: 17:00 Uhr

SPD-Klausur

Schlechte Umfragen schüren Unruhe

Die SPD-Bundestagsfraktion trifft sich an diesem Donnerstag zu ihrer Jahresauftaktklausur. Bei dem zweitägigen Treffen in Berlin wollen die Abgeordneten ihren inhaltlichen Kurs für die nächsten Monate abstecken. Für Unruhe sorgen die miserablen Umfrageergebnisse der Partei. Jusos-Chef Philipp Türmer sprach von einer zutiefst besorgniserregenden Lage und warnte: „Würden die Menschen heute in Deutschland wählen, dann wäre das ein bitteres Erwachen – auch für viele SPD-Abgeordnete.“ Der Chef des konservativen SPD-Flügels, Dirk Wiese, kritisierte den teils öffentlichen Streit der Ampelkoalition. „Wir haben ordentlich Luft nach oben.“ ▶ 6

Bundeshaushalt

Arbeitgeber äußern Kritik an Sparplänen

Die von der Regierung geplanten Haushaltskürzungen zulasten der Beitragszahler der Sozialversicherungen sorgen für scharfe Kritik. So fordert die Bundesregierung Zuschüsse in Höhe von mehr als fünf Milliarden Euro, die sie in der Coronakrise für das Kurzarbeitergeld an die Bundesagentur für Arbeit geleistet hatte, nun teilweise zurück. Diese Rückforderung sei „das Gegenteil von rechtsstaatlich verlässlichem Regierungshandeln“, kritisiert der Arbeitgeberverband BDA in seiner Stellungnahme für die Bundestagsanhörung zum Haushaltsfinanzierungsgesetz an diesem Donnerstag. ▶ 10

Investmentbanking

Dauerkrise lässt Boni schrumpfen

Das globale Investmentbanking hat erneut ein schwaches Jahr hinter sich. Die andauernde Flaute im Geschäft mit Börsengängen und Übernahmen dürfte für noch einmal deutlich niedrigere Boni sorgen. Die US-Beratung Johnson Associates rechnet nach dem Einbruch 2022 für 2023 mit einem weiteren Minus von bis zu 25 Prozent. Die Investmentbanken sparen aber nicht nur beim Gehalt, sie streichen auch Stellen, so viele wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Für 2024 hofft die Branche auf eine Erholung – aber Risiken bleiben. ▶ 36

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,20 € Frankreich 4,20 € / 4,50 € Großbritannien 3,70 GBP / 4,00 GBP Schweiz 5,50 CHF / 6,00 CHF Polen 23,00 PLN / 24,00 PLN

Westend61/Getty Images, imago images / Pacific Press Agency

Monatsabonnent: Handelsblatt Print: 69,90 Euro Handelsblatt Print + Premium: 79,80 Euro www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice Tel. 0211 987 3602 kundenservice@handelsblatt.com

40002 190253 103507

PREIS 3,50 €

G 02531

Handelsblatt

Thema des Tages

Gefährliche Mangelwirtschaft Fiebersäfte für Kinder, Medikamente gegen Krebs und Diabetes: Tausende Arzneien sind derzeit nicht erhältlich. Das liegt auch an einer fatalen Preispolitik. ▶ 1

Politik

Aufbruch in der SPD Angesichts desaströser Umfragewerte bröckelt in der SPD die Unterstützung für Kanzler Scholz. Vor der Klausur der Bundestagsfraktion gibt es heftige Kritik. ▶ 6

Global Risk Report Aussichten für 2024 „ziemlich pessimistisch“. ▶ 7

Michael Kretschmer „Die Bundesregierung hat viel Groll und Wut produziert.“ ▶ 8

Geoeconomics Wer hat Angst vor Donald Trump? ▶ 9

Bundshaushalt Sparen auf Kosten der Beitragszahler. ▶ 10

Ecuador Die organisierte Kriminalität erklärt der Regierung den Krieg. ▶ 11

Ehud Olmert „Wir sollten die Offensive in Gaza beenden.“ ▶ 12

Mario Draghi Meister des unerwarteten Comebacks. ▶ 13

Narendra Modi Wie Indiens Premier mehr Investoren ins Land locken will. ▶ 13

Unternehmen

Boeing Die Produktionsprobleme häufen sich, der Konzern gerät von allen Seiten unter Druck. ▶ 20

Versicherung Allianz findet möglichen Nachfolger für Aufsichtsratschef Diekmann. ▶ 21

Autoindustrie BMW stellt das Stammwerk auf E-Autos um. ▶ 22

Wirtschaftsprüfer EY legt Widerspruch gegen Strafbescheid ein. ▶ 23

Neobank Vivid übernimmt luxemburgisches Fintech. ▶ 24

Vergütung Höherer Inflationsbonus für Commerzbank-Mitarbeiter. ▶ 24

Start-ups E-Scooter-Anbieter Tier fusioniert mit Konkurrent Dott. ▶ 25



REUTERS

20

Boeing
Die Probleme bei dem Flugzeugbauer häufen sich.

26

Steffi Czerni
Die Burda-Managerin über die wachsende digitale Konkurrenz in Zeiten von KI.



Thomas Dasher für Handelsblatt



dpa

In dieser Ausgabe

Namensindex

Abbas, Mahmud	12
Altman, Sam	26
Bäte, Oliver	21
Benko, René	15
Biden, Joe	14
Borthwick, Alastair	36
Bosse, Christine	21
Brandl, Stefan	30
Bruce, Stephanie	21
Burda, Hubert	27
Büttner, Thies	10
Calhoun, David	20
Clark, Tim	20
Coyle, Diane	16
Crockford, Gesa	37
Czerny, Steffi	26
Dabo, Ismael	45
Diekmann, Michael	21
Dobrindt, Alexander	8
Dräxlmaier, Fritz	13
Dyson, Esther	27
El-Erian, Mohamed	36
Emeshev, Alexander	24
Esken, Saskia	7
Fake, Caterina	26
Füssel, Matthias	25
Gabriel, Markus	26
Galloway, Scott	27
Gerlach, Judith	11
Haas, Stefan	45
Haase, Christian	10
Habeck, Robert	8, 15
Hainer, Herbert	21
Hanif, Farooq	45
Harding-Jones, Alison	36
Hecker, Christian	24
Heinz, Carl-August	28
Heinz, Carletta	28
Herrndon, Holly	27
Hörauf, Bernd	29
Huttner, Michael	44
Ide, Shingo	47
Jaffé, Michael	23
Johnson, Alan	36
Jong-un, Kim	15
Jörnnow, Lars	25
Kaczynski, Jaroslaw	15

Kehlert, Kristian	37
Kett, Philip	44
Klemm, Anne-Kathrin	11
Kretschmer, Michael	8
Kunkel, Maximilian	46
Kusch, Felix	37
Lauterbach, Karl	11
Leuschner, Lawrence	25
Lindner, Christian	15
Linnemann, Carsten	9
McTamney, Michael	36
Merz, Friedrich	8
Michel, Charles	13
Mlnarsky, Sabine	24
Modi, Narendra	13
Moissinac, Henri	25
Musk, Elon	26
Noboa, Daniel	44
Nedeljkovic, Milan	22
Netanjahu, Benjamin	12
Noboa, Daniel	11
O'Leary, Michael	20
Olmert, Ehud	12
Orbán, Viktor	13
Pääbo, Svante	27
Pistorius, Boris	7
Preis, Thomas	14
Puchner, Martin	26
Putin, Wladimir	15
Reblin, Jan	30
Reichelt, Mike	22
Scherer, Jörg	48
Schmalzl, Joachim	38
Schneider, Jörg	21
Scholz, Olaf	6, 14, 15
Schumann, Rolf	27
Schwarz, Dieter	27
Schwesig, Manuela	6
Shirokov, Ilya	24
Söder, Markus	28
Spiekermann, Sarah	6
Swisher, Kara	27
Thomann, Hans	32
Türmer, Philipp	6
Tusk, Donald	15
Vardi, Yossi	17
von der Leyen, Ursula	23
Wagenknecht, Sahra	6, 15
Weber, Peter	22
Weil, Stephan	6
Wiese, Dirk	6
Wittmann, Stefan	24

Woidke, Dietmar	6
Xi Jinping	14
Zahidi, Saadia	7
Zeilinger, Anton	27
Zipse, Oliver	22
Zuckerberg, Mark	26
BMW	13, 22
Boeing	20
Bolt	25
Burda	26
Citigroup	36
Comdirect	38
Commerzbank	24, 38
Credit Suisse	36, 46
DBRS Morningstar	36
Deutsche Bahn	15
Deutsche Bank	25, 36
DLD	26
Dott	25
Dräxlmaier	30
DSGV	38
DZ Bank	25
Emirates	20
Bank of America	36
Bank of Japan	47
Barclays	36
Barkow Consulting	45
Bayer	14
BayernLB	21
Berenberg	44
Bird	25
Unternehmensindex	20
Airbus	20
Alaska Airlines	20
Aleph Alpha	27
Allianz	21, 44
Alphabet	48
Amazon	48
Apple	48
Audi	22
Axa	44
Bank of America	36
Bank of Japan	47
Barclays	36
Barkow Consulting	45
Bayer	14
BayernLB	21
Berenberg	44
Bird	25

Heinz-Glas	28
HSBC Deutschland	48
Immoscout24	37
Immowelt	37
ING	25, 38
Jefferies	44
Johnson Associates	36
Joom	24
Joompay	24
JP Morgan Chase	36, 45
Lazard	36
LBBW	25
Lime	25
Lufthansa	20
Meag	45
Mercedes-Benz	22
Meta	48
Microsoft	26, 48
Morgan-Stanley	44
Mubadala Capital	25
Munich Re	45
Natixis	44
NLI Research Institute	47
Nvidia	48
Open AI	26
Ryanair	20
Scope	45
Siemens	13
Signa-Gruppe	15
Sofina	25
Softbank	25
Sparkassen	38
Spirit Aerosystems	21
Tesla	48
Thomann	32
Tier Mobility	25
Trade Republic	24
UBS	36, 46
United Airlines	20
Vivid	24
Vivid Money	24
Vodafone	13
Voi	25
Wirecard	23
Zurich	44

**JETZT
BEWERBEN**
Einreichungsfrist:
5. April 2024



MARKEN AWARD 2024

Die absatzwirtschaft und der Bundesverband Marketing Clubs (BVMC) zeichnen gemeinsam mit einer hochkarätig besetzten Jury exzellente Leistungen in der Markenführung aus.

Die Kategorien

Markenführung

Markenpersönlichkeit

Gesellschaftliches Engagement

Sie möchten gewinnen?
Bewerben Sie sich hier



www.marken-award.de/bewerbung

Der Preis wird am 10. Juni 2024 in Düsseldorf im Rahmen eines hybriden Events verliehen.

Veranstalter

absatzwirtschaft



BUNDESVERBAND
MARKETING
CLUBS

Partner

**McKinsey
& Company**

► Fortsetzung von Seite 1

Thomas Weigold, Deutschlandchef des Pharmakonzerns Sandoz, bestätigt den Ernst der Lage: „Wir haben ein System, das die Hersteller immer weiter rausdrängt aus einem Markt, der wegen der alternden Bevölkerung immer mehr Medikamente braucht.“ Ärzte und Apotheker müssen nun den Mangel verwalten. Die Folge: Viele Patienten müssen auf andere Medikamente umgestellt werden. Das sei mit Risiken verbunden, weil Dosierungen angepasst werden müssen und mit neuen Präparaten manchmal auch neue Nebenwirkungen auftreten könnten.

Zudem rollt gerade eine Grippewelle durch Deutschland: „Es ist zu befürchten, dass auch diese Patienten von fehlenden Arzneimitteln betroffen sein könnten“, warnt Susanne Johna, erste Vorsitzende des Marburger Bundes.

Seit Jahren weisen Apotheker, Ärztinnen, Pharmaunternehmen und Patientenverbände auf die Engpässe hin. Bereits im vergangenen Winter fehlten viele Arzneimittel für Kinder. Doch politisch werde zu wenig unternommen, um die Situation zu verbessern, kritisieren Experten.

Apotheken horten mittlerweile Medikamente

Das Handelsblatt hat mit Pharmaunternehmen, Brancheninsidern und mit Wirkstoffherstellern gesprochen sowie Daten der Analyseplattform QYOBO zu Pharma-Lieferketten ausgewertet. Das Ergebnis zeigt, warum Deutschland, die einstige „Apothekendeckung der Welt“, inzwischen Probleme hat, genügend Antibiotika, Fiebersäfte und Krebsmedikamente zu bekommen.

Die scheinbar paradoxen Folgen des Medikamentenmangels zeigen sich bei einem Blick in das Lager des Apothekers Uwe Weidenauer. Er kann darin kaum laufen, sagt er. Doch das ist kein gutes Zeichen: Die Versorgungslage in Deutschland ist so schlecht, dass Weidenauer bei jeder Gelegenheit so viele Medikamente wie möglich einkauft, um seine Kunden zu versorgen.

Hätte er früher von einem Medikament zehn Schachteln bestellt, kaufe er jetzt gleich 100 ein, erläutert der Apotheker aus der Nähe von Heidelberg. Denn er muss befürchten, dass das Mittel schon kurze Zeit später nicht mehr verfügbar ist. Eine „permanente Mangelversorgung“ sehe er etwa bei Diabetesmitteln wie Ozempic. Mehrere Dutzend Patienten stehen auf den Wartelisten seiner zwei Apotheken in Baden-Württemberg. Dabei kaufe sein Team so viel ein wie möglich.

Etwa 250 Produkte fehlten ihm derzeit, darunter Penicillin, Insulin-Sensitizer und Nasensprays, sagt er. „Die sind aktuell nicht zu kriegen.“ Bis zu achtmal täglich überprüfen seine Angestellten auf den Seiten der Großhändler, ob die mit roten Pfeilen markierten Mittel auf der Liste „Dauerdefekte“ wieder verfügbar sind. Doch viele der knappen Medikamente bleiben: nicht lieferbar.

Jahrzehntelanges Preisdumping rächt sich

Die Ursachen für die Versorgungsmängel reichen fast zwei Jahrzehnte zurück: Nachdem Anfang der 2000er-Jahre die Preise für patentfreie Medikamente in Deutschland stark gestiegen waren, reagierte die Politik mit Rabattverträgen: Die Hersteller bewerben sich seither bei den Krankenkassen um die Auftragsvergabe – und das günstigste Angebot bekommt für zwei Jahre den Zuschlag. Apotheken müssen seit 2007 vorrangig die Mittel abgeben, die Rabattverträge haben.

Damit wurde „das Hauptsache-billig-Prinzip bei der Beschaffung von Generika zum Dogma erhoben“, kritisiert Bork Bretthauer, Geschäftsführer des Branchenverbands Pro Generika. Branchenkenner sind sich einig, dass der Markt seit der Einführung der Rabattverträge immer weiter erodiert ist. Der indische Hersteller Glenmark etwa soll der AOK für einige seiner Mittel Rabatte von über 99 Prozent des Herstellerabgabepreises geboten haben, berichtete der Branchendienst Apotheke Adhoc.



Gefährliche Mangelwirtschaft

Dieser Unterbietungswettbewerb habe ein System geschaffen, das Unternehmen belohne, die zugunsten des niedrigen Preises auf stabile Lieferketten verzichten, sagt Bretthauer.

Das wiederum hatte zur Folge, dass etliche Unternehmen sich zurückzogen. Gab es Anfang des Jahrtausends noch zehn bis 15 Bewerbungen auf eine Ausschreibung, bewerben sich jetzt häufig nur noch zwei bis fünf Unternehmen, berichten Experten.

„Das System wird kaputtgespart, und die meisten Firmen sind weggegangen aus Europa“, sagt Sandoz-Deutschlandchef Weigold. Sandoz ist etwa bekannt für Hexal und 1A Pharma. Auch die Pharmazetin Ulrike Holzgrabe ist davon überzeugt, dass man das System vor fünf Jahren hätte anhalten müssen, die Preisspirale nach unten sei überdreht: „Rabattverträge gehören nicht mehr in unsere Zeit.“

Das Bundesgesundheitsministerium widerspricht: Die Regelungen zu Fest- und Rabattverträgen der Krankenkassen seien „wichtige Maßnahmen zur Kostendämpfung im Bereich der Arzneimittelversorgung“, heißt es aus dem Haus von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Die Regelungen seien „geeignet, um die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen“.

Mangel ist in Deutschland besonders ausgeprägt

Unbestritten ist, dass Deutschland mit Problemen bei der Medikamentenversorgung nicht allein dasteht. Auch in Kanada, Australien und Saudi-Arabien waren einige Medikamente zuletzt immer wieder Mangelware. Allerdings ist die Unterversorgung hierzulande besonders dramatisch.

Die Datenplattform QYOBO hat die 16 Wirkstoffe identifiziert, die in Deutschland 2023 am stärksten von Lieferengpässen betroffen waren. Darunter sind Krebsmittel, Medikamente für Infektionserkrankungen, das Betäubungsmittel

Morphin und ein Mittel gegen Epilepsie.

15 der 16 Engpässe in Deutschland betrafen zugleich mindestens zwei andere Länder. Das Antibiotikum Amoxicillin und Salbutamol, das bei Atemwegsinfektionen eingesetzt wird, waren 2023 in allen acht untersuchten Ländern knapp. Und für fast die Hälfte der mit diesen Wirkstoffen hergestellten Medikamente wurde mindestens zwei Jahre in Folge ein Engpass registriert.

Im vergangenen Winter wurden vor allem Kinderantibiotika knapp. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) sieht die Versorgung für die aktuelle Infektionssaison nach aktuellen Daten zwar als „stabil“ an. Die Entwicklung der Infektionssaison sei allerdings nicht abschätzbar, „sodass einzelne Engpässe nicht vollständig ausgeschlossen werden können“. Sandoz-Deutschlandchef Weigold sagt: „Keine Firma kann Ihnen sagen, dass wir locker durch den Winter gehen. Diese Zeiten sind lange vorbei.“

Gerade fragile Lieferketten geben Anlass zur Sorge: „Europa steckt in einer massiven Abhängigkeit. Das ist geopolitisch keine gute Verhandlungsposition“, sagt Markus Felgenhauer, CEO von QYOBO. Bei bestimmten Medikamenten kämen auf den Vorstufen 95 Prozent der Stoffe aus China.

Besonders groß ist die europäische Abhängigkeit von Asien bei Antibiotika. In manchen Bereichen stehe Europa aber „nicht so schlecht da, wie viele denken“, sagt Felgenhauer. Bei einigen Krebsmedikamenten würden zum Beispiel „80 Prozent der Wirkstoffe in Europa hergestellt“.

Dennoch: Die Abhängigkeit bei Antibiotika habe ein kritisches Ausmaß angenommen, sagt ein Insider, der im europäischen Auftragsherstellungsgeschäft tätig ist. „Die Herstellkapazität in Europa ist für viele Generika-Produktgruppen effektiv auf ein sehr niedriges Niveau gesunken.“

Es könne im schlimmsten Fall sogar dazu kommen, „dass wir in Europa einige Infektionskrankheiten nicht mehr adäquat behandeln können, obwohl sie behandelbar wären – einfach, weil

„
Wir haben ein System, das die Hersteller immer weiter rausdrängt aus einem Markt, der wegen der alternden Bevölkerung immer mehr Medikamente braucht.“

Thomas Weigold
Sandoz-Deutschlandchef

China und Indien dominieren Wirkstoffmarkt

Wirkstoffhersteller für Medikamente
nach Ländern 2023

155	China
151	Indien
42	Italien
25	USA
22	Spanien
20	Deutschland
18	Frankreich
16	Schweiz
15	Irland
15	Japan
12	Großbritannien
10	Südkorea
9	Taiwan
8	Polen
6	Belgien
6	Tschechien
6	Ungarn
5	Kanada
5	Mexiko
4	Australien
4	Dänemark
4	Niederlande

Geringer Herstellerpreis

Preisanteile beim
Kinderhustensaft
Infectocillin in Euro

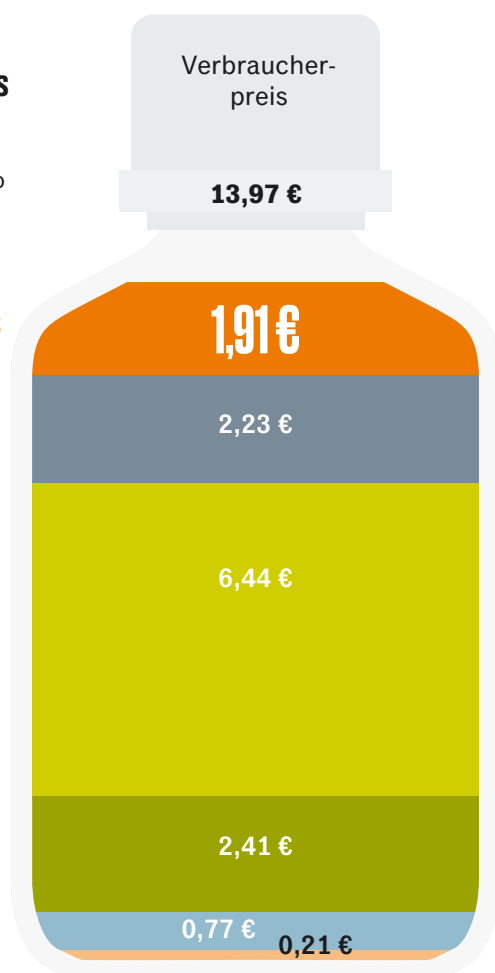
Herstellerpreis

Mehrwertsteuer

Apotheke

Apotheken-
abschlag¹

Großhandel
Generikarabatt



¹ 2 € Abschlag an die Krankenkassen, 0,41 € Abschlag an einen Fonds für Nachtdienste und pharmazeutische Dienstleistungen von Apotheken.
HANDELSBLATT • Quellen: QYOB0, Apotheke Adhoc



die dafür nötigen, nicht-innovativen Antibiotika hier im Markt nicht mehr ausreichend verfügbar sein werden“, prophezeit er.

Der Aufstieg von China und Indien

Zwei Länder dominieren den Arzneihandel: Indien und China. Beim Blick auf die 20 Wirkstoffe mit den meisten Produktionsstandorten zeigt sich, dass Indien über mehr Produktionsstandorte als China verfügt. Schaut man jedoch auf Herstellungskapazitäten, befindet sich China Branchenkreisen zufolge vorn.

Bei vielen Wirkstoffen haben Indien und China ihre Kapazitäten ausgebaut – während Europa abgebaut hat. Den Wirkstoff Meformin, der zur Diabetesbehandlung verwendet wird, lieferten im Jahr 2000 nur drei Wirkstoffhersteller aus Indien nach Europa – zehn Jahre später waren es 13 Firmen.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei den Schmerzmittel-Wirkstoffen Paracetamol und Diclofenac beobachten.

Engpässe auch bei Herstellung in Europa

Es gibt jedoch auch Mittel, die vollständig in Europa gefertigt werden – und in Deutschland dennoch Mangelware sind. Etwa Ciprobay von Bayer, ein Antibiotikum, das bei Harnwegsinfektionen, Infektionen der Atemwege oder Magen-Darm-Beschwerden eingenommen wird. Der Wirkstoff dahinter ist Ciprofloxacin. Bayer sagt auf Anfrage, dass die Produkte in Deutschland und teilweise im europäischen Ausland hergestellt würden, unter anderem in Italien.

Der Liste des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte zufolge kam es 2023 bei drei Ciprobay-Produkten von Bayer mit diesem Wirkstoff in Deutschland zu Lieferengpässen. Dazu wollte sich Bayer auf Nachfrage nicht äußern, sondern erklärte, gegenwärtig seien dem Unternehmen keine Lieferengpässe seitens Bayer für den Wirkstoff Ciprofloxacin in Europa bekannt.

Was wäre jetzt die Lösung?

Die Politik hat die Brisanz des Themas erkannt: Auf EU-Ebene wird etwa über ein Ausgleichssystem gesprochen, bei dem Länder mit besserer Versorgungslage an Engpassländer liefern könnten. Als in Deutschland die Fiebersäfte knapp wurden, gab es in den Niederlanden und Österreich noch Vorräte.

Vom Bundeswirtschaftsministerium heißt es, die Förderung der Gesundheitswirtschaft sei im Rahmen des 2022 aufgelegten EU-Projekts Ipcei Health möglich. Im aktuellen Haushaltsentwurf seien dafür aber keine Mittel vorgesehen.

Die EU-Staaten beraten aktuell über die Frage, welche Wirkstoffe als versorgungskritisch eingestuft werden und ob die Produktion für diese Wirkstoffe nach Europa zurückgeholt werden kann. Das ist aber umstritten: Sandoz-Deutschlandchef Weigold hält die Pläne für „völlig utopisch“. Einige Beobachter begrüßen zumindest die Überlegung, auch wenn auf den Wirkstoffvorstufen in der Chemieindustrie weiterhin eine hohe Abhängigkeit von China bestehen bleibe.

In Deutschland wurde 2023 das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz (ALBVVG) beschlossen. Dadurch sollen etwa für Kinderarzneimittel ab 1. Februar 2024 die Festbeträge um bis zu 50 Prozent erhöht werden. Das sei viel zu wenig, heißt es aus der Branche, die das Gesetz als „Verschlimmberung“ kritisiert.

Ruf nach dem Staat

Die Politik müsse steuernd in den Bereichen eingreifen, wo das „Preisniveau mittlerweile so weit abgesenkt wurde, dass die Produktion selbst für Billigerhersteller aus Fernost nicht mehr auf Dauer lukrativ ist“, fordert Martin Danner, Sprecher der Patientenvertretung beim Gemeinsamen Bundesausschuss. Die höheren Kosten sollten die EU und die Krankenkassen in Deutschland tragen: „Aufzahlungen für Patienten lehnen wir ab.“

Ohne höhere Preise, die anteilig auch von den Patienten gezahlt werden, wird eine höhere Versorgungssicherheit bei Generika allerdings nicht möglich sein, ist die einhellige Meinung vieler Experten. Der Gesundheitsökonom Jürgen Wasem von der Universität Duisburg-Essen sieht eine Schieflage zwischen den Ausgaben für patentgeschützte Medikamente und Generika: „Es rächt sich jetzt, dass wir die Generikaversorgung bei immer geringeren Kosten trotzdem als gesichert wahrgenommen haben.“ Um sich unabhängiger von Indien und China zu machen, müsse Europa „deutlich mehr Geld in die Hand nehmen“.

Der Apotheker Uwe Weidenauer tut das bereits. Im Lager seiner zwei Landapotheken hat er mittlerweile Medikamente für 400.000 Euro bevorratet – mehr als doppelt so viel wie noch vor einem Jahr. Eine „gigantische Kapitalbindung“ sei das und „wirtschaftlich ein Riesenproblem für die Apotheken“. Im Gegensatz zu kleinen Apotheken, deren Existenz bedroht sei, könnten seine relativ großen Apotheken das stemmen, irgendwie. „Aber es tut schon weh.“ Theresa Rauffmann, Ben Mendelson

Martin Greive, Dietmar Neuerer Berlin

Die SPD hat Redebedarf. Kurzfristig wurde die Tagesordnung für die am Donnerstag beginnende Klausur der Bundestagsfraktion geändert. 90 Minuten sind nun für eine „offene Aussprache“ zwischen den Abgeordneten und ihrem Regierungschef vorgesehen. Selbst das könnte knapp werden.

Denn in der SPD wächst angesichts miserabler Umfragewerte die Nervosität. Die Zustimmung zur Ampel erreicht immer neue Tiefstwerte. Laut einer neuen Umfrage war kein Kanzler je unbeliebter, als es Olaf Scholz derzeit ist. Bei der Europawahl im Juni droht die SPD ihr historisch schlechtes Ergebnis von 2019 noch zu unterbieten. Im Herbst wird in drei ostdeutschen Bundesländern gewählt. In Sachsen stehen die Sozialdemokraten sogar nur noch bei drei Prozent. Und mit der Wagenknecht-Partei bekommt die SPD neue Konkurrenz.

Das alles wühlt die Partei auf. „Die Lage der SPD ist derzeit wie die allgemein politische Lage im Land: massiv von Krisen gebeutelt und zutiefst besorgniserregend“, sagte Juso-Chef Philipp Türmer dem Handelsblatt. Und Aussicht auf schnelle Besserung besteht laut Politikwissenschaftler Hans Vorländer von der Technischen Universität Dresden nicht: „Ich sehe nicht, dass sich die SPD in den nächsten Wochen oder Monaten in den Stimmungsumfragen deutlich erholt.“ Nach jetzigem Stand würden die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen im Herbst für die SPD „ein ziemliches Desaster werden“.

1. Problem: Der unbeliebte Kanzler

Für Olaf Scholz liefen die vergangenen Monate denkbar schlecht. Seit dem Debakel um das Heizungsgesetz im vergangenen Sommer ist die Stimmung in der Koalition vergiftet. Schon damals machten Genossen auch Scholz für die unnötige Eskalation verantwortlich. Mit dem Karlsruher Haushaltsurteil im November steht auch der politische Kern des Kanzlers infrage: seine Seriosität. Es war die Idee von Scholz, nicht genutzte Corona- in Klimaschulden umzuwandeln. Genau das kassierte das Verfassungsgericht ein.

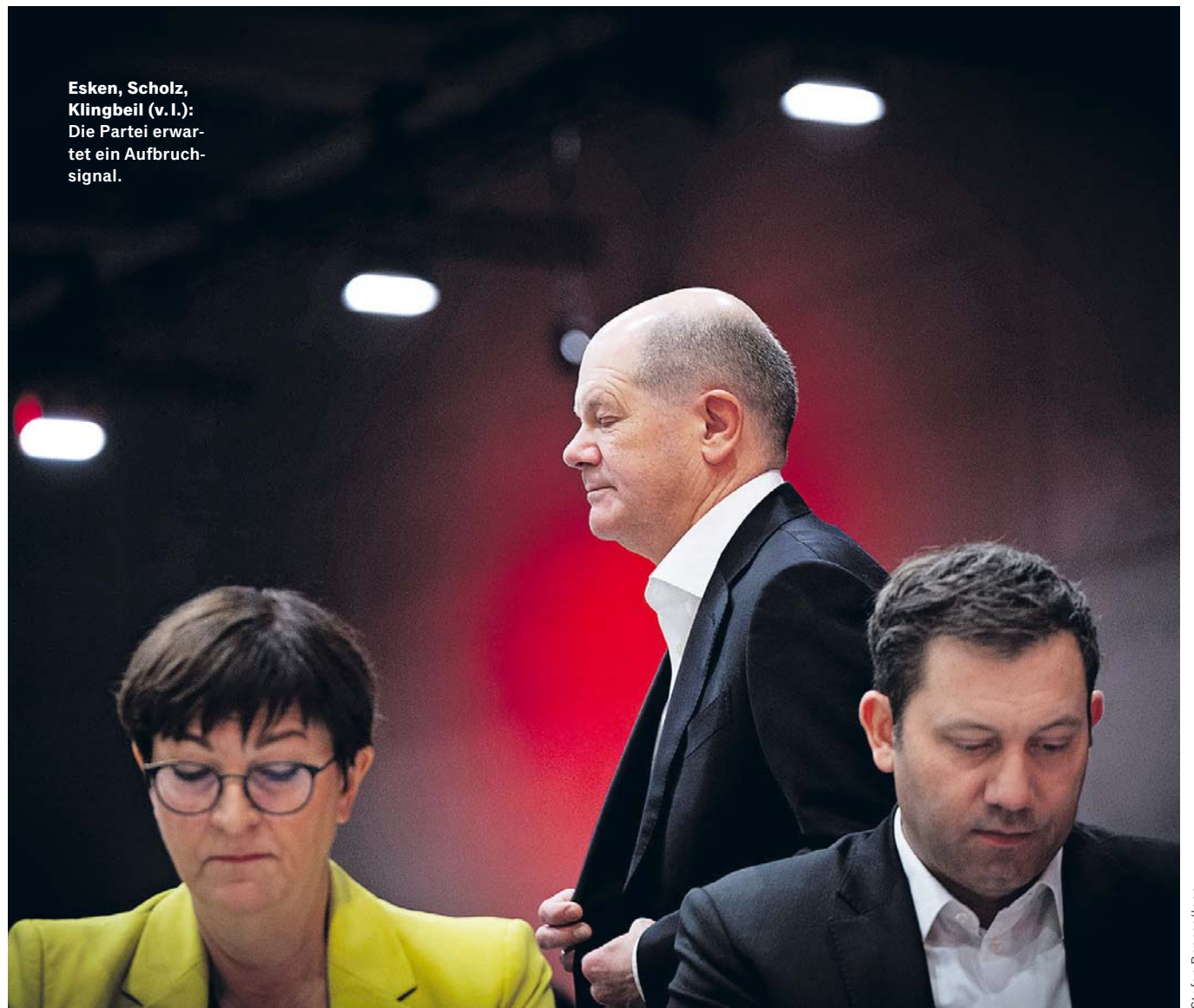
Laut der jüngsten Umfrage von Infratest Dimap sind nur noch 19 Prozent der Befragten mit der Arbeit von Scholz zufrieden. Das ist der niedrigste Wert für einen Regierungschef, der seit Beginn der Erhebung 1997 gemessen wurde. Und Scholz' Unbeliebtheit färbt auf die gesamte Partei ab: Die SPD erreicht derzeit in Umfragen nur 14 Prozent und damit elf Prozentpunkte weniger als beim Wahlsieg 2021. Juso-Chef Türmer verwundert das nicht. „Weder die Ampel noch die SPD als führende Partei werden aktuell mit einer positiven Vision für das Land verbunden.“ Stattdessen werde die Regierung von den Nachwehen der Haushaltseinigung belastet.

2. Problem: Streit über Einsparungen

Schon länger sorgt die Ampel mit ihren internen Feuden für negative Schlagzeilen. „Der teilweise öffentliche Streit der Koalition ärgert mich sehr“, sagt SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. „Wir haben ordentlich Luft nach oben.“ Die Haushaltskrise zwingt die Ampel nun allerdings erstmals auch zu Einschnitten bei den Bürgern. Die Wähler haben wiederum den Eindruck, die schlampige Haushaltspolitik der Regierung ausbaden zu müssen.

Mit den Bauernprotesten gegen geplante Kürzungen bei Dieselsubventionen hat die Stimmung im Land ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht, obwohl die Ampel einen Teil der Einschnitte bereits wieder zurückgenommen hat.

Der Ärger über das Hin und Her ist auch in der SPD groß. In der digitalen Fraktionssitzung diese Woche äußerten einige Abgeordnete „Bedenken“ gegen die geplanten Sanktionen beim Bürgergeld und die Kürzungen im Agrarbereich. Mit Manuela Schwesig, Dietmar Woidke und Stephan Weil stellten sich zudem gleich drei SPD-Ministerpräsidenten hinter die Forderung der Landwirte, die Abschaffung der Subventionen für Diesel komplett zurückzunehmen.



Esken, Scholz, Klingbeil (v. l.): Die Partei erwartet ein Aufbruchsignal.

Stefan Bories/Ipom

Kanzlerpartei

Aufbruch in der SPD: dem Abgrund so nah

Angesichts desaströser Umfragewerte bröckelt in der SPD die Unterstützung für Kanzler Scholz. Vor der Klausur der Bundestagsfraktion gibt es heftige Kritik.

Gleichzeitig versucht die Bundestagsfraktion als traditionelles Machtzentrum innerhalb der SPD, ihr Profil zu schärfen. In einem neuen Papier erhöht sie den Druck auf Scholz: „Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ist nicht mehr zeitgemäß“, heißt es darin. Daher solle im Bundestag zügig ein „haushaltspolitischer Zukunftsdeal“ erarbeitet werden.

3. Neue Konkurrenz durch Wagenknecht

Die aufgeheizte Stimmung könnte der AfD, aber auch der neuen Partei von Sahra Wagenknecht in die Hände spielen. Die ehemalige Linken-Chefin versucht, Protestwähler von beiden politischen Rändern für sich zu gewinnen: Linke, die das hohe Maß an Ungerechtigkeit im Land kritisieren. Und Rechte, die die Einwanderungszahlen für zu hoch halten. Parteienforscher trauen dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ zu, einen größeren Teil der Protest- und Nichtwähler einsammeln zu können. „Die SPD wird Stimmen an Wagenknecht verlieren“, sagt Hermann Binkert, Chef des Meinungsforschungsinstituts Insa. Wagenknecht könnte den Sozialdemokraten dort zusetzen, wo die Partei ohnehin schwach ist: im Osten.



Der Vertrauensvorschuss, der vor allem durch die Person Scholz zustande kam, ist vollkommen verbraucht.

Hans Vorländer
Politikwissenschaftler

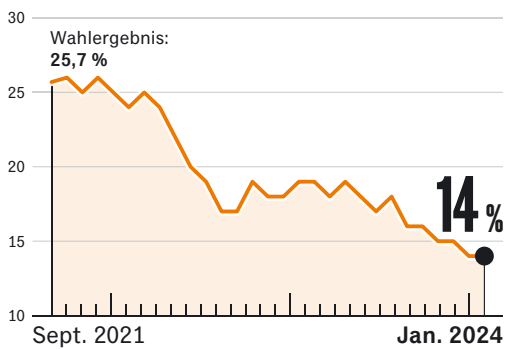
4. Problem: Drohende Wahlniederlagen

Bei den drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst drohen der SPD heftige Wahlschlägen. Am besten sieht es noch in Brandenburg aus. Zwar liegt auch hier die SPD in Umfragen hinter der führenden AfD, kann sich aber als zweitstärkste Kraft Hoffnungen machen, dass Ministerpräsident Woidke im Amt bleibt. In Sachsen und Thüringen droht ein Debakel. In Thüringen wird die SPD aktuell bei sieben Prozent gesehen, in Sachsen wäre sie mit drei Prozent gar nicht mehr im Landtag vertreten. Angesichts solcher Zahlen greifen ostdeutsche SPD-Landespolitiker die Bundespartei offen an. Die schlechten Umfragewerte „spiegeln die Stimmung hier gegenüber der Ampel wider“, sagte Sachsen SPD-Spitzenkandidatin Petra Köpping.

Eine Wahlniederlage droht zudem bei der Europawahl im Juni. „Es ist davon auszugehen, dass es bei der Europawahl zu einer deutlichen Abnahme von Zustimmung zur SPD kommt“, sagt Politikwissenschaftler Vorländer. Juso-Chef Türmer will das Vertrauen der Nichtwähler zurückgewinnen. „Nur wenn wir sie mobilisieren, wird es gelingen, den Rechtsruck aufzuhalten.“

Absturz in der Wählergunst

SPD-Umfragewerte unter Kanzler Olaf Scholz seit der Bundestagswahl 2021 in Prozent



Umfrage zur Politikerzufriedenheit
Antworten in Prozent der Befragten

Sehr zufrieden/ zufrieden	Weniger/ gar nicht zufrieden
51 %	29 %
31 %	65 %
30 %	60 %
27 %	70 %
24 %	68 %
23 %	71 %
19 %	79 %
14 %	48 %
13 %	37 %
12 %	34 %

Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Jan. 2024, 1.321 befragte Wahlberechtigte; 1) Jan. 2023; 2) Nov. 2023; 3) Okt. 2022; PP = Prozentpunkte
HANDELSBLATT Quellen: infratest dimap, Statista

Die große Frage ist, wie das in den nächsten Monaten gelingen soll. „Der Vertrauensvorsprung, der bei der Bundestagswahl vor allem durch die Person Scholz zustande kam, ist vollkommen verbraucht“, sagt Vorländer. „Die sehr starke Personalisierung bei den letzten Wahlen fällt der SPD jetzt auf die Füße.“ Nach dem Rekordtief bei der Europawahl 2019 war die damalige Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles von ihren Ämtern zurückgetreten. Ein Scholz-Rücktritt ist quasi ausgeschlossen. Allerdings kursieren inzwischen wilde Theorien, ob nicht Verteidigungsminister Boris Pistorius ein geeigneterer Kanzlerkandidat wäre.

Spekulationen belasten zusätzlich

„Theoretisch ist ein Kanzlerwechsel immer denkbar“, sagt Vorländer. „Ich halte diesen Schritt aber für illusorisch. Es wäre schon eine ziemliche Verzweiflungstat, die die SPD hier begehen würde.“ Das Einzige, worauf Scholz und die SPD setzen könnten, sei die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl 2025.

Noch glauben viele in der Partei, dass sich das kleine Wunder von 2021 wiederholen könnte. Deshalb solle niemand die aktuelle Lage überdramatisieren, lautet die Devise. Auch auf dem linken Flügel, sonst eher Scholz-kritisch, gibt man sich nach außen hin gelassen. Aus Sicht der SPD-Chefin Saskia Esken müsse die Regierung ihre Handlungsfähigkeit zeigen und die Partei deutlich machen, dass sie „gute Ideen für eine gute Zukunft“ habe. Dieses Signal werde von der Fraktionsklausur ausgehen. Juso-Chef Türmer drückt aufs Tempo. Die SPD sollte „möglichst schnell“ Antworten auf soziale Fragen wie Inflation, Wohnraumangel und wirtschaftliche Unsicherheit liefern und „einen klar sozialdemokratischen Kurs einschlagen“. Die Aufgabe sei, „eine Zeit des Umbruchs zu einem Aufbruch zu machen“. Denn klar sei: „Würden die Menschen heute in Deutschland wählen, dann wäre das ein bitteres Erwachen – auch für viele SPD-Abgeordnete.“

Global Risk Report

Aussichten für 2024 „ziemlich pessimistisch“

Das Weltwirtschaftsforum warnt in seinem Risikobericht vor Extremwetter, KI-generierten Falschinformationen und sozialer Spaltung.

Larissa Holzki Düsseldorf

Die etwa 1500 vom Weltwirtschaftsforum (WEF) befragten Experten blicken „ziemlich pessimistisch“ auf das neue Jahr. Das ist das Ergebnis des Global Risk Reports, den das WEF am Mittwoch zusammen mit der Beratung Marsh McLennan und der Zurich Insurance Group vorgestellt hat. Potenziell wird es immer schlimmer: Waren die Erwartungen der Experten im vergangenen Jahr zumindest langfristig optimistischer, ist jetzt das Gegenteil der Fall, sagte Saadia Zahidi, Managing Director des WEF, bei der Vorstellung des Berichts: „Was die Gesamtaussichten für die nächsten zwei Jahre und die nächsten zehn Jahre betrifft, so sehen wir eine zunehmende Verschlechterung der Aussichten.“

Das größte Risiko für Gesellschaft und Wirtschaft sehen die Experten für 2024 in Extremwetterlagen, gefolgt von Falschinformationen, die durch Künstliche Intelligenz (KI) generiert werden. Diese könnten einen massiven Einfluss auf das Ergebnis der 70 Wahlen haben, die weltweit im Jahr 2024 stattfinden, darunter die US-Präsidentenwahlen und die Wahlen zum Europaparlament so wie Landtagswahlen in Ostdeutschland.

Desinformation beeinträchtigt Wahlen

„Die potenziellen Auswirkungen auf die Wahlen weltweit in den nächsten zwei Jahren sind beträchtlich und könnten dazu führen, dass die Legitimität gewählter Regierungen infrage gestellt wird“, sagte Carolina Klint, Chief Commercial Officer für Europa bei der Beratung Marsh McLennan. Das gefährde demokratische Prozesse und könne sogar zu weiterer sozialer Polarisierung, Unruhen, Streiks oder sogar innerstaatlicher Gewalt führen.

Im Ranking der größten Risiken des gerade begonnenen Jahres auf Platz drei bis fünf stehen die gesellschaftliche und politische Spaltung, eine Krise der Lebenshaltungskosten und die Gefahr von Cyberangriffen. Im Global Risk Report vom vergangenen Jahr hatten noch verschiedene Umweltrisiken alle fünf Spitzenplätze des Rankings eingenommen. In diesem Jahr hätten sich die Analysten das Thema unter einer neuen Perspektive angeschaut, sagte Zahidi.

Sie würden den Klimawandel und die damit einhergehende Erderwärmung heute nicht mehr als Risiko einstufen, sondern als eine strukturelle Entwicklung, die sich bereits entfalte. Es handle sich um eine Rahmenbedingung, vor deren Hintergrund alle anderen Risiken betrachtet werden müssten.

Auf Zweijahressicht verändert sich die Gewichtung der Risiken. In diesem Zeithorizont bewerten die Befragten Falschinformationen als Risiko Nummer eins, gefolgt von extremen Wet-

terbedingungen, gesellschaftlicher Polarisierung, Cyberrisiken und bewaffneten Konflikten zwischen Staaten. Zu den Top Ten zählen außerdem vor allem wirtschaftliche Risiken: mangelnde wirtschaftliche Möglichkeiten, Inflation und ein Wirtschaftsabschwung, außerdem unfreiwillige Migration und die Umweltverschmutzung.



Wir sehen eine zunehmende Verschlechterung der Aussichten.

Saadia Zahidi
Managing Director WEF

Carolina Klint betonte, dass diese Risiken jedoch kaum getrennt betrachtet werden könnten, sondern stark miteinander zusammenhängen. So hätten zwei der größten Bedrohungen, nämlich der Klimawandel und die geopolitischen Konflikte, direkte Auswirkungen auf Lieferketten. Diese hätten sich nach der Pandemie zwar zunächst wieder stabilisiert, als viele Unterneh-

men von einer Just-in-time- zu einer Just-in-Case-Strategie übergegangen seien – also für Ausfälle besser vorgesorgt hätten. Doch dann habe sich die Welt erneut verändert.

„Unternehmen müssen sich also wieder darauf konzentrieren, ihre Investitionen in die Lieferkette und ihre Wachstumsstrategien im Hinblick auf diese potenziellen neuen Störungsszenarien einem Stresstest zu unterziehen“, sagte die Managerin.

John Scott, der Leiter Nachhaltigkeitsrisiken der Zurich Insurance Group, fügte hinzu, dass es zugleich in einer Zeit geopolitischer Konflikte und Kriege schwieriger geworden sei, dabei auf globale Zusammenarbeit zu setzen. Vielmehr brauche es jetzt einen Mix aus lokalen Strategien und internationalen Kooperationen.

In den kommenden zwei Jahren will das WEF laut Zahidi weiter untersuchen, wie sich die schwierigen wirtschaftlichen Aussichten auf die Entwicklung des Lebensstandards auswirken. Möglicherweise könnte ein Szenario eintreten, in dem das derzeitige Niveau des Lebensstandards, das in verschiedenen Industrie- und Entwicklungsländern erreicht wurde, in gewisser Weise eingefroren wird und sich nicht mehr von Generation zu Generation verbessert.



Hochwasser in Somalia: Sogenannte Extremwetterereignisse nehmen zu.

Die fünf größten Risiken in diesem Jahr

Umfrage unter ca. 1.500 Experten weltweit: Bitte wählen Sie bis zu fünf Risiken aus, die Ihrer Meinung nach im Jahr 2024 weltweit am wahrscheinlichsten eine Krise auslösen werden.
Antworten der Befragten in Prozent

1.	Extremwetter	66 %
2.	KI-generierte Mis- und Desinformation	53 %
3.	Gesellschaftliche und politische Spaltung	46 %
4.	Krise der Lebenshaltungskosten	42 %
5.	Cyberattacken	39 %

HANDELSBLATT

Quelle: World Economic Forum Global Risk

Michael Kretschmer: Der CDU-Politiker kämpft gegen die AfD.



picture alliance/dpa

Michael Kretschmer

„Die Bundesregierung hat viel Groll und Wut produziert“

Sachsens Ministerpräsident spricht über seine Taktik, mit der er die AfD als stärkste Kraft bei der Landtagswahl im September verhindern will, die Proteste im Land und die Verantwortung Berlins.

Daniel Delhaes Dresden

Mehr als ein Dutzend Einsatzwagen haben sich an diesem Dienstag rund um die Staatskanzlei in Dresden postiert. Zum Wochenaufakt hatten nicht nur Landwirte das Land lahmgelegt, sondern auch mehrere Tausend rechtsextreme „Freie Sachsen“. Sie demonstrierten vor dem Regierungssitz und hielten auch tags darauf noch Wache.

Ein großer metallener Topf dampft in der eisigen Kälte. Suppe soll die wenigen Verbliebenen bei Laune halten. Popmusik wummert vom kleinen Bühnenwagen. Auf den Plakaten steht: „Steuern = Raub“, „Bauernstand ist Ehrenstand“ oder „Ohne Blut wird man weiß; ohne Luft wird man blau; ohne Hirn wird man grün – Es reicht uns!“ Und: „Stoppt die Ampel!“ Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) muss gegen die Extremen im Land ankämpfen.

Bei 37 Prozent stand die AfD Anfang des Jahres in einer Umfrage, die CDU nur bei 30 Prozent. Zumindest in der Beliebtheitskala liegt Kretschmer klar vorne. Ob dies reichen wird, um bei der Landtagswahl im September zu bestehen?

Herr Kretschmer, im Winter zogen Rechtsextreme vor ihr Privathaus, Anfang des Jahres lauerten Bauern vor einer Fähre Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf. Auf was für Monate stellen Sie sich in diesem Superwahljahr mit Europa-, Kommunal- und Landtagswahl ein?

Die Bundesregierung hat mit einer Vielzahl von Einzelentscheidungen eine Stimmung mit viel Groll und Wut produziert. Die kommenden Monate hängen daher maßgeblich davon ab, dass sie endlich ein Signal aussendet und erklärt: Wir haben verstanden! Politik soll verbinden, nicht erziehen und erst recht nicht spalten. Es ist ein Af-

front, dass die Bundesregierung am Tag der Bauernproteste im Kabinett ihre Kürzungspläne beschließt, anstatt sich endlich mit den Bauern an einen Tisch zu setzen.

Ist es für Sie in Ordnung, wenn in Vorgärten Galgen stehen, an denen eine Ampel baumelt? Natürlich nicht. Das ist eine Grenzüberschreitung.

Sie wollen in Sachsen im Juni die Europa- und Kommunalwahl sowie im September die Landtagswahl erfolgreich bestreiten. Was werden Sie konkret beitragen, damit die Menschen nicht Protest wählen oder gar nicht wählen?

Ich suche das Gespräch mit den Menschen für ein gutes Leben in unserem Sachsen. Dazu gehören Bauern, die ihren Lebensunterhalt bestreiten können, oder auch eine energieintensive Industrie. Unternehmer aus Sachsen zeigen mir anhand von Zahlen, dass sie keinerlei Entlastung bekommen, sondern weiter mit den toxisch hohen Energiekosten zurechtkommen müssen. Die Folge ist doch klar: Die Großen verlassen das Land, die Kleinen geben auf und gehen vorher noch einmal auf die Straße, weil sie hoffen, dass wenigstens das zu etwas führt.

Am Montag demonstrierten nicht nur Bauern in Sachsen, sondern auch Tausende Rechtsextreme direkt vor ihrer Staatskanzlei. Kommen Sie bei diesen Menschen mit Dialog weiter?

Die Probleme müssen ehrlich ausgesprochen werden. Wer das nicht tut, der nährt die Extremisten. Wir brauchen Lösungen für die drängenden Probleme in unserem Land. Bei vielen Themen, sei es die Migration, die Energie- oder die Klimapolitik, ist die Bundesregierung am Zug. Alle Ministerpräsidenten haben Vorschläge unterbreitet. Das kann man nicht einfach ignorieren.

Vita

Der Politiker Michael Kretschmer gehört seit 1989 der CDU an. 2002 zog er direkt in den Bundestag ein. 2017 verlor er sein Mandat gegen den AfD-Politiker Tino Chrupalla. Seit 2022 gehört Kretschmer als einer von fünf stellvertretenden Vorsitzenden zum engen Führungskreis innerhalb der Bundes-CDU um Friedrich Merz.

Der Mensch Der 48-Jährige stammt aus Görlitz, wo er bis heute seinen Wahlkreis hat. Der studierte Wirtschaftsingenieur (über den zweiten Bildungsweg) lebt mit seiner Familie in Dresden und Zittau.

Die Menschen bekommen davon wenig mit, viele lesen keine Zeitung mehr, halten nichts vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wie wollen Sie diese Menschen erreichen?

Das ist leider so. Die Botschaft muss daher sein: Entzieht den Protesten den Nährboden, dann hört auch der Protest auf.

Sie können jetzt immer mit dem Finger auf die Bundesregierung zeigen. Aber wie wollen Sie erfolgreich Wahlkampf führen, wenn der Protest sich nur noch im Internet informiert?

Es gibt Telegram-Chats mit 150.000 Followern und damit mehr Lesern als viele Regionalzeitungen. Dennoch komme ich mit den Sächsinen und Sachsen ins Gespräch. Vor Ort unterwegs zu sein, zuhören, sich der Diskussion stellen – das bleibt mein Politikstil.

Noch mal: Wie wollen Sie verhindern, dass die AfD die Wahl gewinnt?

Man kann die Menschen nur durch persönliche Begegnungen überzeugen. Die Menschen wissen, dass ich ein Kämpfer für ihre Interessen und die des Landes bin. Am 1. September findet eine Sachsenwahl statt, es ist keine Bundestagswahl.

Werden Spitzenpolitiker aus dem Bund Sie unterstützen?

Friedrich Merz natürlich. Ich rechne mit breiter Unterstützung aus der Bundespartei, aber auch von der CSU, von Markus Söder, Alexander Dobrindt und anderen.

Helpen solche Veranstaltungen, oder ziehen diese nicht doch Protest an?

Wenn es um Sachsen geht und wir etwas fürs Land bewegen, helfen solche Veranstaltungen.

Geschlossenheit dürfte im Wahlkampf entscheidend sein. Wäre es da nicht sinnvoll, wenn die Union vor den Wahlen neben inhaltlichen Fragen auch klärt, wer der Kanzlerkandidat sein wird?

Mit dem Grundsatzprogramm haben Carsten Linnemann und Friedrich Merz die Union inhaltlich aufgestellt. Alles Weitere klären wir nach den Wahlen im Herbst.

Ein Kanzlerkandidat böte doch die Chance auf Schwung, um doch mehr als die bisherigen 30 Prozent zu erreichen.

Nun mal langsam. Die Wahl hat noch nicht stattgefunden. Der Sprung der AfD in den Umfragen resultierte wegen des Ampel-Hickhacks in Berlin. Das kann sich alles wieder ändern.

Die CDU verliert allerdings seit 1994 Zustimmung in Sachsen. Ist das ein allgemeiner gesellschaftlicher Trend?

Natürlich ist es heute nicht mehr so leicht. Die Gesellschaft differenziert sich.

Wird die Wagenknecht-Partei den Trend beschleunigen?

Für Aussagen ist es zu früh. Wir müssen erst einmal sehen, ob sich die Partei überhaupt erfolgreich etabliert.



Die Botschaft muss sein:
Entzieht den Protesten den
Nährboden, dann hört auch der
Protest auf.

Die AfD gilt bei Ihnen als gesichert rechtsextremistisch, dennoch wollen viele Menschen sie wählen und geben an, überzeugt von der Partei zu sein. Eine andere Gruppe wäre für Sie die der Nichtwähler. Wie wollen Sie die motivieren, wieder wählen zu gehen?

Der Platz für Populismus und für Schlechtreden des Landes ist besetzt. Von der CDU erwarten die Menschen einen klaren Blick für die Realitäten und die Lebenswirklichkeit der Bürger. Genau das machen wir: klare Kante und klare Ansagen nach Berlin, aber immer auch konstruktive Vorschläge. Das erwarten die Menschen hier.

Wie lautet Ihre Vision?

Sachsen ist ein innovatives und tolerantes Land. Ein Land mit gutem Zusammenhalt, das wirtschaftlich stark ist und wächst und deswegen eine gute Heimat ist für Menschen, die hier leben und arbeiten. Sachsen ist ein Magnet für internationale Investoren, Start-ups und wir sind das europäische Zentrum für Mikroelektronik.

Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Daniel Delhaes.



AFD-Anhänger: „Die Probleme müssen ehrlich ausgesprochen werden.“

Geoeconomics

Wer hat Angst vor Donald Trump?

Die Möglichkeit einer zweiten Amtszeit des Ex-US-Präsidenten versetzt Sicherheitspolitiker in Sorge. Europa muss jetzt Stärke zeigen.

In den kommenden Wochen stehen im US-Präsidentenwahlkampf 2024 wichtige Weichenstellungen bevor: Durch die Vorwahlen im Februar und März wird sich der Kandidatennebel lichten. Bei den Republikanern liegt Donald Trump weit vorn – aber im Februar wird der Supreme Court erst einmal entscheiden, ob Trump überhaupt antreten darf. Wenn er darf, steht wohl eine Neuauflage des Wahlkampfes 2020 Joe Biden gegen Trump bevor. Und was ist, wenn Trump dann im November gewinnt?

Vermutlich stünde kein Weltuntergang bevor. Trotz aller politischen Polarisierung in den USA wird das Land nicht zerbrechen, und die Aussichten für Wachstum und Innovation sind besser und die Energiepreise niedriger als in Deutschland. Europäische Firmen werden deshalb fröhlich weiter in die USA investieren, Trump hin oder her.



Die Zeitenwende ist doch keine Grippewelle, die wieder abebbt! Es geht auch nicht um amerikanische Forderungen, sondern um unsere eigene europäische Sicherheit.

Sorgen machen müssen sich allerdings die Sicherheitspolitiker. Trotz vieler Warnrufe haben wir Europäer weiterhin keinen Plan B für den Fall, dass ein Präsident Trump seine Zweifel an der Nato und dem amerikanischen nuklearen Schutzschirm wiederholt oder zum Beispiel über unsere Köpfe hinweg eine Verständigung mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin sucht, zu Lasten der Ukraine und der Sicherheit Europas.

In Berlin scheinen manche der Frage am liebsten ganz ausweichen zu wollen, weil sie schlicht keine Antwort haben. Eine gewisse Panik macht sich jetzt allerdings breit, unverantwortliche Stimmen rufen sogar nach der deutschen Atomwaffe, als ob Deutschland und nicht unsere östlichen Nachbarn und Partner das Primärziel russischer Drohgebärden wäre.

Um es klipp und klar zu sagen: Das ist und bleibt für Deutschland eine nicht begehbare Sackgasse – aus völkerrechtlichen, politischen und militärisch-technologischen Gründen. Und das gilt übrigens auch für die Fantasie-Option einer EU-Atomwaffe. Soll etwa zu 27 über den Einsatz beraten und entschieden werden oder vielleicht im jährlichen Turnus abwechselnd wie bei der EU-Ratspräsidentschaft? Wer solches erwägt, gibt sich der Lächerlichkeit preis.

Aber welche strategischen Optionen haben wir denn dann überhaupt – Deutschland und seine europäischen Partner in Nato und EU? Ich schlage eine Doppelstrategie vor:

Erstens: Festigung des transatlantischen Verbunds, um das über Jahrzehnte gewachsene unseelige Image des europäischen Trittbrettfahrers zu Lasten des US-Steuerzahlers hinter uns zu lassen, Stichwort Lastenteilung. Bereits vor zehn Jahren haben wir Europäer das Zwei-Prozent-Ziel mitunterschieden (zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung), leider bisher ohne es zu erfüllen. Im Falle Deutschlands wird es 2024 durch den Einsatz des 100-Milliarden-Son-

dervermögens mit Hängen und Würgen reichen, aber mittelfristig sieht es wieder schlecht aus. Glaubwürdige Lastenteilung sieht anders aus!

Die Zeitenwende ist doch keine Grippewelle, die wieder abebbt! Es geht auch nicht um amerikanische Forderungen, sondern um unsere eigene europäische Sicherheit. Wir werden auf längere Sicht in einem viel gefährlicher und instabiler gewordenen Umfeld leben und sollten uns deshalb schon seit Längerem wieder verteidigungsfähig oder, um mit Boris Pistorius zu sprechen, kriegsführungsfähig machen.

Kein Wunder also, wenn Trump uns im Regen stehen ließe, wenn wir stattdessen weiter schlafwandeln sollten – worauf übrigens niemand dringender wartet als Putin, um seine revisionistischen Pläne ins Werk zu setzen, die russische Kontrolle nicht nur über die Ukraine, sondern über ganz Zentraleuropa wiederzugewinnen. Wir müssten uns dann womöglich mit vier Prozent statt mit zwei Prozent des BIP für Verteidigung befassen.

Zweitens: Stärkung des nuklearen Abschreckungsverbunds. Erfreulicherweise hat die Bundesregierung nach allzu langem Zögern in der Ära Merkel endlich entschieden, an der nuklearen Teilhabe im Nato-Verbund festzuhalten und zu diesem Zweck F35-Flugzeuge anzuschaffen. Ein wichtiger Schritt, aber nur ein erster Schritt. Überfällig ist jetzt, dass Berlin endlich gegenüber Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron Interesse signalisiert, auf dessen mehrfach wiederholtes Angebot einer vertraulichen Diskussion über die französische Nuklearstrategie einzutreten.

In gleicher Weise könnte übrigens auch mit dem Nato-Partner London gesprochen werden, und das alles unter vertrauensbildender Einbeziehung der USA. Der kluge Wolfgang Schäuble hat kurz vor seinem Tod die Vorstellung skizziert, dass das französische Nuklearpotenzial mit finanzieller Unterstützung der Partner vielleicht mehr als nur Abschreckung für Frankreich bieten könnte. Dagegen wird gern von selbst ernannten Experten eingewendet, dann dürfe aber die Einsatzentscheidung nicht mehr beim Präsidenten Frankreichs allein liegen, sondern müsste geteilt werden.

Meine schlichte Gegenfrage: Warum haben wir dann wohl sieben Jahrzehnte lang geduldig ertragen, dass der US-Präsident die nukleare Einsatzentscheidung niemals geteilt hat, weder mit uns noch mit Dritten, und auch nicht teilen wird? Die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung im Kalten Krieg und auch heute hing und hängt nämlich ganz zentral von der Unteilbarkeit der Einsatzentscheidung ab.

Klar muss bei derartigen Überlegungen stets sein, dass es nicht etwa um Abkopplung Europas von den USA, sondern um europäische Beiträge zur Stärkung des transatlantischen Abschreckungsverbunds geht. Nicht Schwäche zeigen, sondern Stärke. Das könnte am Ende nicht nur Putin, sondern sogar Trump beeindrucken.



Der Autor **Wolfgang Ischinger** ist ehemaliger Botschafter in Washington und war Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz.

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS-
UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors, Kirsten Ludwig
Mitglied der Chefredaktion: Charlotte Haunhorst
 (Head of Digital)

Textchef: Christian Rickens (Morning Briefing)

Nachrichtenchef: Sven Prange

Kommentarchef: Dr. Jens Münchrath

Podcast, Live & Video: Kevin Knitterscheidt

Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik),
 Jürgen Flauger, Ina Karabasz (Unternehmen),
 Michael Maisch (Finanzen), Nicole Bastian (Ausland),
 Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche),
 Tobias Böhnke (Performance Desk)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung),
 Tobias Döring, Andreas Dörnfelder, Tom Körkemeier,
 Marc Renner,
 Claus Baumann (Print), Susanne Wesch (Print)

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents:

Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute

Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,
 E-Mail: info@handelsblatt-research.com
 Dr. Jan Kleibrink (Managing Director)

Verlag

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitz),
 Sebastian Christensen

**Verantwortlich für Herstellung
 und Anzeigen:** Christian Wiele

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
 Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
 Toulouser Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
 Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos.

Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,
 Im Teelbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH,
 Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;
 Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH,
 Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:

Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,
 Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602
 E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
 Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung
 übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH
 & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:

Anzeigenverkauf Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59
 E-Mail: info@iqm.de; Internet: www.iqm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com

Tel.: 0211 - 887-26 26, Fax: 0211 - 887-97 26 56
 E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen

Tel.: 040 - 3280 5800

E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de

Internet: https://talent.zeit.de/

Anzeigenposition Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887 - 26 60, Fax: 0211 - 887 - 97 26 60

E-Mail: dispo.hb@iqm.de

Redaktion:

Telefax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik

Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887-97 80 27

E-Mail: hb.berlin@vhb.de

Unternehmen

Tel.: 0211 - 8 87-13 65, Fax: 0211 - 8 87-97 12 40

E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzen

Tel.: 0211 - 887-4002, Fax: 0211 - 887-97 41 90

E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen

Tel.: 0211 - 887 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00

E-Mail: info@euroforum.com

www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital
 vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.
 Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung
 des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses
 Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie,
 die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die
 Vervielfältigung auf CD-ROM.

Nutzungsrechte:

Monatlich: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen
 Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail:
 nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdrucke:

Tel.: 0211 - 887-1748, Fax: 0211 - 887-97-1748

E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:

Monatlich € 69,90 (Inland inkl. € 4,57 MwSt./EU zzgl. der
 jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis: € 839,- (Inland inkl. €
 54,89 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Vorzugspreis für Studenten (gegen Vorlage einer gültigen
 Bescheinigung): Monatlich € 34,95 (Inland inkl. € 2,29 MwSt./
 EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis € 419,-
 (Inland inkl. € 27,41 MwSt./ EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).
 Lieferung jeweils frei Haus. / EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).
 Lieferung jeweils frei Haus. / EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).
 Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Abonnementskündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21
 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich,
 solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer
 Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs-
 oder Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand:
 Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln
 in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen
 Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon:
 030/284930 oder www.presse-monitor.de.
 Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296



Logo der Bundesagentur
 für Arbeit:
 Die Bundesregierung
 verlangt Milliarden von
 der Behörde zurück.

imago images/photothek

Bundshaushalt

Sparen auf Kosten der
Beitragszahler

Das Sparpaket der Bundesregierung dürfte auch Sozialversicherte erheblich belasten.
 Arbeitgeber sind erzürnt – und Kassen erwarten steigende Beiträge.

Martin Greive, Jan Hildebrand,
 Jürgen Klöckner, Frank Sprecht
 Berlin

Die Bundesregierung muss sparen – und erhöht dabei den Druck auf die Beitragszahler, die sich ohnehin mit einer immer weiter steigenden Abgabenlast konfrontiert sehen. Das sorgt für wachsenden Unmut. „Haushaltskonsolidierung zulasten der Sozialversicherung ist kein Sparen“ überschreibt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ihre Stellungnahme zum Entwurf für das Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024. An diesem Donnerstag findet dazu eine Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestags statt.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November eine Umschichtung von Krediten im Bundshaushalt als verfassungswidrig gekippt hatte, muss die Regierung 70 Milliarden Euro einsparen. Die Landwirte demonstrieren gerade öffentlichkeitswirksam, weil Vergünstigungen beim Agrardiesel schrittweise abgeschmolzen werden sollen. Bei voller Wirksamkeit im Jahr 2027 müssen die Bauern 450 Millionen Euro im Jahr mehr zahlen.

Auf die Beitragszahler kommen dagegen ganz andere Belastungen zu – doch gehen sie bislang nicht auf die Straße. So fordert die Bundesregierung Zuschüsse, die sie in der Coronakrise für das Kurzarbeitergeld an die Bundesagentur für Arbeit (BA) geleistet hatte, nun teil-

weise zurück. Insgesamt geht es bis 2027 um eine Summe von 5,2 Milliarden Euro.

Von der BDA hagelt es Kritik: Zwar sei es richtig gewesen, mögliche negative Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt abzufedern. Aber die Kosten für gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssten auch gesamtgesellschaftlich getragen werden. Bei den gut fünf Milliarden Euro bis 2027 handle es sich aber ganz klar um Beitragsmittel, die streng zweckgebunden seien und nicht zur Finanzierung des allgemeinen Staatshaushalts verwendet werden dürften, schreibt der Arbeitgeberverband in seiner Stellungnahme, die dem Handelsblatt vorliegt.

Hier sei die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sehr klar. „Insofern stehen wesentliche Regelungen zur Entlastung des Bundshaushalts auf rechtlich mehr als wackeligen Füßen.“ Den einst gewährten Zuschuss nun teilweise wieder einzufordern, sei „das Gegenteil von rechtsstaatlich verlässlichem Regierungshandeln“.

Der Chefhaushälter der Unionsfraktion, Christian Haase (CDU), nennt die Sparpläne zulasten der Sozialkassen „unverfroren und dreist“. Es sei eine Frechheit, das Geld der Beitragszahler zweckwidrig zur Haushaltsanierung heranzuziehen. „Der BA-Haushalt ist kein Selbstbedienungsladen der Ampelkoalition.“

Der Ökonom Thies Büttner von der Universität Erlangen-Nürnberg sieht wie die BDA auch verfassungsrechtliche Probleme im Haushaltsfinanzierungsgesetz. Wenn vom

Bundestag gewährte Zuschüsse nachträglich zurückgefordert würden, sei das „bei Lichte besehen wiederum eine Zweckentfremdung von Notlagenkrediten“, schreibt der Vorsitzende des unabhängigen Beirats beim Stabilitätsrat in seiner Stellungnahme. Schließlich sollen die ursprünglich als Zuschüsse in der Pandemie geleisteten Beträge nun im Bundshaushalt nach Beendigung der Notlage für andere Zwecke genutzt werden. Genau diese Praxis hatte das Bundesverfassungsgericht aber als Verstoß gegen das Grundgesetz gewertet.

Für die Beitragszahler hat die Rückforderung die Folge, dass die Bundesregierung künftig nur dann auf dem Verordnungsweg die Arbeitslosenbeiträge absenken können soll, wenn die BA wieder eine Rücklage in Höhe von 0,65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgebaut hat. Nicht ausgeschlossen ist dagegen eine Anhebung des Beitrags von aktuell 2,6 Prozent.

Neben der Arbeitsagentur soll auch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) einen zusätzlichen Sparbeitrag erbringen. Bereits 2022 hatte die Bundesregierung vier versprochene Sonderzahlungen von jeweils 500 Millionen Euro für die Jahre 2022 bis 2025 wieder abgeschafft. Dann kürzte sie den Bundeszuschuss für die Jahre 2024 bis 2027 um jeweils 600 Millionen Euro. Und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sollen nun für diesen Zeitraum jährlich weitere 600 Millionen Euro an Bundesmitteln gestrichen werden. Insgesamt beläuft sich der Konsolidierungsbeitrag für die Rentenversicherung damit auf rund 6,8 Milliarden Euro.

Karl Lauterbach:
 Keine Besserung
 in Sicht.



Wegen der Kürzung der Zuschüsse muss die DRV die Rentenausgaben stärker aus der Nachhaltigkeitsrücklage finanzieren, die dadurch schneller als geplant abschmilzt. Somit könnte es schon früher als wie gegenwärtig prognostiziert 2028 notwendig sein, den Beitragssatz von 18,6 Prozent auf 18,7 Prozent anzuheben, warnt die DRV.

Damit drohen weitere Beitragserhöhungen in einem Umfeld ohnehin steigender Sozialabgaben. Mit einem durchschnittlichen Beitragssatz von mehr als 41 Prozent bei Beschäftigten ohne Kinder ist die kritische 40-Prozent-Marke ohnehin längst durchbrochen. Für Kostensprünge in der Sozialversicherung sorgten in den vergangenen Jahren vor allem die steigenden Beiträge in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. In der Amtszeit von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist der durchschnittliche Zusatzbeitrag der Krankenkassen bereits von ursprünglich 1,3 auf 1,7 Prozent angehoben worden.

”

Der BA-Haushalt ist kein Selbstbedienungsladen der Ampelkoalition.

Christian Haase

Chefhaushälter der Unionsfraktion

Nach Einschätzung der Kassen ist auch 2025 keine Besserung in Sicht. „Wird nicht gegengesteuert, rechne ich für 2025 mit Beitragserhöhungen auf breiter Front“, sagte Anne-Kathrin Klemm, Vorständin des BKK-Dachverbands, am Mittwoch in Berlin. „Denn vom Bund wird wohl kein Geld kommen – und die Kassen haben nicht mehr Geld.“ Die Rücklagen seien beinahe aufgebraucht und würden in diesem Jahr weiter sinken.

Hinzu kämen „teure Reformen des Gesundheitsministers im Bereich Ärzte, Kliniken und Apotheken“, die die Lage weiter verschärfen. Allein die von Lauterbach am Dienstag angekündigte Aufhebung der Honorarobergrenzen für Hausärzte könnte die Kassen je nach Ausgestaltung bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr kosten, schätzt Klemm. Lauterbach sprach hingegen von einem dreistelligen Millionenbetrag. Maßnahmen, die Kassenfinanzen zu stabilisieren, sind wiederum nicht in Sicht. Lauterbach kann auf keine zusätzlichen Steuergelder aus dem Bundeshaushalt hoffen. Die angekündigten Strukturreformen im Bereich Digitalisierung, Ärzte und Kliniken dürften – wenn überhaupt – die Ausgaben nur langfristig senken. Deswegen ist die Sorge der Kassen groß, dass die Ausgaben vor allem von den Beitragszahlern getragen werden müssen.

Davor warnt auch Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU). „Eine weitere Zusatzbelastung für die Beitragszahler lehnen wir ab“, sagte sie. Die Belastbarkeit der Versicherten habe Grenzen.

Die BDA moniert zudem, dass die Regierung den von den geplanten Kürzungen am meisten Betroffenen kein Gehör schenke, weil zur Anhörung weder Vertreter der Sozialversicherungen noch der Sozialpartner eingeladen seien. „Das offensichtliche Desinteresse von Bundesregierung und Parlament für die Anliegen der von ihren Entscheidungen Betroffenen zeugt von Abgehobenheit“, schreibt der Verband.

Ecuador

Die organisierte Kriminalität erklärt der Regierung den Krieg

Seit Tagen eskaliert die Gewalt in Ecuador, eine langfristige Lösung ist nicht in Sicht. Das südamerikanische Land hat mehr als nur ein tief reichendes Problem.

Klaus Ehringfeld Mexiko-Stadt

Bewaffnete Angriffe, Gefängnisaufstände, Entführungen von Polizisten – seit Tagen fordert das organisierte Verbrechen in Ecuador den jungen Präsidenten Daniel Noboa mit solchen und anderen Machtdemonstrationen heraus. Vorläufiger Höhepunkt war der Dienstagnachmittag. Ein bewaffnetes Kommando drang bei einer Livesendung in einen staatlichen Fernsehsender in der zweitgrößten Stadt Guayaquil ein, nahm Mitarbeiter als Geisel, hielt ihnen vor laufender Kamera Gewehre an den Kopf und richtete an die relativ neue Regierung des Andenstaats eine Kampfansage.

„Wir sind auf Sendung, damit Sie wissen, dass man nicht mit der Mafia spielt“, sagte einer der rund zehn vermummten Angreifer gegen 14 Uhr in die Kamera des Senders TC Televisión – und weite Teile des Landes schauten zu. Die fast halbstündige Übertragung zeigte, wie Journalisten die Angreifer anflehen, sie nicht zu töten, außerdem waren Schüsse und Schreie von Menschen zu hören. Anschließend wurde das Signal abgeschaltet. Die Polizei setzte Spezialeinheiten gegen die bewaffneten Männer ein und nahm sie nach offiziellen Angaben kurz darauf fest. Wer das Ringen um die Macht zwischen dem Staat und den Kriminellen gewinnt, scheint offen.

Präsident Noboa, mit 36 Jahren der jüngste Staatschef in der Geschichte des Landes, erwiderte die Kampfansage der Kartelle am Dienstag nur wenige Minuten später. Per Dekret rief er einen „internen bewaffneten Konflikt“ aus und erklärte 22 kriminelle Gruppierungen als terroristische Organisationen und nicht staatliche Kriegsparteien, die ausgeschaltet werden sollen. „Ich habe den Streitkräften befohlen, diese Gruppen zu neutralisieren“, schrieb Noboa auf X.

Der Präsident, der seit weniger als zwei Monaten im Amt ist, hat erst einen Tag zuvor eine nächtliche Aus-

gangssperre verhängt und den Ausnahmezustand ausgerufen. Die Schulen und Universitäten sind für diese Wochen geschlossen.

Begonnen hat die dramatische Eskalation der Gewalt am Wochenende, als der Chef der mächtigen Bande „Los Choneros“, Adolfo Macías alias „Fito“, aus dem Gefängnis ausbrach. Der mächtigste Kriminelle des Landes war aus einer Hochsicherheitseinrichtung ver-

36

Jahre

alt ist Ecuadors Präsident Daniel Noboa – und damit der jüngste Staatschef in der Geschichte des Landes.

schwunden und führt jetzt anscheinend einen Rachefeldzug gegen die Regierung. Am Dienstag meldete die Behörde außerdem die Flucht eines weiteren Drogenbosses, Fabricio Colón Pico, einem der Anführer der Bande „Los Lobos“.

Mit dem Angriff auf den TV-Sender in der Wirtschaftsmetropole



Daniel Noboa: Der Präsident ist seit weniger als zwei Monaten im Amt.

Guayaquil spitzt sich auf dramatische Weise der Konflikt zwischen der Regierung und den Drogenmafias zu, die zum großen Teil von mexikanischen Gruppen wie dem „Sinaloa-Kartell“ und dem „Kartell Jalisco neue Generation“ dominiert werden und die schon im Wahlkampf im August nicht vor der Ermordung eines Kandidaten zurückschreckten.

Seit 2018 befindet sich Ecuador in einer Abwärtsspirale, während derer der Staat zunehmend die Kontrolle verloren hat. Die beiden neoliberalen Vorgängerregierungen vor Noboa stoppten die Investitionen in Bildung, Sicherheit und Landwirtschaft. Die Gefängnisse sind Verwahranstalten, in denen die Kartelle bestimmen. Hinzu kommen die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise während der Pandemie, die Ecuador so hart traf wie kaum ein anderes Land in Lateinamerika. Millionen Arbeitsplätze gingen verloren. Auch das ist ein Grund, warum die Banden der organisierten Kriminalität keine Nachwuchssorgen haben.

Dazu kommt, dass das internationale Verbrechen Ecuador vor einigen Jahren zu seinem neuen logistischen Zentrum auserkoren hat. Das Land ist wegen seiner Lage zwischen den Kokaproduzenten Peru und Kolumbien, seiner dollarisierten Wirtschaft sowie einem der größten Häfen Lateinamerikas in Guayaquil attraktiv. Vor allem mexikanische Kartelle, aber auch die albanische Mafia haben sich festgesetzt und mit lokalen Banden verbündet. Sie alle ringen um Routen und Reviere, um die Kokainrouten in die USA und nach Europa zu kontrollieren.

Die Folge ist eine beispiellose Welle der Gewalt, die Ecuador zu dem lateinamerikanischen Land gemacht hat, in dem Unsicherheit und Kriminalität in den vergangenen Jahren am stärksten zugenommen haben. Mit einer Mordrate von 46,5 pro Hunderttausend Einwohner im vergangenen Jahr liegt Ecuador deutlich vor Ländern wie Mexiko und Brasilien.



Soldaten: Seit 2018 befindet sich Ecuador in einer Abwärtsspirale.

Ehud Olmert

„Wir sollten die Offensive in Gaza beenden“

Im Handelsblatt stellt Israels Ex-Premier seinen Plan für einen dauerhaften Frieden vor. Ministerpräsident Netanjahu wirft er Konzeptionslosigkeit vor.

Herr Olmert, im Nahen Osten suchen Spitzen-diplomaten nach einem Ausweg aus der Krise. Wie ließe sich eine Eskalation verhindern?

Israel sollte die militärische Kampagne in Gaza schnell beenden. Wir haben dort einen großen Teil unserer Ziele erreicht. Die Hamas wurde zwar weder vollkommen entwaffnet, noch wurde sie zerlegt. Aber sie ist stark geschwächt. Und auslöschen können wir sie nicht.

Aber es sind nach wie vor über 130 Geiseln in der Hand der Hamas.

Wir müssen verstehen, dass Verhandlungen der einzige Weg sind, um die Freilassung der Geiseln zu erreichen. Die Verpflichtung des Staates Israel gegenüber seinen Bürgern, die aus ihren Häusern, Schlafzimmern, Wohnzimmern und Unterküften nach Gaza entführt wurden, ist größer als die Schande, die mit Zugeständnissen an die Hamas verbunden ist.

Welchen Deal würden Sie vorschlagen?

Wir sollten die Offensive in Gaza beenden, aber bis auf Weiteres dort bleiben. Dann müsste die Hamas alle Geiseln freilassen. Dem sollten sich Verhandlungen über einen dauerhaften Stopp der Aggressionen anschließen.

Israel und die Hamas sprechen nicht miteinander. Wen stellen Sie sich als Unterhändler vor?

Ägypten. Aber wir sollten uns dieses Mal nicht wie früher mit einer mündlich vereinbarten Waffenruhe zufriedengeben, sondern ein dauerhaftes Ende der Feindseligkeiten fordern, und zwar in Form eines schriftlichen Abkommens. Sobald das

erreicht ist, könnten wir uns aus dem Gazastreifen zurückziehen. Wir sollten auf keinen Fall dort bleiben.

Wie stellen Sie sich die Nachkriegsordnung in Gaza vor?

Wir sollten die USA und die Europäer überzeugen, eine internationale Truppe zur Überwachung des Waffenstillstands in den Gazastreifen zu entsenden. Sie müsste ein bis zwei Jahre dort bleiben. Das ist nötig, weil kein palästinensischer Soldat bereit wäre, israelische Truppen abzulösen. Gleichzeitig müssten wir eine politische Lösung ins Auge fassen, die nicht nur für Gaza, sondern auch für die Westbank gelten soll.

Das dürfte nicht ganz einfach sein.

Das weiß ich auch. Aber es gibt keine andere Lösung als die Trennung zwischen uns und den Palästinensern. Wir müssen nicht nur Gaza, sondern auch die Westbank verlassen.

Es gibt in Jerusalem aber Stimmen, die eine Besiedlung des Gazastreifens fordern.

Das kommt nicht infrage. Nach einer Übergangszeit, in der die israelischen Verteidigungskräfte für Sicherheit sorgen, sollte uns eine internationale Truppe ablösen, bevor die Palästinenser die Kontrolle über die zivile Verwaltung übernehmen.

Sie kamen einem Frieden mit den Palästinensern zum Greifen nahe, als Sie Mahmud Abbas, dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, eine Zweistaatenlösung vorschlugen.

Vita

Der Politiker Ehud Olmert war von April 2006 bis März 2009 israelischer Ministerpräsident. Er ist einer der bekanntesten israelischen Politiker, war Bürgermeister Jerusalems und mehrfach Minister. Einst trat er für Benjamin Netanjahus Partei Likud an, Premier wurde er für die Partei Kadima.

Die Gerichtsprozesse Später wurde er wegen Korruption im Amt als Bürgermeister von Jerusalem zu einer Haftstrafe verurteilt, er saß ab Februar 2016 für etwa 16 Monate im Gefängnis. Zudem musste er 2022 Israels Ministerpräsidenten Netanjahu wegen übler Nachrede umgerechnet rund 17.000 Euro Entschädigung zahlen.

Das war Ende 2008.

Sie waren damals noch Regierungschef.

Doch Abbas lehnte ab, wohl auch aus Angst vor der radikalislamischen Hamas. Und doch: Vor einer Weile, noch vor dem 7. Oktober, habe ich der palästinensischen Führung einen modifizierten Friedensplan unterbreitet. Dieser könnte eine Grundlage für die Lösung des Konflikts sein. Um das zu akzeptieren, müsste Abbas Mut beweisen.

Wie war die Reaktion auf Ihren Friedensplan?

Seine Berater bezeichneten ihn als „sehr weitgehend“, und ich weiß nicht, ob Abbas dazu den Mut hat. Ich bin zwar enttäuscht über seinen bisherigen Leistungsausweis. Aber wir haben keinen anderen Partner, um Frieden zu schließen.

Wäre es nicht an Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, die Initiative für eine diplomatische Lösung zu ergreifen?

„Bibi“ hat weder den Mut noch die Vision dazu. Er müsste sich zudem von seinen messianischen, radikalen Ministern trennen. Bewusst und freiwillig hat er sich vor einem Jahr von ihnen abhängig gemacht, indem er mit ihnen eine Regierungsbündnis einging, weil er wusste, dass er es nur mit ihnen auf eine Mehrheit in der Knesset bringt.

Würde heute gewählt, hätte seine Koalition laut Umfragen allerdings keine Mehrheit.

Umfragen zeigen tatsächlich einen dramatischen Verlust. Aber die Umfragen unterschätzen den Vertrauensverlust.

Weshalb?

Umfragen sind nicht in der Lage, das Ausmaß der Enttäuschung und der Wut zu erfassen. Bibi hat sein Wahlversprechen, Garant für die Sicherheit Israels zu sein, nicht erfüllt. Wir sollten uns jetzt auf schwierige Tage einstellen, mit einer wachsenden Zahl gefallener Soldaten und Szenen der Zerstörung und Verwüstung im Gazastreifen, die einen schweren Schatten auf den Staat Israel werfen und die Unterstützung und Geduld untergraben könnten, auf die wir noch zählen können.

Die horrenden Bilder aus Gaza werden weltweit kritisiert. Ihre Antwort darauf?

Ich frage unsere Kritiker: Was sollen wir tun, um die Hamas zu stoppen? Gibt es unter denjenigen, die Israel kritisieren, vielleicht jemanden, der uns einen Rat geben kann? Wenn sich die Hamas im Herzen des Gazastreifens befindet und das Hauptquartier der Hamas im Erdgeschoss eines Krankenhauses ist, des größten in Gaza, wenn ihre Kommandoposition im Zentrum der Stadt ist, wenn die Abschussrampen der Raketen im Zentrum der Städte installiert sind: Wie soll Israel dann sein Recht ausüben, sich zu verteidigen? Wer uns kritisiert, rät uns, die Gräueltaten der Hamas hinzunehmen, weil wir sonst unschuldige Zivilisten treffen würden. Doch die Wahrheit ist: Die Hamas missbraucht ihre eigenen unschuldigen Zivilisten als menschliche Schutzschilde.

Glauben Sie, dass Israel mit diesen Argumenten die Propagandaschlacht gewinnen kann?

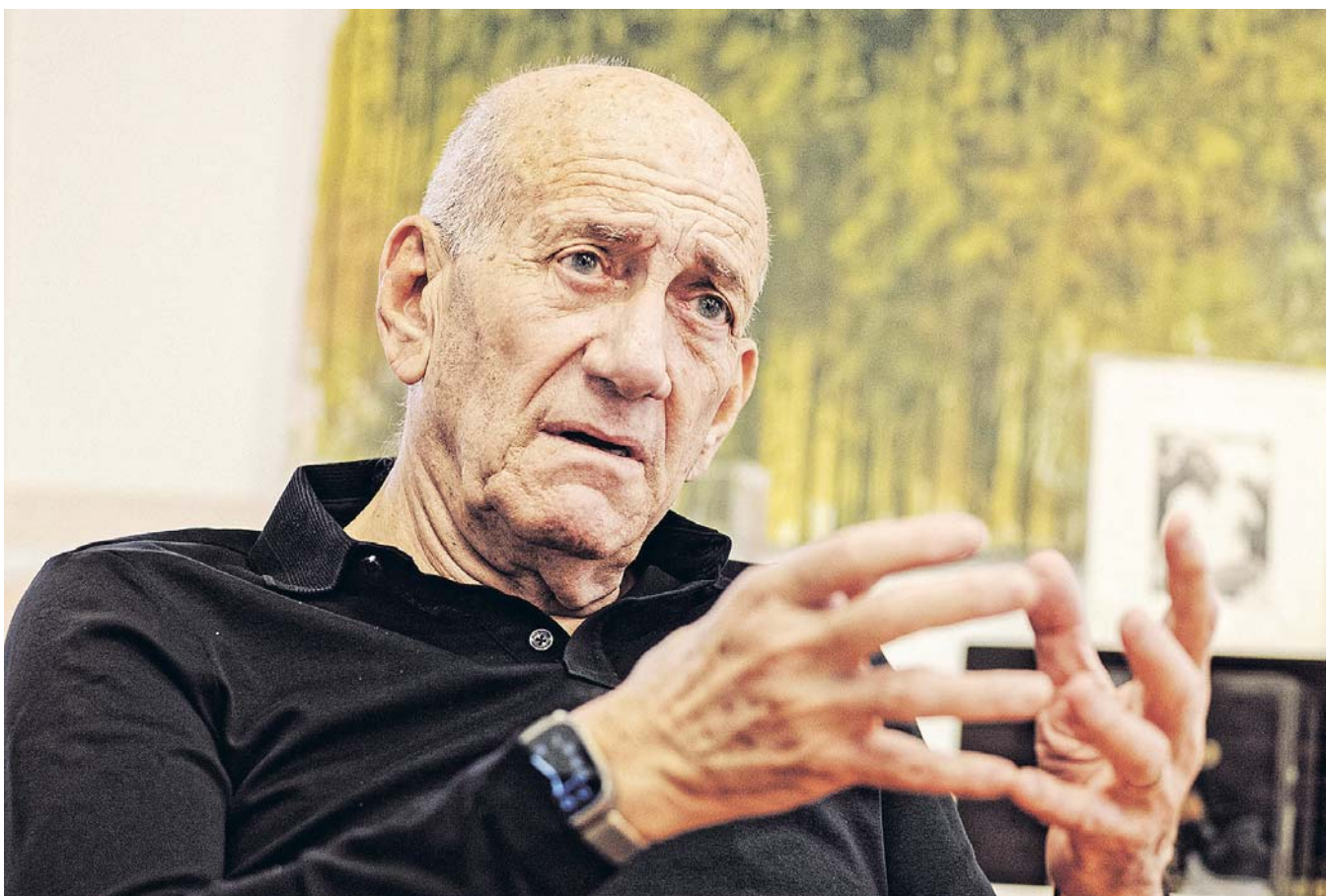
Natürlich nicht. Und zwar wegen der Intoleranz und wegen der Vorurteile, die fast unvermeidlich sind, wenn Israel als Großmacht den Palästinensern gegenübersteht, die als arm wahrgenommen werden. Und das, obwohl diese „armen“ Palästinenser 1200 israelische Zivilisten in ihren Häusern massakriert und abgeschlachtet haben und etwa 240 nach Gaza verschleppt haben.

Was kann Israel tun?

Natürlich versuchen wir, die Palästinenser humanitär zu unterstützen, die aus dem Zentrum des Gazastreifens nach Süden gezogen sind. Das wird ihnen zwar kein Leben in einem Fünfsternehotel ermöglichen, das sich die Hamas-Führung in Katar und in anderen Ländern gönnt, aber immerhin grundlegende Bedürfnisse bis zum Ende der militärischen Konfrontation abdecken.

Herr Olmert, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Pierre Heumann.



Julien Danie/IMVOP/laif



Narendra Modi:
Zwiespältige
Situation.

Narendra Modi

Indiens Lockruf

Die Wirtschaft des Landes wächst rasant, dennoch gehen die Investitionen ausländischer Firmen stark zurück. Der Regierungschef will nun gegenlenken.

Mathias Peer Bangkok

Die Bühne kennt Narendra Modi seit Jahrzehnten, das Publikum ist ihm wohlgesonnen, und vor seinem Auftritt feiern ihn befreundete Topmanager mit Lobeshymnen: Die ranghoch besetzte Investorenkonferenz „Vibrant Gujarat“ ist für den indischen Premierminister ein Heimspiel mit ähnlich guter Ausgangslage, wie sie der FC Bayern München in einer ausverkauften Allianz-Arena vorfindet. Als Chef der Lokalregierung des Bundesstaats Gujarat hatte Modi die Veranstaltung vor 20 Jahren ins Leben gerufen. Inzwischen ist er zu ihrem gefeierten Star geworden.

Doch trotz des angenehmen Umfelds stand Modi am Mittwoch zum Start des für ihn wohl wichtigsten Wirtschaftstreffens im laufenden Wahljahr vor einer ungewohnten Herausforderung: Er musste mit seiner Eröffnungsrede erstmals gegen abflauendes Interesse ausländischer Investoren ankämpfen.

Denn Indien erlebt derzeit eine zwiespältige Situation: Einerseits verfügt das bevölkerungsreichste Land der Welt über das stärkste Wirtschaftswachstum sämtlicher großer Industrie- und Schwellenländer – für das laufende Fiskaljahr, das im März endet, rechnet der Internationale Währungsfonds mit einem Plus von 6,3 Prozent. Andererseits halten sich internationale Konzerne mit Wetten auf den Wachstumsmarkt zurück: Die Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) nach Indien gehen rapide zurück. Im ersten Halbjahr des aktuellen Fiskaljahres sank das FDI-Volumen im Vergleich zum Vorjahr um 24 Prozent, wie die Regierung vor wenigen Wochen mitteilte. Die Nettozuflüsse – also die neuen Investitionen minus abgezogener Gelder – sanken in den vergangenen vier Quartalen, für die Daten vorliegen, auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren, wie das Analysehaus Capital Economics vorrechnet.

Der Abwärtstrend begann bereits im vergangenen Fiskaljahr, als die neuen ausländischen Direktinvestitionen zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt einen Rückgang verzeichneten. Die Verlegung von Teilen der Lieferkette von China nach Indien durch Konzerne wie Apple reichte dabei nicht aus, um die Entwicklung zu drehen.

Hinter dem FDI-Rückgang stehen zum einen die Schwäche der Weltwirtschaft und die globale Zinswende, zum anderen auch die nach wie vor vorherr-

“

Indien ist ein Kraftzentrum für talentierte junge Menschen, ein Technologiezentrum für die Suche nach Lösungen und eine Demokratie, die Ergebnisse liefert.

Narendra Modi
Indiens Regierungschef

schende Skepsis ausländischer Unternehmen über ihre Chancen, von Indiens Aufschwung profitieren zu können. Diese Skepsis versuchte Modi in Gujarat mit ambitionierten Versprechen auszuräumen: Indien sei ein „Kraftzentrum für talentierte junge Menschen, ein Technologiezentrum für die Suche nach Lösungen und eine Demokratie, die Ergebnisse liefert“, sagte er vor den Teilnehmern der Konferenz, zu der sich unter anderem Vertreter von Microsoft, Google und Toyota angemeldet hatten. Auch Staats- und Regierungschefs saßen im Publikum.

Er könne „garantieren“, dass Indien von dem fünften Rang unter den weltgrößten Volkswirtschaften bereits in wenigen Jahren auf Platz drei aufsteigen werde, sagte Modi.

„In einer Zeit, in der die Welt von vielen Unsicherheiten umgeben ist, hat sich Indien als Hoffnungsschimmer erwiesen.“ Modi nannte die Strukturreformen und den Fokus auf den Ausbau der Infrastruktur seit seinem Amtsantritt als Grund für die Stärke. Die Aussichten beschrieb er als positiv. „Deshalb möchte ich Sie alle dazu aufrufen, sich dieser Entwicklungsreise Indiens anzuschließen“, sagte er in Richtung potenzieller Investoren.

Das Werben der indischen Regierung blieb nicht unerhört. Der Autohersteller Maruti Suzuki, der mehrheitlich der japanischen Suzuki-Gruppe gehört, kündigte im Rahmen von „Vibrant Gujarat“ eine Investition von rund vier Milliarden Dollar in eine neue Fabrik in dem Bundesstaat an. Das Konglomerat Tata nannte Pläne für den Bau einer Halbleiterfabrik. Der indische Industrielle Gautam Adani versprach, in den kommenden fünf Jahren weitere 24 Milliarden Dollar in Gujarat im Bereich der erneuerbaren Energien zu investieren.

Die Rede Adanis, der als enger Vertrauter Modis gilt, hörte sich auf der Konferenz beinahe an wie ein Wahlwerbespot wenige Monate vor der Parlamentswahl, bei der sich Modi um eine dritte Amtszeit bewirbt: Adani lobte den Premier für „bemerkenswerte Errungenschaften“ und sprach ihn direkt an: „Herr Premierminister, Sie haben Indien neu ausgerichtet, um die am schnellsten wachsende Nation der Welt zu werden.“

Anderere Unternehmensvertreter zeigten sich weniger begeistert. Der Indienchef des französischen Autoherstellers Renault, Venkatram Mamillapalle, kritisierte die Unzuverlässigkeit der indischen Behörden: So habe die Regierung die Vorschrift zur Installation von sechs Airbags in jedem Neuwagen kürzlich überraschend zurückgenommen. Die Ausgaben für die Umgestaltung der Fahrzeuge habe man folglich umsonst getätigt.

Mario Draghi Meister des unerwarteten Comebacks

Wie der ehemalige Chef der Europäischen Zentralbank weiter in Europa mitmischt.

Rom. Der Terminplan von Mario Draghi schaut schon wieder aus wie der eines Berufspolitikers: Am Mittwoch traf er sich mit hochrangigen Industrievertretern aus ganz Europa in Mailand, mit dabei Siemens, Vodafone, BMW. Am Freitag geht es nach Brüssel, um mit Mitgliedern der EU-Kommission zu sprechen. Es war eine Überraschung, als EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Draghi im vergangenen September zum Sonderbeauftragten für Wettbewerbsfähigkeit ernannte – eine Beraterrolle, die Draghi offenbar gereizt hat. Nach der Europawahl im Juni soll er seine Analyse mit Empfehlungen vorlegen, wie der alte Kontinent das Investitionsrennen gegen China und die USA gewinnen kann.

Der ehemalige Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) hat schon des Öfteren unerwartete Comebacks gefeiert, nicht zuletzt, als er im Februar 2021 die Regierungsspitze in Italien übernahm. Schon länger wird spekuliert, dass Draghi auch über seinen Beraterjob hinaus eine wichtige Rolle in Brüssel spielen könnte. Die Ankündigung des belgischen EU-Ratspräsidenten Charles Michel in dieser Woche, bei der Europawahl im Juni für das Parlament zu kandidieren, hat die Diskussionen um Draghi neu entfacht.

Im Erfolgsfall würde sich Michel von der Spitze des Europäischen Rats zurückziehen – das Gremium der Staats- und Regierungschefs. Die „Financial Times“ veröffentlichte eine Liste mit potenziellen Namen für seine Nachfolge, die bereits in Brüssel kursiert. Mit dabei: Mario Draghi. Bisher hat der 76-Jährige jegliche Spekulationen über seine Zukunft weggelächelt.

Doch bei der möglichen Michel-Nachfolge gibt es eine Konsequenz, die Draghi als überzeugtem Europäer nicht gefallen dürfte: Ohne einen Nachfolger würde turnusgemäß Ungarns Regie-



Mario Draghi: Jegliche Spekulationen weggelächelt.

rungschef Viktor Orbán an die Spitze des Gremiums rücken – der russlandfreundliche Politiker schoss zuletzt immer wieder quer, wenn es um Finanzhilfen für die Ukraine ging. Schon Anfang Dezember berichteten italienische Medien mit Berufung auf diplomatische Kreise, dass sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Draghi als EU-Kommissionspräsidenten wünsche.

Nach der Europawahl gibt es noch weitere wichtige Ämter zu verteilen: Neben der Kommissionsspitze – und möglicherweise der Michel-Nachfolge im Rat – braucht es einen neuen Präsidenten für das EU-Parlament, auch das Amt des EU-Außenbeauftragten und das Generalsekretariat der Nato gilt es zu besetzen. Alles Posten, für die Draghi infrage kommen könnte.

Das wahre Postengeschacher in Brüssel wird aber erst nach der Wahl beginnen. Erhält Draghi tatsächlich eine wichtige Rolle, bekäme wohl seine Nachfolgerin in Rom Probleme: Die rechtsnationale Giorgia Meloni, seit Oktober 2022 an der Macht, könnte dann kein gewichtiges Amt mehr mit einem ihr wohlgesinnten Parteimitglied besetzen. Für Meloni könnte das eine schmerzliche Niederlage sein. Christian Wermke

Medikamentenmangel

Rettet die Apotheke der Welt

Immer wieder sind wichtige Medikamente knapp. Das muss sich ändern.



Theresa Rauffmann ist Reporterin im Unternehmensressort. Sie erreichen sie unter: rauffmann@handelsblatt.com

Dauerdefekt. So heißt es im Apotheken-Sprech, wenn ein Medikament nicht lieferbar ist. Das ist keine Seltenheit: Manche Apotheker füllen ihre Regale mit Attrappen, damit sie nicht so leer aussehen. Und Patientinnen stehen immer wieder verzweifelt davor. Die deutsche Gesundheitspolitik stößt an ihre Grenzen. Gut 500 Medikamente sind derzeit laut der Lieferengpassliste des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte in Deutschland Mangelware, manche davon immer wieder. Doch die Dunkelziffer ist höher: In Wirklichkeit sind derzeit laut Thomas Preis, Vorstand des Apothekerverbands Nordrhein, einige Tausend Medikamente nicht zu bekommen.

Übersteigt die Nachfrage nach bestimmten Mitteln in Krankheitswellen oder wegen Produktionsproblemen das Angebot, verkaufen viele Hersteller ihre Arzneimittel lieber in Länder, in denen sie höhere Gewinne machen – und nicht nach Deutschland. Auch die hohen Produktionskosten hierzulande schrecken ab: Wirkstoffhersteller sitzen vor allem in Indien und China. Und auch innovative Medikamente werden immer öfter anderswo erforscht: Bayers neueste Entwicklungen an Zelltherapien etwa finden vor allem im Biotech-Cluster Boston statt und nicht in Leverkusen.

Für Deutschland ist die Entwicklung fatal. Werden wir irgendwann eigentlich behandelbare Krankheiten nicht mehr heilen können, weil uns die Antibiotika fehlen? Werden wir andere Teile der Welt anbetteln, uns mit Medikamenten zu versorgen, weil wir jahrelang die Preise gedrückt haben? Werden wir irgendwann selbst keine neuen Medikamente mehr entwickeln können? Das Know-how ist da. Die Politik sollte dafür sorgen, dass es nicht komplett nach Amerika und Asien abwandert. Und die einstige Apotheke der Welt nicht zu einer Replik ihrer selbst verkommt – ein Regal voller Medikamente, die sich als Attrappen herausstellen.

► Bericht Seite 4



Schwellenländer

Das Jahr des globalen Südens

Der Wettstreit mit China um Einfluss in Asien und Afrika verschärft sich. Um mitzumischen, muss der Westen zu Zugeständnissen an aufstrebende Volkswirtschaften wie Indien bereit sein.

Der globale Süden hat ein gutes Jahr hinter sich – zumindest als eines der populärsten Schlagwörter in der internationalen Politik. Umworben wurde die Region, der sämtliche Schwellen- und Entwicklungsländer zugerechnet werden, in Reden von allen Seiten: Dass der globale Süden eine wichtige Rolle spiele, sei gut und richtig, lobte Kanzler Olaf Scholz beim G20-Gipfel in Neu-Delhi. US-Präsident Joe Biden versprach bei seinem Besuch in Hanoi mehr Wachstumshilfe für den globalen Süden.

Chinas Präsident Xi Jinping erklärte wiederum beim BRICS-Gipfel in Johannesburg, sein Land atme als Teil des globalen Südens die gleiche Luft wie andere Schwellenländer – und stehe deshalb auch für eine gemeinsame Zukunft mit ihnen.

Hinter dem steigenden Interesse an den ärmeren, nicht westlichen Ländern, die der schwammige Begriff des „globalen Südens“ zusammenfasst, steckt die Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse – und auch die Erkenntnis der reichen und mächtigen Staaten, dass sie angesichts komplexer Herausforderungen auf neue Partnerschaften angewiesen sind.

Die Frage, wer sich im Werben um die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens, Afrikas und Südamerikas die meisten Freunde macht, hat deshalb auch 2024 erhebliche strategische Bedeutung. Während sich der Westen Alternativen zu den Wirtschaftsbeziehungen zu China wünscht und den wachsenden geopolitischen Einfluss der Volksrepublik ausbalancieren möchte, strebt die Regierung in Peking nach einer



Mathias Peer ist Korrespondent in Bangkok. Sie erreichen ihn unter: peer@handelsblatt.com

neuen internationalen Ordnung – und hofft dabei auf die Unterstützung jener Staaten im globalen Süden, die sich von den wohlhabenden Industrieländern übergangen und ausgebeutet fühlen.

Der antiwestlichen Rhetorik, die China dabei einsetzt, können Europa und Amerika nicht allein entgegentreten. Zu groß ist das Misstrauen in großen Teilen der Welt gegenüber den USA und ihren Verbündeten, die sich vielerorts den Ruf erarbeitet haben, internationale Regeln nur dann anzuwenden, wenn diese ihre eigenen Interessen widerspiegeln. Bessere Chancen hat der Westen, wenn er mit moderateren Staaten innerhalb des globalen Südens bei ihrem Wunsch nach größerem Einfluss zusammenarbeitet.

Eine Partnerschaft mit Indien bietet sich dabei an: Dessen Regierungschef Narendra Modi hat einen offenen Wettstreit mit China um die Führungsrolle im globalen Süden gestartet – und dazu 2023 gleich zwei virtuelle Gipfeltreffen mit mehr als 100 Teilnehmerstaaten ausgerichtet. Ab 2024 will Modi eine jährliche Konferenz über die Entwicklung des globalen Südens veranstalten. China lässt er dabei außen vor – als

zweitgrößte Volkswirtschaft und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat passt die Volksrepublik schließlich auch nicht wirklich in die Gruppe jener Länder, die in der Weltgemeinschaft zu wenig zu sagen haben.

Von China unterscheidet sich Indiens Ansatz aber nicht nur in der Frage, wer überhaupt zum globalen Süden gehört und wer nicht: Anders als der Regierung in Peking geht es Neu-Delhi nicht um einen Umsturz des aktuellen internationalen Systems, sondern lediglich um dessen Reform. Indien fordert mehr Mitspracherechte im Sicherheitsrat und in den internationalen Finanzorganisationen. Seine Botschaft sei, dass der globale Süden mehr Verantwortung übernehmen wolle, sagte Modi vor wenigen Wochen.

Amerika und Europa wären gut beraten, sich darauf einzulassen und Macht an Schwellenländer wie Indien abzugeben. Nur so haben sie eine Chance zu verhindern, dass Länder wie China, aber auch Russland die Unzufriedenheit über den Status quo in Teilen der Welt für ihre eigenen machtpolitischen Interessen ausnutzen.

Dabei muss sich der Westen aber auch im Klaren darüber sein, dass Indien kein einfacher Partner ist – und es auch in wichtigen Fragen Meinungsunterschiede geben wird. Indiens umfangreicher Erwerb von russischem Öl ist nur ein Beispiel dafür. Eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Land in internationalen Organisationen bietet aber die Möglichkeit, auch solche Differenzen offen anzusprechen – nicht bevormundend wie lange Zeit üblich, sondern als Partner auf Augenhöhe.

Bondmarkt

Neuer Enthusiasmus und alte Risiken

Übertriebener Aufschwung: Investoren blenden Gefahrenquellen einfach aus.

War da irgendwas? Im vergangenen Herbst schossen die Renditen für zehnjährige US-Staatsanleihen steil in die Höhe, bis an die Fünf-Prozent-Marke heran. Das war der höchste Stand seit der großen Finanzkrise, und weil der gigantische Markt für US-Bonds die Richtung für den Rest der Welt vorgibt, wuchs damals die Sorge um die Stabilität des globalen Finanzsystems. Der vergangene Herbst scheint lange her zu sein. Seither befinden sich die Renditen der US-Staatsbonds im Sinkflug, auf unter 3,8 Prozent Ende Dezember, die Kurse im Gegenzug auf Höhenflug. Für den trägen Anleihemarkt sind das gigantische Ausschläge.

Der Start ins neue Jahr brachte zwar eine kleine Korrektur, aber im Großen und Ganzen scheint der Enthusiasmus der Investoren ungebrochen. Bei näherem Hinsehen scheint diese Euphorie allerdings übertrieben, denn die Risiken, die im vergangenen Herbst für so viel Angst sorgten, sind nicht verschwunden. Das gilt vor allem für die Staatsschulden. Für den rasanten Stimmungsumschwung am Anleihemarkt ist vor allem die Hoffnung auf schnelle und deutliche Zinssenkungen der US-Notenbank Fed verantwortlich.



Michael Maisch ist Ressortleiter Finanzen. Sie erreichen ihn unter: maisch@handelsblatt.com

Diese Hoffnung wurde wiederum von einigen ziemlich ermutigenden Inflationsdaten Ende 2023 geschürt. So wie es im Moment aussieht, ist der Gipfel bei den Leitzinsen tatsächlich erreicht, ob aber die Fed die Zinsen tatsächlich so schnell senken wird wie von den Märkten erwartet, ist ziemlich fraglich.

Ein weiteres Risiko scheinen die Investoren auszublenden: die Gefahr eines Überangebots an Staatsanleihen. Nach Berechnungen des Informationsdienstes Bloomberg wollen die USA, die Länder der Euro-Zone, Großbritannien und Japan in den kommenden Wochen Anleihen im Wert von mehr als zwei Billionen Dollar an den Markt bringen, deutlich mehr als vor einem Jahr. Gleichzeitig haben die großen westlichen Notenbanken ihre Anleihekaufprogramme eingestellt, mit denen sie

während der Pandemie die Finanzierungskosten niedrig halten wollten. Ein deutlich größeres Angebot trifft also auf eine deutlich niedrigere Nachfrage.

Bislang stoßen die Anleiheplatzierungen auf großes Interesse der Investoren. Das ist allerdings kein Grund für Entwarnung, denn 2023 hat sich gezeigt, wie schnell die Stimmung kippen kann. Als sich die kurzlebige britische Regierung unter Premierministerin Liz Truss mit einem ziemlich gewagten Haushaltsentwurf an die Öffentlichkeit wagte, drohte an den Anleihemärkten eine Revolte der Investoren. Großbritannien drohte für einige bange Tage eine akute Finanzkrise. Der weltgrößte Vermögensverwalter Blackrock fürchtet, dass sich die Geschichte wiederholen könnte, falls Labour oder die Konservativen nicht der Versuchung widerstehen, mit zu großzügigen Versprechen in den anstehenden Wahlkampf zu ziehen.

Es mag gute Gründe geben für den Optimismus, mit dem viele Investoren im Moment den Anleihemarkt sehen. Aber am Ende ist die Gleichung simpel: Je größer die Euphorie, desto größer auch das Enttäuschungspotenzial.

Außenansichten



Zum Konflikt zwischen Polens neuer pro-europäischen Regierung und der abgewählten nationalkonservativen PiS schreibt die polnische Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“:

Die Partei von PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski sucht seit Wochen die Konfrontation mit der demokratischen Koalition (von Regierungschef Donald Tusk) und wird nicht lockerlassen. Wenn sie jetzt nicht zuschlägt, dann übermorgen oder in der kommenden Woche. Die PiS hat nur ein Ziel: die Regierung von Donald Tusk zu stürzen. Um jeden Preis. Die neue Regierung ist den Schlägen bisher geschickt ausgewichen und hat ihre Aufgabe erfüllt. Sie hat die Kontrolle der PiS über die Geheimdienste und die öffentlich-rechtlichen Medien beendet. Jetzt aber stellt die PiS nicht das Recht eines Ministers infrage, den öffentlich-rechtlichen Sender TVP zu liquidieren, sondern das Recht des Staates, ein Gerichtsurteil zu vollstrecken. Hier gibt es keinen Raum mehr für Ausweichmanöver. Die Konfrontation, die die PiS so sehr anstrebt, ist sogar notwendig. Tusks Regierung muss Kaczynski die Grenzen aufzeigen und ihm einen Denkkzettel verpassen.

SME

Die slowakische Tageszeitung „Sme“ schreibt am Mittwoch über vermutete Waffenlieferungen Nordkoreas und des Irans an Russland:

In der Ukraine angreifende Raketen aus Nordkorea sind nur der letzte Beweis, dass autokratische Regime im Wettlauf um eine Veränderung der Weltordnung immer enger zusammenarbeiten. Hauptsächlicher Nutznießer ist vorläufig Russland, dessen Aggression gegen die Ukraine nicht nur der verrückte Kim (Jong-un) aus Nordkorea, sondern auch die Ajatollahs im Iran füttern. Natürlich nicht umsonst. Unlängst haben Kim und (Wladimir) Putin einen Handel abgeschlossen, in dessen Rahmen Nordkorea für seine Raketen und Drohnen etwas vom russischen Atom-Know-how bekommt. Ähnlich läuft das Geschäft des Kremls mit dem Iran. Für die Sicherheit der freien Welt – auch der EU und der Slowakei – wird das Maß des Zusammenhalts entscheidend, mit dem die liberalen Demokratien auf diese Festigung des Bündnisses zwischen den Autokraten reagiert.

Stimmung im Land

Die Wut auf die Koalition wächst

Bauernproteste als Anlass: Die Menschen verlieren den Respekt vor dem Staat.

Es geht schon längst nicht mehr allein um die Kürzung von Subventionen für die Bauern. Die Menschen verlieren den Respekt vor dem Staat. Wer die Feinde des Staates sucht, findet sie sicherlich nicht in der Bauernschaft. Bundesminister sprachen vor den Demos von „Umsturzphantasien“ und „feuchten Träumen von Umstürzen“. Nichts davon ist eingetreten. Im Gegenteil: Die Bauern haben sich gegen den Rechtsdrall gewehrt, den rechtsextreme Gruppierungen in den Protest gegen die Ampelpolitik tragen wollten.

Und die meisten der bundesweiten Aktionen verlaufen – Stand heute – gesitteter ab als jede Dorfkirmes. Bei jeder 1.-Mai-Demo jedenfalls gibt es mehr Krawall. Es gibt allerdings noch einen viel wichtigeren Punkt: Rund 70 Prozent der Bevölkerung haben Sympathien für die Bauernproteste. Mit den Landwirten gehen Mittelständler, Handwerker und ganz normale Arbeitnehmer von Industriebetrieben auf die Straße.



Thomas Sigmund ist Politikchef. Sie erreichen ihn unter: sigmund@handelsblatt.com

Alle eint das Gefühl der Ratlosigkeit, das längst in Wut über die Lage im Land umgeschlagen ist. Es geht schon lange nicht mehr allein um die Kürzung von Subventionen. Pandemie, Ukrainekrieg und Energienotstand haben die Bürgerinnen und Bürger an den Rand der Belastungsfähigkeit gebracht. Jetzt kommt ein grundsätzliches Misstrauen gegen den Staat hinzu.

Das fängt beim grottenschlechten Regierungshandwerk (Heizungsgesetz, Haushaltsurteil) an und hört beim Unverständnis über steigende Preise, schlechte Bildung und eine immer weiter anwachsende Bürokratie auf. Die Liste der Enttäuschungen ließe sich

fortsetzen. Beispiel Deutsche Bahn: Wenn überhaupt ein Zug fährt, dann weiß heute niemand, ob er pünktlich ankommt. Beispiel Sozialpolitik: Allein die Debatte über das Bürgergeld treibt alle um, die sich fragen, ob sich Arbeiten noch lohnt.

An der Ampelspitze um Bundeskanzler Olaf Scholz, Finanzminister Christian Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck scheint das alles abzuperlen. Dabei rutschen SPD und FDP im Vergleich zur letzten Bundestagswahl in den Umfragen immer weiter abwärts. Der Kanzler wird in den Beliebtheitswerten nach unten durchgereicht.

Doch gerade jetzt würde es auf Führung ankommen. Scholz kann das Land in diesen unruhigen Zeiten nicht aus der zweiten Reihe regieren und die Kommunikation auf ein Minimum reduzieren. Mit dem Vertrauensverlust geht ein Machtvakuum einher, das Parteien wie die AfD oder die von Sahra Wagenknecht füllen, ohne dass sie viel dafür tun müssen.

Neue Zürcher Zeitung

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert am Mittwoch den neuerlichen Insolvenzantrag von Galeria Karstadt Kaufhof:

Im neuen Insolvenzverfahren, dem dritten in nur vier Jahren, sehen der bestellte Insolvenzverwalter und das amtierende Management einen Befreiungsschlag für Galeria Karstadt Kaufhof. Der Grund dafür ist die Möglichkeit, mit der Signa-Gruppe des österreichischen Investors René Benko den bisherigen Besitzer loszuwerden und einen neuen, sprich besseren Eigentümer für den letzten verbliebenen deutschen Warenhauskonzern zu finden. (...) Das nun eingeleitete normale Insolvenzverfahren ist die wohl letzte Chance für Galeria vor einer endgültigen Zerschlagung – es ist aber auch die beste Chance der letzten Jahre. Der Einfluss von Benko im Insolvenzverfahren ist wohl nur noch gering, die Gesundheitskrumpfung ist weit fortgeschritten, und das Management scheint derzeit an den richtigen Stellschrauben zu drehen. (...) Wenn sich bald noch ein solider neuer Eigentümer findet, könnte das Fundament für eine positive Zukunft diesmal besser sein – und sich das neue Insolvenzverfahren tatsächlich zum Befreiungsschlag entwickeln.

Ländliche Infrastruktur:
Sie ist seit Jahrzehnten unterfinanziert. Das schade dem Zusammenleben und der Wirtschaft, meint die Autorin.



imago images/serienlicht, Cambridge University

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Geografische Ungleichheiten begünstigen Populismus

Die Kluft zwischen Stadt und Land sollte beseitigt werden. Mit der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen könne dies gelingen, meint **Diane Coyle**.

Angesichts der zunehmenden Polarisierung in westlichen Demokratien werden Wähler auf dem Land und in Kleinstädten regelmäßig gegen ihre Pendanten in den größeren Städten ausgespielt. Dies ist zwar kein neues Phänomen und sicherlich nicht der einzige Faktor, der sich auf das Wahlverhalten auswirkt, aber die Kluft zwischen Stadt und Land ist eine wichtige Triebkraft der heutigen Kulturkriege.

Diese Dynamik, die der Wirtschaftswissenschaftler Andrés Rodríguez-Pose treffend als „Rache der unwichtigen Orte“ bezeichnet, lässt vermuten, dass der anhaltende populistische Aufschwung weitgehend auf geografische Ungleichheiten zurückzuführen ist. Wie kam es dazu, dass die Kluft zwischen Stadt und Land den politischen Diskurs und die Entwicklung in so vielen Ländern dominiert, und wie können wir sie beseitigen?

Ein Teil der Antwort liegt in den strukturellen wirtschaftlichen Veränderungen, die das Leben in den Städten lukrativer gemacht haben. In der heutigen wissensbasierten Wirtschaft, in der die Wertschöpfung zunehmend aus immateriellen Quellen stammt, führt die Ansammlung von Menschen in dicht besiedelten städtischen Gebieten oft zu positiven Spill-over-Effekten, die sogenannte „Agglomerationsvorteile“ schaffen, die die Unannehmlichkeiten des Stadtlebens ausgleichen. In Städten gibt es zwar viele schlecht bezahlte Dienstleistungsjobs und Gebiete mit großer Armut, aber sie sind auch Anziehungspunkte für hoch bezahlte Fachkräfte und Hochschulabsolventen.

Die wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten 15 Jahre – die große Rezession von 2008/09, Sparmaßnahmen, die Covid-19-Pandemie, die Energiekrise und der Inflationsschub von 2022 – haben diesen Trend

noch beschleunigt. Menschen, die an „unwichtigen Orten“ leben, mussten mit ansehen, wie hochwertige Arbeitsplätze verschwanden, öffentliche Dienstleistungen abgebaut wurden und sich ihre wirtschaftlichen Aussichten rapide verschlechterten. Vor diesem Hintergrund ist die heutige populistische Gegenreaktion kaum überraschend, vor allem wenn viele Politiker Teil der florierenden städtischen Elite sind.

Um die Anziehungskraft populistischer Narrative zu schwächen, müssen die westlichen Länder Kleinstädte und ländliche Gemeinden wiederbeleben und den allgemeinen Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen sicherstellen. Dies muss jedoch Teil einer umfassenderen nationalen Anstrengung sein, die Bürger aus allen Teilen der Gesellschaft für die gemeinsame Sache zusammenbringt: die Verbesserung des kollektiven Wohlergehens.

Die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen hat einen größeren Umverteilungseffekt als die Besteuerung. Wenn wir eine Grundausstattung an Infrastrukturen und Dienstleistungen sichern, können wir allen Menschen die Möglichkeit geben, ihr eigenes Leben und das ihrer Familien zu verbessern.

Für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen wie Straßen und Häfen sind Regierungen zuständig, Versorgungsleistungen wie Breitbanddienste werden häufig von privaten Unternehmen erbracht. Die öffentliche Infrastruktur ist jedoch seit Jahrzehnten stark unterfinanziert, und die private Infrastruktur wird zunehmend von Vermögensverwaltern und Private-Equity-Eigentümern ausgebeutet, die die Gebühren für Dienstleistungen erhöhen und die Instandhaltung kürzen.



Die Autorin

Diane Coyle ist Professorin für öffentliche Politik an der Universität Cambridge.

Dies hat zu dem weit verbreiteten Gefühl beigetragen, dass der allgemeine soziale und wirtschaftliche Fortschritt im späten zwanzigsten Jahrhundert zum Stillstand gekommen ist. Angesichts der zersetzenden Wirkung dieses Bildes ist es von entscheidender Bedeutung, wieder in die Zukunft zu investieren.

Wie Robert J. Shiller und andere argumentiert haben, haben positive Erzählungen die Macht, die wirtschaftlichen Ergebnisse zu verbessern. Ein gemeinsames Gefühl des Optimismus kann die öffentliche Moral stärken und das BIP-Wachstum ankurbeln. Dies gilt insbesondere für die komplexen Volkswirtschaften von heute.

Durch den Aufstieg datengesteuerter digitaler Dienste sind die Bestandteile unseres Lebens immer stärker miteinander verflochten, was zu Netzwerkeffekten führt, die den individuellen Gewinn von den Handlungen anderer abhängig machen. Nehmen wir zum Beispiel eine Mitfahrplattform: Je mehr Fahrer es gibt, desto mehr Nutzer profitieren davon und umgekehrt. Letztlich ist es vor allem ein politisches Argument, den kollektiven Interessen eines Landes Vorrang vor den Gewinnen zu geben, da stark polarisierte Gesellschaften wie die unsere oft einer düsteren Zukunft entgegensehen.

Dennoch gibt es auch wirtschaftliche Argumente für Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und die dazugehörige Infrastruktur. Wenn wir erkennen, dass ein gemeinsamer Optimismus und ein Grundvertrauen in die Möglichkeit sozialer Mobilität das Wirtschaftswachstum ankurbeln, können wir die wirtschaftlichen Schäden der letzten zwei Jahrzehnte beheben. Ein Land, das „unwichtige Orte“ übersieht, läuft Gefahr, selbst unwichtig zu werden.



In der Reihe Global Challenges schreiben Expertinnen und Experten aus aller Welt über aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen. Sie erscheint jeden Donnerstag im Handelsblatt und im „Tagesspiegel“.

23/24
+25 Jan

bcc Berlin

Handelsblatt
ENERGIE
GIPFEL
2024

Bereit für neues Handeln:
die grüne Transformation Europas



Manon van Beek
TenneT



Trine Borum Bojsen
Equinor



Britta van Boven
Gasunie



Martina Butz
Stadtwerke Hanau



Anne-Laure de Chamard
Siemens Energy



Corinna Enders
Deutsche Energie-
Agentur (dena)



Dr. Sarah Müller
zolar



Ingrid Nestle MdB
Bündnis 90/Die Grünen



Katherina Reiche
Westenergie



Colette Rückert-Hennen
EnBW



Amy Ruddock
Carbon Engineering



Dr. Lynn In Ok Schäfer
strome und homee



Dr. Barbara Schmidt
Österreichs Energie



Iman El Sonbaty
Stadtwerke Karlsruhe



Barbara Wittenberg
1Komma5°

Diskutieren Sie mit den entscheidenden Köpfen aus Politik, Energie und Startup, um die Weichen für den nachhaltigen Umbau des Energiesystems zu stellen.

Jetzt anmelden
handelsblatt-energiegipfel.de



Premium-Partner

LEAG

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Handelsblatt-Debatte unter Leserinnen und Lesern

Sind die Proteste der Landwirte nachvollziehbar?

Mit Traktorkonvois und Blockaden protestieren die Landwirte seit Montag in ganz Deutschland gegen die geplanten Subventionskürzungen. Aus diesem Anlass diskutiert die Handelsblatt-Leserschaft diese Woche darüber, wie nachvollziehbar die Proteste sind und wie viele Subventionen die Landwirtschaft überhaupt braucht.

Viele können verstehen, dass der Unmut der Landwirte nun in Protesten gipfelt, in denen der „lange aufgestauten Wut“, wie ein Leser schreibt, Luft gemacht wird. Es gehe in dem Streik aber „nicht um die 3000 Euro Subvention“, erklärt ein anderer, sondern vielmehr um „die überbordende Bürokratie, die den Landwirten ihren Beruf theoretisch unmöglich macht“. Außerdem seien die Maßnahmen viel zu „kurzfristig“ und „unüberlegt“ beschlossen worden, schreiben zwei Leser. Was die Landwirtschaft brauche, sei vor allem „bessere Planbarkeit und keine Kurzfristentscheidungen“, meint eine Leserin.

Ein weiterer Missstand in der Landwirtschaft sei außerdem die unangemessene Bezahlung für die „harte und zum Teil dreckige Arbeit“, oftmals in einer „60- bis 80-Stunden-Woche mit 24/7-Bereitschaft“, wie ein Leser ausführt. Den „enormen Gewinn“ dieses Kraftakts würden außerdem die Falschen erwirtschaften, schreibt ein Leser: nämlich die „großen Einzelhandelskonzerne“, „industriellen Molkereien und Schlachtereien“, die die Preise nach unten drücken, da Verbraucher seit Jahren nicht bereit sind, „einen angemessenen Preis für unsere Lebensmittel zu zahlen“. Für Unmut sorgen zusätzlich die ungleichen Regelungen für Landwirte innerhalb der EU. Im Vergleich zu Frankreich oder Belgien sei der deutsche Landwirt im Nachteil, meint ein Leser. Bei einem gemeinsamen EU-Standard „hätten wir diese Diskussion überhaupt nicht“, schlussfolgert ein Leser.

Andere Leser haben weniger Verständnis. Die Proteste „haben jedes Maß an Verhältnismäßigkeit – und leider auch Anstand – verloren“, schreibt ein Leser und führt aus: „Wenn jeder gleich ‚das Land stilllegen‘ will, sobald ihm lieb gewonnene Subventionen gekürzt werden, bewegt sich bald gar nichts mehr in Deutschland.“ Auf Subventionen sollte sich die Landwirtschaft ohnehin nicht stützen. „Andere wichtige Branchen werden auch nicht subventioniert“, schreibt ein Leser, ein anderer fügt hinzu, erst so entstände „echter Wettbewerb“.

Ein Leser kritisiert außerdem, dass Blockaden von Klimaaktivisten, die sich „für unser aller Überleben“ einsetzen, weniger Zustimmung erhalten als Bauern, die „für ihre Partikularinteressen“ auf die Straßen gehen.

Für die aktuelle Ausgabe unseres Leserforums haben wir aus den unterschiedlichen Zuschriften eine Auswahl für Sie zusammengestellt. Wenn auch Sie sich im Forum zu Wort melden möchten, schreiben Sie uns per E-Mail an forum@handelsblatt.de oder auf Instagram unter [@handelsblatt](https://www.instagram.com/handelsblatt).

Hofarbeit statt Schreibtischzeit

„Den Protest kann ich verstehen, nicht die Methode. Viel belastender scheinen mir aber die bürokratischen Pflichten, die Landwirte erfüllen müssen.“

Das hat das Statistische Bundesamt in dem Projekt ‚Hofarbeit statt Schreibtischzeit‘ dargelegt. Aber das Thema ist für Proteste wohl zu sperrig.“

Gunnar Schwarting

Protest gehört dazu, Kompromissfähigkeit auch

„Protest und Demonstration gehört als Mittel der Meinungskundgebung zu unserer freiheitlichen Grundordnung.“

Allerdings ist auch ein gesundes Maß an Kompromissfähigkeit (gilt auch für die GdL) vonnöten, um gerade im Subventionsbereich die gegenwärtigen Herausforderungen (hier in der Landwirtschaft) punktuell zu unterstützen, statt einseitig bestands-wahrend zu handeln.

Es scheint aber auch zum wiederholten Mal ein Markenzeichen der Ampel zu sein, Entscheidungen im Zeichen des Elefanten im Porzellanladen zu



Traktorkonvoi der Landwirte: Die Nachbesserungen an den geplanten Kürzungen seien unzureichend, schreibt der Deutsche Bauernverband in einer Pressemitteilung.

”

Wenn jeder gleich ‚das Land stilllegen‘ will, sobald ihm lieb gewonnene Subventionen gekürzt werden, bewegt sich bald gar nichts mehr in Deutschland.

Lars Funk

2651

Millionen Euro

gab Deutschland im Jahr 2023 auf Bundesebene für Subventionen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft aus.

Quelle: Bundesfinanzministerium

treffen, statt im Vorfeld die Dinge ausreichend und zusammenführend zu diskutieren.

Weniger politische Eitelkeit und mehr Volksnähe würden dem Land guttun. Das muss ja nicht in endlosen Stuhlkreisgesprächen enden.“

Frank Troch

Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass

„Mich würde interessieren, wie viele Rettungswagen durch diese Proteste behindert wurden. Oder ist das egal, weil es gute und schlechte Verkehrsblockaden gibt? Es muss gespart werden, das sehen viele ein. Doch dabei gilt: Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass. Die deutschen Bauern wissen, wo nicht gespart werden soll; haben sie auch einen konstruktiven Vorschlag, wo dann?“

Rainer-Reginald Miethke

Andere Branchen werden auch nicht subventioniert

„Eine stufenweise Reduzierung der Dieselveilgünstigung über fünf Jahre hielte ich für angemessen – andere wichtige Branchen werden auch nicht subventioniert.“

Die unerträgliche Gängelei durch die Politik muss dagegen reduziert werden. Wann muss was angebaut werden, wann muss was ‚grün‘ sein, um Zuschüsse zu bekommen. Wenn der Markt zum Beispiel keinen Weizen aufnimmt, muss es die Freiheit geben, auch andere Früchte anbauen zu können.“

Peter Horbach

Wissen Sie, was eine Zugmaschine kostet?

„115.000 Euro Gewinn pro Jahr ohne Investitionsrücklage für eine 60- bis 80-Stunden-Woche mit 24/7-Bereitschaftsjob.“

Rechnen Sie doch bitte korrekt und stellen Sie die Verantwortung für Land und Vieh unserer Bauern (75 Prozent Kleinfamilienbetrieb) dar.

Wie ist der Lohn unserer Bauern pro Stunde unter diesen Bedingungen und liegt dieser über dem Mindestlohn oder Bürgergeld?

Wissen Sie, was eine Zugmaschine kostet? Ein Bauernhofurlaub würde die harte und zum Teil dreckige Arbeit einem jeden näherbringen und mehr Verständnis für Umweltschutz, Land und Bauern bedeuten.“

Carsten Englert

Ich bin für Kürzungen

„Ich verstehe zwar die Bauern, weil jeder, dem etwas genommen wird, weint.“

Ich bin aber für die Kürzung der Subventionen, weil es Wettbewerbsverzerrung ist.

Wenn es ohne Subventionen angeblich nicht geht, müssen die Preise für Agrarprodukte steigen. Das führt zu ‚echtem‘ Wettbewerb. Und das ist gut so. Andere Mittelständler müssen ebenfalls mit den Gegebenheiten der Marktwirtschaft klarkommen!“

Matthias Seidel

Eine Stunde Stall, eine Stunde Formulare

„Wer Deutschland und Frankreich beobachtet, fragt sich schon lange, warum in Deutschland ewig das ‚Schweigen der Lämmer‘ galt, bei jeglichen politischen Kapriolen. Nun zeigen endlich die Bauern, dass das Jauchefass voll ist!“

Und dabei geht es nicht nur um Dieselsubventionen, sondern die lange aufgestaute Wut durch den Bürokratie-Tsunami aus Brüssel und Berlin, der Landwirte – wie auch alle anderen Unternehmen – stranguliert.

Für eine Stunde im Stall gilt es eine Stunde Formulare und Protokolle zu führen.

Es gibt inzwischen sehr viel Unmut, nicht nur von Bauern.“

Thomas E. Schüller

Subventionen haben oft nicht die gewünschte Wirkung

„Proteste gegen die Wegnahme von Besitzständen kann ich immer nachvollziehen – ohne sie gleichzeitig richtig zu finden.

Es muss sich dringend etwas tun im Subventionsdschungel des Agrarbereichs, um die gewünschte lenkende Wirkung in die richtige und volkswirtschaftlich sinnvolle Richtung zu erreichen.

Andere Branchen erhalten gar keine Subventionen, was die Innovationen und den Wandel vorantreibt. Die Agrarsubventionen hingegen werden auch an Riesenbetriebe mit sehr hohen Gewinnen gezahlt – aus Steuergeldern, die wahrscheinlich volkswirtschaftlich sinnvoller eingesetzt werden sollten.

Es braucht sicher viel bessere Planbarkeit und keine Kurzfristentscheidungen, wie sie jetzt gefallen sind. Aber das gilt für alle Branchen.“

Gudrun Kelde-Grefe

Klimakleber oder Traktoren?

„Interessant ist, dass der Protest der Bauern für ihre Partikularinteressen anscheinend mehr Zustimmung erhält als der Protest der ‚Letzten Generation‘ für unser aller Überleben.

Offensichtlich ist es konsensfähiger, sich gegen jemanden zu vereinen (Regierung), als sich selbst und die eigene Lebensweise infrage stellen zu lassen. Man sollte sich fragen, warum mich der Stau durch Klimakleber mehr stört als der durch Traktoren.“

Rainer Sommer

Es geht nicht um die 3000 Euro

„Ich halte den Streik für gerechtfertigt. Es ist allerdings bedauerlich, dass die Aktionen nur auf die Subventionen der Benzinpreise und der Kfz-Steuer heruntergebrochen wird.

In Wirklichkeit streiken die Bauern gegen die überbordende Bürokratie, die ihnen ihren Beruf theoretisch unmöglich macht. Das ist auch der Grund, warum viele andere Berufsgruppen sich diesen Streik angeschlossen haben.

Es geht nicht um 3000 Euro Subvention, sondern um eine Bürokratie und ungerechte Gesetzgebung, von der nur Großbetriebe profitieren, die den kleinen Bauern jedoch sterben lassen.“

Ralf Bos

Freibeträge bei Agrardiesel

„Vielleicht wäre die Einführung von Freibeträgen bei Agrardiesel und Kfz-Steuer ja eine Lösung, die die existenzbedrohten bäuerlichen Kleinbetriebe entlastet, aber die Subventionen für große Agrarunternehmen deckelt.“

Marcus Tetzlaff

Leere Pflegebetten auf den Straßen

„Ja, ich kann den Protest nachvollziehen, denn etwas herzugeben tut weh.

Die Subventionen der Landwirtschaft sind meines Erachtens noch nicht ausreichend von den Flächen entkoppelt. Ob der Protest zum Ziel führt, werden wir sehen. Ich fürchte, dass sowohl die Mitglieder der Bundesregierung als auch Mitglieder von Landesregierungen dem Druck nicht standhalten werden und von der schrittweisen Reduzierung der Subvention der Dieselsteuer absehen.

Ich wünsche mir, dass demnächst deutschlandweit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegeeinrichtungen mit leeren Pflegebetten die Straßen



Es ging diese Woche nicht nur um den Agrardiesel, es war der Ruf nach einer Bundesregierung, die zuhört und die Menschen versteht, die sie regieren möchte.

Max Jankowsky

blockieren und auf die Nöte der Pflege aufmerksam machen.“

Ingrid Hauptmann

Proteste gerechtfertigt, Umsetzung kontraproduktiv

„Die Proteste sind gerechtfertigt, die Zielrichtung und Umsetzung war aber kontraproduktiv.

Die eigentliche Zielgruppe der Proteste müssten die großen Einzelhandelskonzerne und industrielle Molkereien und Schlachtereien sein.

Diese gängeln die Landwirte mit niedrigen Preisen und erwirtschaften enorme Gewinne.

Letztendlich sind auch wir Verbraucher die richtigen Adressaten, da wir über Jahrzehnte nicht bereit waren, einen angemessenen Preis für unsere Lebensmittel zu zahlen. Somit hätten die Bauern am Montag besser alle Zufahrten zu Supermärkten und dergleichen sperren sollen.“

Carsten Müller

Jammern auf hohem Niveau

„Die Bauern jammern auf ganz hohem Niveau.

Wenn ich von den erzielten Gewinnen und den Subventionen in Milliardenhöhe höre, verstehe ich die Situation nicht. Wir in der Speditionsbranche erhalten keine derartigen Subventionen.

Die doppelte Lkw-Maut wurde auch nicht nachgebessert.“

Tobias Wächter

Es fehlt an Zuverlässigkeit

„Die Subvention so kurzfristig zu streichen ist handwerklich schlecht umgesetzt. Da muss eine Regierung deutlich dazulernen. Wir brauchen in politischen Entscheidungen wieder mehr langfristige Zuverlässigkeit. Die Landwirte sind jedoch im Gegensatz zu den meisten Berufsgruppen eher Gewinner der beiden Krisen (Corona und Ukrainekrieg).

Der Protest der Landwirte fußt mehr auf der allgemeinen Enttäuschung gegenüber der Ampel und dem ‚letzten Tropfen‘ im Fass.

Bei der weitaus größeren Herausforderung der Klimaveränderung ist die Landwirtschaft durch Dürren und Überschwemmungen deutlich stärkeren Einkommensverlusten und Risiken ausgesetzt als bei der Streichung dieser Dieselsubvention. Deshalb müssten die Landwirte die lautesten Klimaaktivisten sein.“

Klaus Bergmann

Ungleichbehandlung in der EU

„Ja, ich befürworte diese Aktionen. Die Reaktionen darauf sind allerdings erstaunlich!

Wenn Herr Weselsky morgen das halbe Land lahmlegt, dann finden das alle irgendwie richtig.

Wenn die Bauern das machen, wird sofort nach Maß und Mitte geschrien. Ich finde es richtig, weil nicht der Wegfall der Subventionen das eigentliche Problem darstellt, sondern die Ungleichbehandlung aller Landwirte in der EU.

Es wäre ein riesengroßer Schritt, wenn wir alle Landwirte in der EU gleich behandeln würden.

Dann hätte der deutsche Bauer eine Chance gegen den in Portugal, Spanien oder Belgien. Aber das ist nicht so! In Belgien beispielsweise dürfen Landwirte mit Heizöl fahren – für circa 90 Cent pro Liter!

Wenn das alle dürften, hätten wir diese Diskussion überhaupt nicht.“

Heinz-Werner Grub

Wie der Bauer den König schachmatt setzt

„Dass das Land und nicht die Stadt das Fundament unserer Demokratie spiegelt, erlebten wir diese Woche auf eine prägende Art und Weise. Aus Zuversicht wurde Solidarität und aus unüberlegten Kürzungen wurde überlegter Protest. Wir haben in der Vertrauensfrage einen kritischen Punkt erreicht und müssen schnellstmöglich einen Dialog auf Augenhöhe führen, um zielgerichtet unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten.

Es ging diese Woche nicht nur um den Agrardiesel, es war der Ruf nach einer Bundesregierung, die zuhört und die Menschen versteht, die sie regieren möchte.“

Max Jankowsky

Ein Blick in die Statistik hilft

„Diese Proteste haben jedes Maß an Verhältnismäßigkeit – und leider auch Anstand – verloren. Wenn es einzelnen Betrieben so schlecht geht, dass sie nun um ihre Existenz fürchten, sollte man da natürlich genau hinschauen und gegebenenfalls auch politisch handeln.

Für den großen Teil der Betriebe gilt das aber nicht. Und wenn die Bauern das selbst nicht zugeben können, hilft halt ein Blick in die Statistik.

Wenn jeder gleich ‚das Land stilllegen‘ will, sobald ihm lieb gewonnene Subventionen gekürzt werden, bewegt sich bald gar nichts mehr in Deutschland. Schade.“

Lars Funk

Zugmaschinen für mehrere 100.000 Euro

„Ich kann die Bauernproteste nur teilweise nachvollziehen, insbesondere wenn Blockadehaltungen der Klimakleber übernommen werden. Diese wurden in der Vergangenheit meist zügig von der Polizei entfernt. Bei den Landwirten war dies nicht der Fall.

Jedenfalls wenn ich mir die heutigen rollenden Zugmaschinen der Landwirte für mehrere 100.000 Euro ansehe, fällt es mir schwer zu glauben, dass ein Wegfall der Dieselsubvention gleich die Existenz des Betriebs gefährden würde.“

Dennis Schmidt-Ulrich

Die Bankrotterklärung an den eigenen Berufsstand

„Es ist erstaunlich mit welchem Selbstverständnis die Landwirte eine von der Gesellschaft gewährte finanzielle Unterstützung für sich beanspruchen. Ich hätte ihnen mehr Selbstvertrauen, eigenständig ertragbringend zu wirtschaften, zugetraut. Inhaltlich können sie mich für die Forderung nach Reduzierung bürokratischer Hürden gewinnen, für weitere Zuschüsse auf Kraftstoffverbrauch nicht.

Das Drohszenario der Existenzgefährdung durch Subventionswegfall ist eine Bankrotterklärung an den eigenen Berufsstand. Die Methodik, sich anderen in den Weg zu stellen, hat einfach nichts Gewinnbringendes – egal ob gelaufen, gerollt oder geklebt.“

Christian Schoch

Angemessene Preise für wertvolle Lebensmittel

„Natürlich haben die Landwirte das Recht zu protestieren und die wirtschaftliche Lage vieler Betriebe ist eher schwieriger geworden, trotz der besseren Zahlen aus der amtlichen Statistik.

Das eigentliche Problem der Betriebe ist aber die politische Ungewissheit an vielen Fronten und die unverändert geringe Bereitschaft der Bevölkerung, für wertvolle Lebensmittel angemessene Preise zu zahlen. Das Fleisch im Angebot ist immer noch zu verlockend. Hier könnten die Menschen wirklich etwas bewirken, anstatt jetzt wohlfeil Applaus von der Seitenlinie zu spenden.“

Albrecht Schünemann

Luftfahrt

Boeing gerät von allen Seiten unter Druck

Der Flugzeughersteller wurde angeblich früh wegen Problemen mit Türstopfen beim Modell 737 Max 9 gewarnt. Boeing drohen nun noch strengere Kontrollen, weitere Lieferverzögerungen – und Kursverluste.



Bloomberg

Jens Koenen, Katharina Kort
Frankfurt, New York

Die Passagiere von Alaska Airlines, Flug 1282 hören einen Knall, den viele später mit einer Bombenexplosion vergleichen werden. Eine Frau in Reihe 25 schaut auf und sieht hinter sich ein Loch in der Bordwand klaffen. Und sie sieht, wie sich der Sitz neben ihr langsam rückwärts in Richtung dieses Lochs bewegt. Der Sitz, auf dem ihr Sohn angeschnallt ist.

Der gewaltige Sog hat bereits die Kopfstütze weggerissen, als die Mutter nach ihrem Kind greift, es zu sich über die Armlehne zieht und den 15-jährigen eng umschlingt. Erst als die Boeing 737 Max 9 rund 15 Minuten später wieder sicher gelandet ist, realisiert die Frau, was da eigentlich geschehen ist.

Die Dramatik der Beinahe-Katastrophe vom Freitagabend hat Dominic Gates, Pulitzer-Preisträger und Luftfahrt-Journalist der Zeitung „The Seattle Times“, in einem fesselnden Bericht festgehalten. Immer mehr Details werden zu dem Vorfall bekannt, der Hunderte Menschenleben gefährdete und womöglich auf einen banalen Defekt zurückgeht. Es sind Zeilen wie diese, die Boeing noch sehr schaden können. Und die den Druck auf den US-Luftfahrtkonzern sowie dessen Führung massiv verstärken.

„Sollte es sich als ein ziemlich umfangreiches, systemisches Problem herausstellen, wird das einmal mehr die professionelle Reputation von Boeing unterminieren“, warnt Henry Harteveldt, Luftfahrt-Berater und Präsident von Atmosphere Research. Die Gefahr besteht.

Der Fehler selbst, der das Unglück nach bisherigen Erkenntnissen verursacht haben dürfte, ist schnell behoben. Bei einem Panel, das als Stopfen für einen nicht genutzten Notausgang eingesetzt wird, waren Teile und Schrauben locker. Noch ist nicht sicher, ob ein Teil der Bolzen sogar komplett fehlte. Sie gegebenenfalls zu ergänzen und alles

nachzuziehen dauert zwischen vier und fünf Stunden.

Alaska Airlines und der Lufthansa-Partner United Airlines haben in weiteren Flugzeugen dieses Typs lockere Teile und Schrauben gefunden. Und die US-Flugunfallbehörde NTSB prüft bereits, ob sie die Untersuchung auf weitere Max-Modelle ausweitet.

Damit droht Boeing nicht nur eine noch engere Kontrolle durch die US-Luftfahrtbehörde FAA. Dabei ist die angesichts der Geschichte von Qualitätsmängeln beim US-Hersteller schon intensiv. Dass nun wieder ein Problem auftritt, setzt auch die Aufsicht selbst unter Druck. Schon jetzt schauen sich die Experten den Airbus-Rivalen sehr genau an, stehen nach dem jüngsten Vorfall aber ebenfalls unter Druck. Auch die Lieferung neuer Jets könnte sich weiter verzögern. Zum Ärger wichtiger Kunden.

Gegroundete 737 Max 9:
Produktionsprobleme häufen sich.

Flugzeugaktien

Boeing
Aktienkurs in US-Dollar



HANDELSBLATT

Spirit Aerosystems
Aktienkurs in US-Dollar



Quelle: Bloomberg

Boeing habe schon lange ein Problem mit der Qualitätskontrolle, sagte Emirates-Chef Tim Clark der Nachrichtenagentur Bloomberg. Der aktuelle Fall sei ein weiterer Beleg dafür. „Die 737 ist in Ordnung. Aber sie braucht diese Art von kurzfristigen Reputationsproblemen nicht“, sagte Ryanair-Chef Michael O’Leary der „Financial Times“. Die irische Billigflug-Gesellschaft fliegt ausschließlich mit Boeing-Flugzeugen und kämpft mit verspäteten Lieferungen.

Man schaue sich die Ereignisse bei Boeing an, wie man das auch bei den Triebwerksproblemen der A320 von Airbus mache, heißt es bei Lufthansa. An den Bestellungen bei Boeing werde aber festgehalten, so ein Sprecher. Lufthansa hat erst kürzlich 40 737 Max 8 bestellt und eine Option über weitere 60 Flugzeuge dieses Typs. Dort gibt es keinen verschlossenen Notausgang.

Auch Boeing-Chef David Calhoun weiß, dass es nicht bei der Reparatur einiger Schrauben und Ausgänge bleiben wird. „Wir werden das angehen, indem wir – Nummer eins – unseren Fehler eingestehen“, sagte er am Dienstagabend vor Mitarbeitern: „Wir werden dies mit 100 Prozent und kompletter Transparenz bei jedem Schritt des Wegs angehen.“

Der Boeing-Chef sprach auch den drohenden Vertrauensverlust der Kunden der Airlines an. „Momente wie diese erschüttern sie bis auf die Knochen, so wie sie auch mich erschüttert haben“, sagte er bei dem Treffen. Noch hätten die Kunden Vertrauen und das würden sie auch in Zukunft haben, versprach Calhoun.

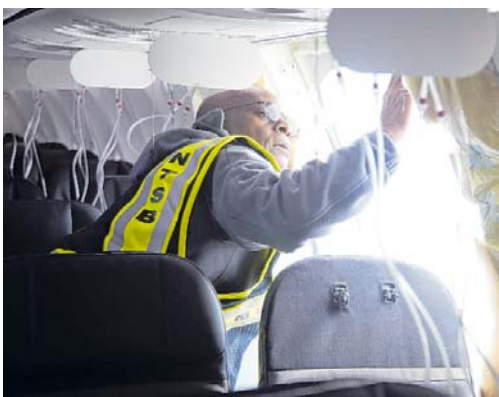
Der Vorstandsvorsitzende übernahm 2020 die Leitung des damals schon angeschlagenen Konzerns. Von Beginn an gab es Kritik an dieser Personalie. Der Manager saß seit 2009 im Board of Directors, einem dem Verwaltungsrat vergleichbaren Gremium. Als Finanzexperte hatte er die Strategie der damaligen Führung mitgetragen. Die konzentrierte sich stark auf die Interessen der Aktionäre und zu wenig auf die Produktion und die

Entwicklung. Ein signifikanter Strategiewechsel ist unter Calhoun bisher nicht zu erkennen. Zwar darf die Max nach den beiden tragischen Abstürzen 2018 und 2019 und einem fast zweijährigen Startverbot wieder abheben. Aber immer neue Mängel nähren die Zweifel am Krisenmanagement im Konzern.

So gibt es Berichte, dass ein früherer Mitarbeiter des Boeing-Zulieferers Spirit Aerosystems schon Wochen vor dem Unglück vor Mängeln in den Rümpfen einzelner Max gewarnt hatte. Die US-Investigativplattform „The Lever“ bezieht sich dabei unter anderem auf interne Dokumente. Danach warnte der Mitarbeiter, der bei der Montage des Türstopfens beteiligt gewesen sein soll, vor einer „exzessiven Zahl an Fehlern“.

Auch kommen Details ans Tageslicht, von denen selbst die Piloten, die diese Maschinen fliegen, vor dem Unglück nichts wussten. So öffnete sich auf dem Flug von Alaska Airlines die Cockpit-Tür zur Kabine, nachdem das Panel herausgerissen wurde. Wind und Lärm drangen ins Cockpit ein und irritierten die Cockpitcrew.

Tatsächlich war das Öffnen der Tür bei Druckabfall so vorgesehen. Allerdings wussten das die Piloten nicht, und es war auch im Handbuch des Flugzeugs nicht erwähnt, wie die Vorsitzende der Aufsichtsbehörde NTSB Jennifer Homendy erklärte. Das Handbuch soll nun nachgebessert werden.



Produktion bei Boeing in Renton (oben), beschädigte 737 Max von Alaska Airlines: Aufsicht nimmt das Unternehmen unter die Lupe.

Dass Boeing trotz all der Probleme gerade versucht, für die neue Variante 737 Max 7 eine Ausnahmegenehmigung zu bekommen, hilft nicht gerade, Vertrauen in das Krisenmanagement aufzubauen. Aktuell geht es um das Enteisungssystem. Um bei den aus Verbundmaterial gefertigten Triebwerkeinlässen Schäden zu vermeiden, darf dieses System bei den Max-Jets während eines Flugs in trockener Umgebung maximal fünf Minuten genutzt werden.

Das Problem ist schon länger bekannt, doch bisher fehlt eine Lösung. Die ist aber für die Zulassung der Max 7 notwendig. Deshalb hat die Boeing-Führung um Fristverlängerung für diese Lösung bis zum 31. Mai 2026 erbeten. Bis dahin soll die Max 7 zugelassen werden – unter der Bedingung, dass auch hier das Enteisungssystem nicht länger als fünf Minuten läuft.

„Wenn die aktuelle Führung nicht in der Lage ist, sich zusammenzureißen, ist es möglich, dass wichtige Aktionäre bei dem Unternehmen auf eine neue Führung drängen“, sagt Luftfahrt-Berater Harteveldt.

Versicherung

Allianz findet möglichen Nachfolger für Aufsichtsratschef Diekmann

Der Hauptversammlung im Mai sollen zwei neue Mitglieder für den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden – darunter ein langjähriger Finanzvorstand der Munich Re.

Susanne Schier Frankfurt

Die Allianz hat einen potenziellen Nachfolger für Aufsichtsratschef Michael Diekmann gefunden. Der Hauptversammlung im Mai will der Aufsichtsrat des Dax-Konzerns vorschlagen, den ehemaligen Munich-Re-Finanzvorstand Jörg Schneider neu in das Kontrollgremium zu wählen. Daneben soll auch Stephanie Bruce als Anteilseignervertreterin in den Aufsichtsrat einziehen. Das gab der Konzern am Mittwoch bekannt.

Schneider und Bruce sollen auf die bisherigen Mitglieder Herbert Hainer und Christine Bosse folgen, deren Mandate mit der kommenden Hauptversammlung auslaufen. Schneider war von 2000 bis 2018 Finanzchef des Rückversicherers Munich Re. Bruce war bis Mai 2023 Finanzchefin des britischen Vermögensverwalters Abdn.

Es sei vorgesehen, dass der Betriebswirt und promovierte Jurist Schneider im Fall seiner Wahl in das Kontrollgremium als Nachfolger von Ex-Adidas-Chef Hainer für das Amt des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden vorgeschlagen wird, teilte die Allianz weiter mit.

Eine Entscheidung über die Wahl eines Nachfolgers von Diekmann als Aufsichtsratschef steht zwar erst für das Jahr 2026 an. Klar ist aber, dass Schneider mit seiner langjährigen Erfahrung in der Versicherungsindustrie ein idealer Kandidat für den Posten wäre.

„Bei der Besetzung und Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats stehen langfristige Planung, Kontinuität und Klarheit für uns an oberster Stelle“, wird Diekmann in der Mitteilung zitiert. Schneider und Bruce zählten beide „seit vielen Jahren zu den profiliertesten Führungskräften in der internationalen Finanzdienstleistungsbranche“.

Diekmann-Nachfolger soll von außen kommen

Bei der Hauptversammlung im vergangenen Jahr hatte Diekmann angekündigt, dass man für seine Nachfolge einen externen Kandidaten gewinnen wolle. Es werde, so Diekmann, von Investoren vermehrt erwartet, dass kein ehemaliges Mitglied des Allianz-Vorstands den Vorsitz im Aufsichtsrat übernimmt.

In der Vergangenheit war das anders: Diekmann ist seit Mai 2017 Aufsichtsratschef der Allianz, nachdem er bis 2015 deren Vorstandsvorsitzender war. Ähnlich war es bei seinem Vorgänger Henning Schulte-Noelle gewesen.

Spekulationen, dass der jetzige Allianz-Konzernchef Oliver Bäte den gleichen Karriereweg einschlagen könnte, waren damit vom Tisch. Er selbst schien auch nicht unbedingt erpicht auf den Posten zu sein. Er sah stattdessen im operativen Geschäft noch Aufgaben auf ihn warten. Im Konzern hieß es, dass Bäte unter anderem an der Neuordnung des Vertriebs weiterarbeiten wolle. Seinen Vertrag hat der Aufsichtsrat daher im vergangenen Herbst bis zur Hauptversammlung 2028 verlängert.

Dass die Allianz die neuen Namen für den Aufsichtsrat bereits jetzt publik macht – und nicht erst mit der Einberufung der Hauptversammlung im März –, begründet der Versicherer unter anderem mit anstehenden Investorengesprächen. Hier wolle man die Nachfolgeplanung für den Aufsichtsrat näher erläutern.

Schneider, der seit 2019 im Aufsichtsrat der BayernLB sitzt und der laut Handelsblatt-Infor-

mationen auch ein Angebot für ein Aufsichtsratsmandat bei einem anderen Versicherer hatte, ist laut Wegbegleitern eine „Institution“ in der Branche. Bei Munich Re galt er viele Jahre zusammen mit dem ehemaligen Vorstands- und heutigen Aufsichtsratschef Nikolaus von Bomhard als das starke Führungsduo. Und das, obwohl Schneider zunächst bedauert hatte, nicht selbst Vorstandschef geworden zu sein, wie er einmal in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ einräumte.



Bei der Besetzung und Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats stehen langfristige Planung, Kontinuität und Klarheit für uns an oberster Stelle.

Michael Diekmann
Allianz-Aufsichtsratschef

Schneider musste den Rückversicherer durch teils schwierige Zeiten steuern. In seine Amtszeit fielen unter anderem der Aktiencrash nach der Jahrtausendwende und die weltweite Finanzkrise 2008/09. Diese Krisen lehrten ihn, eher konservativ zu agieren und keine zu hohen Risiken einzugehen.

Nach über 18 Jahren als Finanzvorstand und mehr als 70 vorgelegten Quartalsergebnissen machte Schneider schließlich bei Munich Re Schluss. Auch wenn die als trocken geltende Welt der Zahlen sein Metier war, bescheinigen ihm Wegbegleiter, seinen Humor nie verloren zu haben.

Jörg Schneider:
Der frühere Munich-Re-Finanzvorstand gilt als Experte in der Branche.



Markus Fasse München

Der BMW-Konzern will sein Stammwerk in München komplett auf Elektroautos umstellen. Schon in drei Jahren sollen in der Montage neben der Konzernzentrale die letzten Autos mit Verbrennungsmotor vom Band laufen, erklärte Produktionsvorstand Milan Nedeljkovic am Mittwoch. Auf den Bändern sollen dann ausschließlich Elektroautos der „Neuen Klasse“ gefertigt werden, die BMW derzeit entwickelt und Ende 2025 auf den Markt bringen will.

Das erste Modell soll eine kompakte Limousine sein, die BMW bereits im vergangenen August auf der Automesse IAA in München vorgestellt hatte. Für die Umstellung der Produktionsanlagen will der Konzern 650 Millionen Euro investieren und damit den Autobau in München langfristig sichern.

Der Umbau des ältesten BMW-Werks ist folgerichtig: Bereits 2021 hatte der Autohersteller die komplette Produktion von Verbrennungsmotoren aus München abgezogen und nach Großbritannien, Österreich und China verlagert. Zudem fertigt das Werk mit dem i4 eine Elektrovariante der 3er-Limousine, die traditionell seit den Siebzigerjahren in München gebaut wird. Bereits heute hat jedes zweite in München gebaute Auto einen Elektroantrieb.

Konzernchef Zipse bleibt dem Verbrenner treu

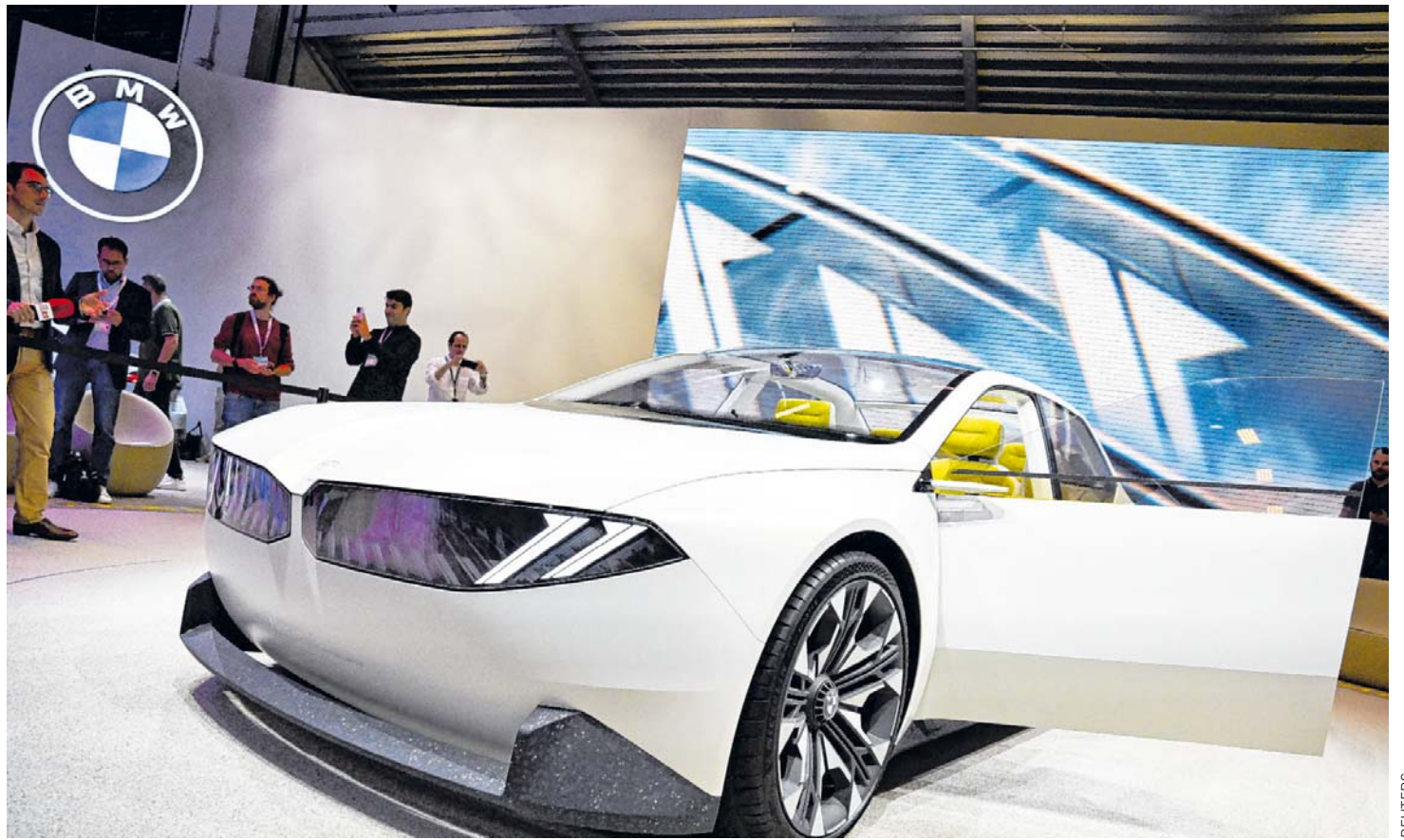
Die Elektrolimousinen der „Neuen Klasse“ sollen beide Modellreihen ersetzen und das Werk ab Ende 2027 voll auslasten. „Die Fahrzeuge sind in der Erprobung, wir sind voll im Zeitplan“, versichert Projektleiter Mike Reichelt. Die rund 8000 Beschäftigten im Werk sollen bis dahin komplett auf die Fertigung von Elektroautos umgeschult sein. Derzeit können in München bis zu 200.000 Autos pro Jahr gebaut werden.

Die Kapazitäten werden gebraucht. BMW hat im vergangenen Jahr mit 2,55 Millionen Autos einen Rekordabsatz erzielt, doch 85 Prozent davon entfielen auf Autos mit Verbrennungsmotor.

Konzernchef Oliver Zipse hat das Ziel ausgegeben, bis 2030 mehr als die Hälfte des Absatzes mit Elektroautos zu bestreiten, und will insgesamt auf eine Jahresproduktion von drei Millionen Fahrzeugen kommen. Anders als die Konkurrenten Audi und Mercedes nennt BMW aber keinen festen Zeitpunkt für den Ausstieg aus dem Geschäft mit Verbrennungsmotoren.

München ist zwar das älteste BMW-Werk – aber auch das kleinste im weltweiten Produktionsnetz. Die Produktion im Stadtteil Milbertshofen schließt sich an die Konzernzentrale an, den markanten „Vierzylinder“. Seit 2007 ist sie mit der „BMW-Welt“ gekoppelt, dem Auslieferungszentrum gleich am Olympiapark. Mehrfach wurde intern über eine Verlagerung der Autoproduktion diskutiert, allein die Logistik über Lkw und Schiene mitten in der Stadt stößt immer wieder an Grenzen.

Der Umbau zum reinen Elektrowerk „läuft mit Vollgas“, sagte Werksleiter Peter Weber. In den kommenden Wochen sollen die Hallen, in

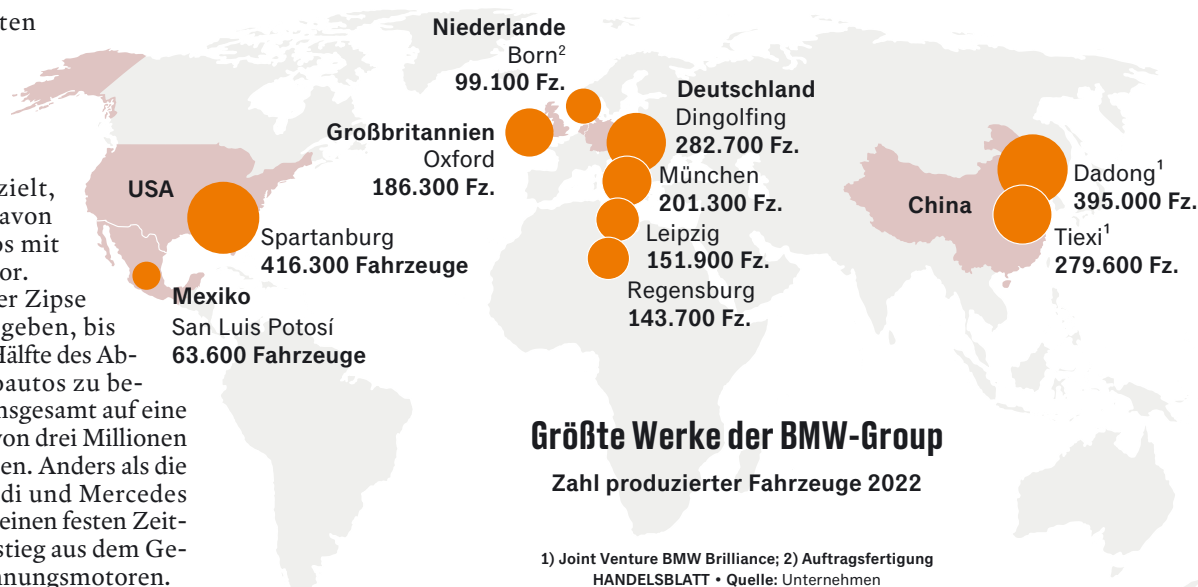


Präsentation der „Neuen Klasse“ auf der IAA: Die Elektro-Reihe soll Ende 2025 auf den Markt kommen.

Autoindustrie

BMW stellt das Stammwerk auf E-Autos um

Ab 2027 sollen in München nur noch Elektroautos vom Band laufen. Vom Verbrenner verabschiedet sich der Konzern damit aber nicht – Benziner und Diesel werden dann bloß woanders hergestellt.



ren bekommen. Auch in China will BMW seine E-Auto-Produktion ausbauen, aber keineswegs die Werke in Übersee komplett auf Elektromobilität umrüsten.

Konzernchef Zipse hat sich wiederholt dagegen ausgesprochen, ausschließlich auf Elektroautos zu setzen. „Ich halte die politische Vorgabe zum Verbrenner-Aus für fahrlässig“, sagt Zipse. Für den massenhaften Bau von E-Autos fehlten die Rohstoffe wie Lithium, Kobalt und seltene Erden. Europa werde von Importen abhängig und politisch erpressbar.

650

Millionen Euro

will BMW in die Umstellung der Produktion im Stammwerk im Münchener Stadtteil Milbertshofen investieren.

Quelle: Unternehmen

denen bis vor Kurzem noch Verbrennungsmotoren gebaut wurden, abgerissen werden. Dennoch bleibt die Produktion in München begrenzt – gleich an das Werk schließt sich die Wohnbebauung an.

Auch deshalb baut BMW für die „Neue Klasse“ ein ganz neues Werk im ungarischen Debrecen, das 2025 in Betrieb gehen soll. Die komplette Verlagerung der Produktion von kompakten Limousinen nach Osteuropa haben die Betriebsräte verhindert. Am Ende steht ein Kompromiss: Mit der Verlagerung der Motorenproduktion und



BMW-Produktionsvorstand Nedeljkovic: Die Produktion mitten in der Stadt München ist kompliziert.

der Umstellung auf Elektromobilität ist die Produktion in München deutlich unkomplizierter und damit wettbewerbsfähiger.

Die drei weiteren deutschen Standorte in Dingolfing, Regensburg und Leipzig werden künftig auch Verbrenner bauen, ebenso die weltweit größten Standorte des Konzerns in China und den USA. Das Werk in Spartanburg (South Carolina) wird neben Elektroautos weiter die großen Geländewagen der X-Reihe fertigen, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts erneuerte Verbrennungsmoto-

Zipse will deshalb nicht nur die Verbrenner länger als die Konkurrenz im Markt halten. BMW hat als einziger deutscher Hersteller auch den Einsatz von Brennstoffzellen im Serieneinsatz angekündigt. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts könnte die „Neue Klasse“ mit Wasserstoff auf die Straße kommen.

Wirtschaftsprüfer

EY legt Widerspruch gegen Strafbescheid ein

Die Vorwürfe der Aufsichtsbehörde Apas gegen den Ex-Abschlussprüfer von Wirecard gelten als schwerwiegend.

René Bender, Bert Fröndhoff,
Volker Votsmeier Düsseldorf

Kurz vor Ablauf der Frist hat EY Widerspruch gegen den Strafbescheid der Prüferaufsichtsbehörde Apas eingelegt. Das teilte die Prüfungs- und Beratungsgesellschaft am Mittwoch mit. Die Apas hatte in ihrem Bericht zahlreiche Verletzungen der Berufspflichten durch EY in der Abschlussprüfung bei Wirecard festgestellt. Am 15. Dezember 2023 wurde das Dokument der Aufsichtsbehörde zugestellt. EY hat bis zum 15. Januar 2024 Zeit, die Entscheidung der Behörde zu akzeptieren oder Rechtsmittel dagegen einzulegen. Das Unternehmen hat sich nun zu Letzterem entschieden.

Details des Berichts sind nicht öffentlich. Die Vorwürfe der Apas seien schwer und umfassend, heißt es in Insiderkreisen. Die vorgesehenen Sanktionen sind seit Frühjahr 2023 bekannt: EY soll 500.000 Euro Strafe zahlen und darf zwei Jahre lang keine neuen Prüfungsmandate bei börsennotierten Unternehmen ausführen. Bestehende Mandate sind davon nicht betroffen.

Dieses teilweise Wettbewerbsverbot beginnt in dem Moment, in dem EY den Bescheid akzeptiert. Ob und wann dies geschieht, ist offen. In Unternehmenskreisen heißt es, der Widerspruch erfolge nicht aus inhaltlichen Gründen. Offiziell teilte die Gesellschaft mit, sie wolle „ausreichend Zeit für eine umfassende Prüfung des weiteren Vorgehens“ haben.

Der Widerspruch kommt nicht unerwartet, er zeichnete sich schon nach Vorlage des Apas-Berichts Ende Dezember ab. Die Beanstandungen der Aufseher sind auf mehr als 2000 Seiten aufgelistet und von EY in der vorgesehenen Frist kaum im Detail sorgfältig genug zu bewerten. Eine neue Frist gibt es nicht – die Prüferaufsicht wartet jetzt auf die weiteren Schritte von EY.

EY bleibt das schlimmste Szenario erspart

Grundsätzlich sei EY stark geneigt, den Bescheid zu akzeptieren, sagten mehrere Insider. Denn die Gesellschaft will das Skandalkapitel ihrer Prüferarbeit endlich abstreifen und nach vorn blicken. Doch kommt es bei dieser Entscheidung sehr auf die Details der Apas-Bewertung an.

In dem Bescheid geht die Prüferaufsicht einem Insider zufolge mit EY hart ins Gericht – an manchen Stellen auch härter als erwartet. Die Apas habe „eigentlich in fast allen zentralen Prüfungspunkten Pflichtverletzungen gesehen“. Er spricht von „quasi zwei dunkelblauen Augen“ für EY.

Das schlimmste Szenario aber blieb der Gesellschaft den Angaben zufolge erspart. Demnach verletzten die EY-Prüfer nach Ansicht der Apas zwar ihre Berufspflichten an zahlreichen Stellen fahrlässig, handelten aber nicht vorsätzlich. Dieser Aspekt ist von grundsätzlicher Bedeutung, denn bei vorsätzlichen Pflichtverletzungen greift die gesetzliche Begrenzung der Haftung von Wirtschaftsprüfern nicht.

EY war mehr als ein Jahrzehnt lang Abschlussprüfer von Wirecard und hatte die Bilanzen bis 2018 uneingeschränkt testiert. Das brachte EY und einzelne Berufsträger in den Verdacht, die Bilanzen nachlässig kontrolliert zu

haben. Wirecard war im Juni 2020 infolge eines milliardenschweren Betrugs-skandals zusammengebrochen und in die Insolvenz gerutscht.

Den Details im Bescheid dürfte einige Bedeutung für zivilrechtliche Auseinandersetzungen zukommen. Ende

2023 hat der Insolvenzverwalter Wirecards, Michael Jaffé, eine Schadenersatzklage gegen EY über 1,5 Milliarden Euro eingereicht. Nahezu zeitgleich reichte die Aktionärsvertretung DSW eine Klage über 700 Millionen Euro gegen EY ein. Die Commerzbank will

rund 200 Millionen Euro auf gerichtlichem Weg von der Gesellschaft erstreiten. Bisher ist EY vor Gericht erfolgreich gewesen, da den Prüfern vor Landgerichten keine Schuld nachgewiesen werden konnte. Es stehen noch weitere Prozesse bevor, auch in höherer Instanz.

Anzeige



„Um Neues zu entwickeln, brauche ich eine sichere wirtschaftliche Basis. Die schaffe ich gemeinsam mit meiner Steuerberaterin.“

Armin Machhörndl, Kaffeerösterei Machhörndl

Als Unternehmer ist es nicht immer einfach, das Richtige zu entscheiden. Ihre Steuerberatung berät Sie kompetent und auf der Basis aktueller Geschäftszahlen. Gemeinsam schaffen Sie so die Grundlagen für sichere Entscheidungen und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung.



gemeinsam-besser-machen.de



Neobank

Vivid übernimmt luxemburgisches Fintech

Durch den Kauf von Joompay bekommt Vivid eine E-Geld-Lizenz und will in Europa expandieren.

Frankfurt. Es ist der erste Fintech-Deal mit deutscher Beteiligung in diesem Jahr: Die Berliner Neobank Vivid übernimmt das luxemburgische Fintech Joompay. Das erfuh das Handelsblatt vorab von den Unternehmen. Zum Kaufpreis wollten beide Unternehmen keine Angaben machen.

Joompay sei für das Fintech ein wichtiger Baustein, sagte Vivid-Mitgründer Alexander Emeshev. Der Zahlungsdienstleister habe eine kundenfreundliche App aufgebaut, die die Grundlage für künftige Vivid-Produkte sein werde. Zudem besitzt Joompay eine E-Geld-Lizenz der luxemburgischen Aufsicht. „Durch diese Lizenz wollen wir zeitnah in weitere europäische Märkte expandieren“, sagte Emeshev. Bisher ist Vivid in vier Ländern aktiv: Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien.

Es dürfte der Auftakt für weitere Deals in diesem Jahr hierzulande sein. Zahlreiche Fintechs ringen angesichts des Marktumfelds mit Ukraine-Krieg, Inflation und Zinswende ums Überleben, Investoren sind wählerischer geworden. „Viele Fintechs haben sich in den Boomjahren 2021 und 2022 das letzte Mal finanziert und brauchen nun bald neue Mittel“, sagte der Mitgründer des Berliner Brokers Trade Republic, Christian Hecker, kürzlich im Handelsblatt-Interview. „Wir erwarten bei Fintechs eine erhebliche Konsolidierung.“ Ilya Shirokov, Chef und Mitgründer des Joompay-Mutterkonzerns Joom, betont, dass die Beweggründe der jetzigen Übernahme andere seien. Im vergangenen Jahr habe das Unternehmen die Entscheidung getroffen, sich auf die globale Handelsbranche zu konzentrieren statt nur auf das europäische Ökosystem, sagte er. Die Joom-Gruppe besteht noch aus einem Online-, einem Großhandel- sowie einem Apothekenmarktplatz.

Joompay, das in Vivid Money S.A. umbenannt wurde, bietet Online-, aber auch Ratenzahlung („Buy now, pay later“) an. Kunden können eine eigene Karte sowie eine IBAN erhalten. Seit 2020 hat das Fintech die E-Geld-Lizenz der luxemburgischen Aufsicht. Und diese kann auch Vivid künftig nutzen: Nach eigenen Angaben hat die Neobank das notwendige Inhaberkontrollverfahren des luxemburgischen Regulators erfolgreich durchlaufen. Die Lizenz eröffnet der Neobank neue Möglichkeiten für die Erbringung von Dienstleistungen in allen anderen EU-Ländern.

Wachstum stagniert

Die Übernahme ist für Vivid von großer Bedeutung: Beim Wachstum stagniert das Unternehmen seit Langem. Die Kundenzahl liegt nach eigenen Angaben immer noch bei der seit Sommer 2022 kommunizierten Zahl von etwa 500.000, davon seien etwa die Hälfte aktive Nutzer. Joompay bringt nun 500.000 potenzielle Kunden mit, von denen nach Angaben Emeshevs allerdings nur weniger als 100.000 aktive Nutzer seien. Um die will Vivid nun werben.

Ein erster kleiner Schritt Richtung Wachstum, dem weitere folgen sollen: „Wir werden in diesem Jahr stärker als bisher in Marketing investieren, um in ganz Europa und vor allem im Heimatmarkt Deutschland zu wachsen“, kündigte Emeshev an. Das treibt natürlich die Kosten. Schwarze Zahlen strebt Vivid erst 2025 an: „Wir wollen trotzdem im kommenden Jahr auf Monatsbasis profitabel sein“, sagte der Mitgründer.

Eine weitere Finanzierungsrunde ist vorerst kein Thema. Zuletzt sammelte Vivid im Februar 2022 100 Millionen Euro von Investoren ein und wurde mit 775 Millionen Euro bewertet. „Das Geld reicht noch für mehr als zwei Jahre“, sagte Emeshev. Das gelte nach der Übernahme. Dennis Schwarz



Vergütung

Höherer Inflationsbonus für Commerzbank-Mitarbeiter

Nach interner Kritik erhalten nun auch außertariflich bezahlte Beschäftigte mehr Geld. Das Frankfurter Institut ist damit großzügiger als zwei andere Banken.

Andreas Kröner Frankfurt

Nach Unmutsbekundungen in der Belegschaft erhöht die Commerzbank den Inflationsbonus für ihre rund 18.000 außertariflich bezahlten Mitarbeiter. Der Vorstand habe „die Auszahlung einer weiteren Inflationsausgleichsprämie beschlossen“, heißt es in einem Beitrag im Commerzbank-Intranet, der dem Handelsblatt vorliegt.

Um die Auswirkungen der steigenden Preise bei Lebensmitteln und Energie zu mildern, können Unternehmen noch bis Ende 2024 jedem Beschäftigten neben Gehalt und Weihnachtsgeld bis zu 3000 Euro Inflationsausgleichsprämie steuerfrei auszahlen.

Bei fast allen tariflich angestellten Mitarbeitern hat die Commerzbank den Maximalbetrag in den Jahren 2022 und 2023 bereits ausgeschöpft. Bei den außertariflich bezahlten Beschäftigten, von denen die meisten bisher 1500 Euro bekommen haben, „bestand dagegen noch Spielraum“, wie es im Intranetbeitrag heißt.

Personalchefin eist zusätzliche Mittel los

Alle außertariflichen Mitarbeiter der Commerzbank AG im Inland und Beschäftigte im Ausland sollten deshalb nun weitere 1000 Euro erhalten. „Die



Personalvorständin Mlnarsky: Die Bank braucht fast 20.000 neue Beschäftigte.

zusätzliche Inflationsausgleichsprämie wird mit der Gehaltsabrechnung März 2024 ausgezahlt, und zwar pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter, unabhängig von der individuellen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit.“ Vorstände und Bereichsvorstände seien davon ausgenommen. Auch am Standort Malaysia werde keine Prämie gezahlt.

Den Tarifbeschäftigten, die die vollen 3000 Euro noch nicht erhalten haben, will die Bank „individuell unterschiedliche Restbeträge“ überweisen. Zudem empfiehlt sie Tochtergesellschaften im In- und Ausland die „Auszahlung einer weiteren Prämie. Die Beträge variieren hierbei zum Teil auf-

grund lokaler Besonderheiten oder in der Vergangenheit unterschiedlich gezahlter Prämien.“

„Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um erneut einen Inflationsausgleich für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Inland und an unseren internationalen Standorten zu leisten“, erklärte Personalvorständin Sabine Mlnarsky in dem bereits kurz vor Weihnachten veröffentlichten Intranetbeitrag. „Damit tragen wir nochmals nur Entlastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei.“

Im vergangenen Jahr hatten außertarifliche Mitarbeiter ihren Unmut darüber geäußert, dass die Bank ihnen bis dato lediglich eine Inflationsprämie von 1500 Euro gezahlt hatte. Viele Betroffene verdienten brutto zwischen 85.000 und 90.000 Euro und lägen damit nur leicht über dem Tarifgehalt in den letzten Berufsjahren, sagte Verdi-Gewerkschaftssekretär und Commerzbank-Aufsichtsrat Stefan Wittmann im Dezember. „Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bank auch ihnen die vollen 3000 Euro bezahlt.“

Wie wichtig das Thema vielen Beschäftigten ist, zeigt auch ein Hinweis am Ende des Intranetbeitrags: „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden gebeten, aktuell von Anrufen bei (der Hotline) HR Direct abzusehen und zu-

Start-ups

E-Scooter-Anbieter Tier fusioniert mit Konkurrent Dott

Tier hat die selbst gesteckten Ziele für 2023 nicht erreicht. Nun soll eine Fusion die Wende bringen. Der Firmenwert sinkt drastisch. Investoren müssen Geld nachschießen.

Nadine Schimroszik, Arno Schütze Berlin

Der angeschlagene Berliner E-Scooter-Anbieter Tier Mobility will sich mit dem deutlich kleineren Konkurrenten Dott zusammenschließen. Es gebe eine entsprechende vorläufige Vereinbarung, teilten beide Firmen am Mittwoch mit. Gespräche mit den Rivalen Voi und Bolt hatten sich zerschlagen.

In trockenen Tüchern ist die Fusion von Tier und Dott allerdings noch nicht. In den kommenden zwei Monaten müssten noch mehrere Bedingungen erfüllt werden, hieß es. Details dazu wurden genauso wenig genannt wie der Wert des fusionierten Unternehmens. Dieser soll Finanzkreisen zufolge auf nur noch rund 150 Millionen Euro zusammengeschrumpft sein. Dabei war Tier einst mit zwei Milliarden Dollar bewertet worden und galt damit als Einhorn. Investoren hatten rund 660 Millionen Dollar in das Unternehmen investiert, bei Dott waren es 110 Millionen Dollar.

Die Lage der E-Scooter-Anbieter ist angespannt: Die Konsumzurückhaltung, der harte Wettbewerb und die hohen operativen Kosten belasten die Branche. Anbieter strichen darum Stellen und zogen sich aus Städten oder ganzen Ländern ganz zurück. Zuletzt ging auch der E-Scooter-Pionier Bird aus den USA in die Insolvenz.

Die zunehmende Regulierung macht den Anbietern zu schaffen. So werden Ausschreibungen in vielen Regionen und Städten verschärft, um die Zahl der E-Scooter einzudämmen, die mitunter Geh- und Radwege blockieren oder in Flüssen versenkt werden. Die französische Hauptstadt Paris gilt als warnendes Beispiel für die Branche: Dort waren Leihroller nach einer Bürgerbefragung komplett verboten worden.

Um für die Zukunft gewappnet zu sein, benötigen Tier und Dott nun frisches Geld. Mehrere Bestandsinvestoren, angeführt von Mubadala Capital und Sofina, geben dem fusionierten Unternehmen noch mal 60 Millionen Euro. Tier-Investor Softbank aus Japan ist offenbar nicht dabei.

Das Kapital ist nötig, weil beide Anbieter seit ihrer Gründung Verluste schreiben. Ursprünglich wollte Tier 2023 erstmals Gewinne ausweisen. Das sei trotz deutlicher Verbesserungen auf Basis des Betriebsgewinns (Ebitda) nicht gelungen, teilte die Firma mit. Die operative Marge verbesserte sich 2023 auf minus 15 Prozent, nach minus 63 Prozent im Vorjahr.

Der Umsatz betrug Finanzkreisen zufolge 2023 knapp 250 Millionen Euro. Ursprünglich hatte die Firma für das abgelaufene Jahr mit knapp 300 Millionen Euro gerechnet. Allerdings

wurden Randbereiche verkauft wie etwa die US-Einheit Spin mit rund 60 Millionen Dollar Umsatz, die an den mittlerweile insolventen Wettbewerber Bird ging.

Um Kosten zu senken, hatte Tier-Mitgründer und -Chef Lawrence Leuschner seit Mitte 2022 mehrfach Mitarbeiter entlassen. Die Belegschaft des Unternehmens ist von über 1000 auf rund 500 Angestellte geschrumpft. Damit beschäftigt Tier weniger Mitarbeiter als Dott.

Tier-Gründer nicht mehr operativ aktiv

Im Zuge der Fusion mit Dott wird sich Tier-Chef Leuschner aus dem operativen Geschäft zurückziehen. Er soll Aufsichtsratsvorsitzender werden. Dott-Mitgründer Henri Moissinac soll Chef des fusionierten Unternehmens werden, sein Mitgründer Maxim Romain soll das operative Geschäft verantworten und der bisherige Tier-Finanzchef Alex Gayer übernimmt die Finanzen.

„Die Städte passen sich an, um die Abhängigkeit vom Auto zu verringern, und ermutigen die Menschen, sich für nachhaltige Verkehrsmittel zu entscheiden“, sagte Moissinac. Durch die Zusammenführung von Tier und Dott werde das Tempo beschleunigt, in die Gewinnzone zu kommen.

Aus Sicht von Lars Jörnnow, Leiter des 2018 bei Dott eingestiegenen Investors EQT Ventures, entsteht durch die Fusion eine E-Scooter-Firma von einer Größenordnung und Effizienz, die kein anderes europäisches Unternehmen in diesem Bereich erreiche.

Bisher ist allerdings wenig darüber bekannt, welchen Fokus das fusionierte Unternehmen setzen wird. Offenbar sind Kürzungen im Angebot vorgesehen. Tier ist aktuell in 400 Städten in 21 Ländern aktiv. Dott wiederum ist in Belgien, Frankreich, Italien, Polen, Spanien, Großbritannien und Israel vertreten. Es gebe nur wenige Überschneidungen im Angebot, so die Unternehmen. In Deutschland hatte sich Dott schon nach kurzer Zeit wieder vom Markt zurückgezogen.

In der Presseerklärung zur Fusion heißt es, die Unternehmen planten für 2024 zusammen mit einem Umsatz von 250 Millionen Euro. Die Einnahmen der Bikesharing-Tochter Nextbike seien nicht inbegriffen. „Ob und welche Standorte geschlossen werden, steht aktuell nicht fest und ist Teil der Evaluierung im Zuge des Integrationsprozesses, der erst nach dem Closing startet“, hieß es weiter.

Konkurrent Lime, dessen grün-weiße E-Scooter auch in Deutschland fahren, will sich von der Fusion nicht von seinem Kurs abbringen lassen. Der Fokus liege darauf, profitabel zu bleiben, erklärte die US-Firma.

250

Millionen Euro Umsatz wollen Tier und Dott 2024 zusammen generieren.

Quelle: Unternehmen

Commerzbank in Frankfurt: Großzügiger als die Konkurrenz.

nächst die Auszahlung im März 2024 abzuwarten“, heißt es dort.

Insgesamt ist die Commerzbank mit einer Inflationsausgleichsprämie von 3000 Euro für Tarifangestellte und 2500 Euro für außertariflich Beschäftigte großzügiger als ihr Nachbar Deutsche Bank. Bei Deutschlands größtem Geldhaus haben außertariflich bezahlte Mitarbeiter laut einem Sprecher bisher keinen Inflationsausgleich bekommen, tariflich Beschäftigte erhielten 2250 Euro.

Die größte Landesbank LBBW aus Stuttgart hat ihren Mitarbeitern bisher einen Inflationsbonus von 2000 Euro bezahlt und dabei keinen Unterschied zwischen tariflich und außertariflichen Beschäftigten gemacht. „Die Zahlung eines weiteren Inflationsausgleichs in Höhe von bis zu 1000 Euro ist noch offen“, erklärte ein Sprecher.

Bereits die vollen 3000 Euro ausbezahlt haben das genossenschaftliche Spitzeninstitut DZ Bank und Deutschlands größte Onlinebank ING. Die ING Deutschland wolle helfen, die gestiegenen Kosten zumindest ein wenig abzufedern, erklärte Matthias Füssel, der die Personalabteilung leitet, im Oktober. „Wir wollten daher auch nicht bis Ende 2024 warten, die Prämie auszuzahlen.“

Attraktivität als Arbeitgeber soll steigen

Spätestens zum 1. Juli wechselt Füssel nun von der ING zur Commerzbank. Dort soll er als Bereichsvorstand für Personal dazu beitragen, „die Attraktivität der Commerzbank als Arbeitgeber im harten Wettbewerb um die besten Talente weiter zu steigern“, wie Mlnarsky Anfang der Woche ankündigte.

Die Commerzbank braucht wegen des demografischen Wandels und der steigenden Fluktuation bis 2034 fast 20.000 neue Beschäftigte. „Um nicht zu schrumpfen, müssen wir pro Jahr rund 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu einstellen“, sagte Mlnarsky Mitte Dezember im Handelsblatt-Interview. Nur so könne die Bank die Zahl der Vollzeitstellen bei etwa 36.000 konstant halten.

Dott-Mitgründer Henri Moissinac, E-Scooter in Paris: Die französische Hauptstadt hat die Roller verboten.



Frau Czerny, DLD ist 2005 im Nymphenburger Schloss als „Digital Lifestyle Day“ gestartet. Seitdem begleiten Sie eine Welt im Umbruch. Ist digitale Revolution Ihre Routine?

Anfangs hatten wir uns einfach nur vorgenommen, ein paar interessante Leute zusammenzubringen, um über die Digitalisierung zu sprechen. Es kamen die Samwer-Brüder, ein paar Designer oder die Flickr-Gründerin Caterina Fake. So ging es immer weiter. 2008 holte ich Mark Zuckerberg, damals ein schüchterner junger Mann mit vielen Pickeln, dessen Facebook in Europa gerade mal zwei Millionen Nutzer hatte. Social Media startete – und heute beginnt wieder eine ganz neue Welt. Routine? Ich bin viel aufgeregter als damals.

Sie spielen auf Künstliche Intelligenz (KI) an, das unvermeidliche Dauerthema.

Am Anfang redeten wir über E-Commerce oder Handy-Klingeltöne. Das war nur das Vorspiel. Nun ist die Infrastruktur gebaut, die Leute sind online, meist mit dem Smartphone. Jetzt beginnt das Hauptspiel. Was vor 150 Jahren die Elektrifizierung für die Welt war, ist heute die Digitalisierung. Auf dieser Basis geht es weiter: Ohne Generative KI, Robotics oder auch Quantentechnologie wird es bald nicht mehr gehen.

Davon sprechen viele. Was genau wann kommt, kann niemand prognostizieren.

Wir müssen uns darauf einlassen, je früher, desto besser – weil sich der Prozess beschleunigt. Fünf, sechs große Plattformen bestimmen mittlerweile die moderne Welt. Und sie richten ihre ganze Kraft auf KI. Unter ihnen liefern sich derzeit Microsoft und Open AI mit Google und Gemini einen geradezu titanenhaften Kampf. Und der ist bei Weitem noch nicht zu Ende. Dabei hatte das ganze Silicon Valley einst auf Sam Altman und sein Open AI als philanthropisches Unternehmen gesetzt.

Wenn es so ist, könnten Sie die DLD 2024 gleich in einen KI-Kongress umwandeln. Viele Einzelveranstaltungen handeln davon.

Wir wollen auf keinen Fall als Software-Tagung enden. Bei uns geht es um die großen Fragen rund um Wirtschaft, Wissenschaft, Philosophie, Kultur, Medien und Gesellschaft. Was macht Technologie mit unserer Welt? Wie werden wir leben? Deshalb heißt unser Motto diesmal: „Dare to know“ – „Wage es, zu wissen“.

Ein Übermaß an KI-Geschichten wird täglich jedem frei Haus geliefert. Wo ist da das Wagnis?

Man muss lernen, sich einzulassen. Journalisten tun das vielleicht, aber was ist zum Beispiel mit den deutschen Lehrern oder Kindergärtnerinnen? Für die ist das alles sehr weit weg. So wie die KI mit unseren Daten trainiert, so muss die Gesellschaft für den großen digitalen Umbruch trainieren, der auf uns zukommt. Was bedeutet personalisierte Medizin? Oder digitalisierte Pflege? Den Willen zur Veränderung müssen wir noch viel breiter streuen.

In der Debatte um KI stehen Euphoriker, denen es nicht schnell genug gehen kann, gegen Apokalyptiker, die das Ende der Menschheit befürchten. Dazwischen finden sich die Pragmatiker. Wie gehen Sie damit um?

Wir haben interessante Professoren aus allen drei Lagern eingeladen. Das ist doch der Reiz! Es kommen der rundum zuversichtliche Mathematiker Markus Gabriel, die Endzeit-Philosophin

Vita

Die Managerin Stephanie („Steffi“) Czerny gehört zu den Vertrauten des 83-jährigen Medienunternehmers Hubert Burda. Sie begann bei ihm als „digital scout“. Seit 2005 hat die studierte Politologin und ausgebildete Journalistin die internationale Konferenz-Plattform „Digital Life Design“ (DLD) hochgezogen, die die 69-Jährige bis heute leitet.

Die Konferenz In diesem Jahr werden auf der DLD vom 11. bis 13. Januar in München auf der Hauptveranstaltung 150 Speaker auf 1600 Teilnehmer treffen. Die 2005 gestartete DLD lockt immer wieder Prominente; so kamen etwa Arianna Huffington, Investor Peter Thiel, die Gründer von Twitter und WhatsApp sowie Lady Gaga. Zur DLD gehören etliche Sonder-Events; auch gibt man Publikationen und Bücher heraus.



Steffi Czerny

„Es ist borniert, immer nur auf das Silicon Valley zu schauen“

Europa und seine Chancen beim Trendthema Künstliche Intelligenz: Die Burda-Managerin und Mitgründerin der Konferenzplattform „Digital Life Design“ (DLD) spricht über die digitale Konkurrenz, die neuen Zuckerbergs und die Mission ihrer Konferenz.

Sarah Spiekermann und der Harvard-Literaturprofessor Martin Puchner, für den sich Geschichte wiederholt. Die DLD ist eine große Vernetzungskonferenz. Hier soll ein Funke zünden – Menschen lernen sich über die Debatte kennen und arbeiten später zusammen. Ich bin davon überzeugt, dass Themen erst durch Menschen erfahrbar werden.

Das ist Ihre Mission?

Heutzutage macht die KI in der Welt die Mustererkennung, bei DLD mache ich sie. Wer passt zu wem? Dabei hilft mir kein Algorithmus, das mache ich lieber selbst. Es wird auch in Zukunft am Ende immer auf den eigenen Hirnkasten ankommen.

„Matchmaking“ geht also vor Agenda Setting?

Nein, das geht Hand in Hand. Durch das Zusammenbringen unterschiedlicher Leute setze ich die Agenda. Es kommt stark auf meine Intuition für die jeweilige Person an. Bei Mark Zuckerberg war zum Beispiel von Anfang an diese bedingungslose Hingabe für ein Thema zu spüren. Das finden Sie auch bei anderen erfolgreichen, aber auch fast autistischen Personen wie Elon Musk oder Sam Altman und auch bei vielen Investoren.

US-Digitalpioniere sind, auch mit ihrer Show auf Tech-Tagungen, weitaus aktiver in der Selbstvermarktung als Akteure hierzulande. Ist das ein wichtiger Grund für die amerikani-

Geplante Gäste der DLD 2024:

Harvard-Literaturprofessor Martin Puchner, Endzeit-Philosophin Sarah Spiekermann, der Mathematiker Markus Gabriel, die Künstlerin Holly Herndon, DLD-Mitgründer Yossi Vardi und die Internet-Pionierin Esther Dyson.





Thomas Daxhuber für Handelsblatt

sche Überlegenheit im Internet gegenüber Europa?

Das kann sein. Hat ein junger Unternehmer aus den USA Erfolg, wird er rasch von erfahrenen Kommunikationsprofis durchgetaktet und auf öffentliche Auftritte eingestellt. Locker sind sie nur am Anfang. Dann senden sie nur noch vorgeschriebene Nachrichten und Botschaften, wie aus der Konserve. Total langweilig. Interessant sind für mich offene Systeme, Brüche und Widersprüche.

Was würden Sie Zuckerberg heute sagen?

Vieles ist bei dir schiefgelaufen, lieber Mark! Ich würde ihn zwar wieder für die DLD nehmen – aber, ehrlich gesagt, interessiert mich eher, wer die neuen Zuckerbergs sind. Wo liegt die Zukunft? Deshalb setzen wir uns zum Beispiel sehr stark mit dem 210-Millionen-Einwohner-Land Nigeria auseinander sowie mit Osteuropa. Es ist borniert, immer nur auf das Silicon Valley oder nach New York zu schauen. Manche Inspiration gibt es für uns heute eher in Cluj, Sofia oder Lagos. So wollen wir unserem Ruf gerecht werden, immer vorne dran zu sein.

Wenn es um Selbstvermarktung geht, müsste auf der DLD der Lidl-Milliardär Dieter Schwarz auftreten. Er steckt wie kein anderer viel Geld in KI aus Deutschland.

Zu uns kommen seine Manager. Und vielleicht waren sie es ja, die ihn von den KI-Projekten überzeugt haben. Wenn Rolf Schumann, der Digitalchef der Schwarz-Gruppe, auf unserem Chairmen's Dinner die Künstlerin Holly Herndon trifft, entsteht vielleicht etwas ganz Neues. Das Magazin „Time“ zählt sie zu den 100 wichtigsten Personen rund um KI.

KI-Investor Dieter Schwarz hat noch nie ein Interview gegeben. Glauben Sie, dass Europa dank ihm wettbewerbsfähig mit den USA ist?

Seine Investitionen sind sicher immens wertvoll, denn im Hinblick auf die Finanzierung sind Amerika und Europa immer noch in unterschiedlichen Größenordnungen unterwegs. Wenn wir in Europa künftig mit den USA auf diesem Feld mithalten wollen, brauchen wir zusätzlich eine ganz andere Ausbildung des Nachwuchses. KI fängt in der Schule und sogar im Kindergarten an. Die Internet-Pionierin Esther Dyson wird das bei uns auf den Punkt bringen. Sie fragt: „Warum investiert ihr in KI und nicht in eure Kinder?“

Wie zufrieden sind Sie mit dem Prominenten-Aufgebot bei der DLD 2024?

Zufrieden bin ich nie, weder davor noch danach. Es gibt immer wichtige Personen, die ich gerne eingeladen hätte. Auch wenn ich im nächsten Juli 70 werde, bleibe ich extrem neugierig. Wer sind diejenigen, die unsere Welt verändern? Was kann man von ihnen lernen? Und: Kann man sie beeinflussen, diese Welt besser zu machen? Vielleicht ist das naiv. Vielleicht bin ich noch immer die enthusiastische Hausfrau aus Kreuth, die es liebt, Menschen zusammenzubringen. Und die stets optimistisch bleibt. DLD hat jedenfalls Wirkung, denn auch wenn viele unserer Speaker heute noch nicht prominent sind, lade ich Menschen ein, die es zukünftig sein werden.

Kriege werden heute via KI über Drohnen und Satelliten entschieden. Das spielt eine große Rolle im Nahostkrieg. Wie wird sich der DLD-Mitgründer Yossi Vardi diesmal einbringen, der Patron der Start-up-Szene in Israel?

Er ist aktuell sehr deprimiert. Mit ihm hat Burda vor 25 Jahren den DLD-Vorläufer „Cool People in the Hot Desert“ angeschoben. Damals haben wir junge deutsche Unternehmer in die High-Tech-Nation Israel gebracht. Yossi sprach immer davon, dass Israel die Verständigung mit den Palästinensern gelingen müsse. Immer hat er Palästinenser zum DLD eingeladen. Diesmal kommt keiner. Yossis Vision und sein Lebenswerk sind durch die Radikalisierung auf beiden Seiten bedroht. Er wird dazu reden.

„Die Wurzel jeder noch so globalen Kommunikation liegt immer an einem Ort“, formuliert der Soziologe Peter Kammerer, ein enger Freund des Hauses Burda. In Zeiten von KI ist das doch aufgelöst.

Es gibt da – technisch – keine Verortung mehr. Umso wichtiger ist es für die Menschen, sich zu treffen und Räume zu haben, um sich gegenseitig auch physisch wahrzunehmen. „Connect the unexpected“ lautet ein sehr alter Ansatz dieses Hauses. So begegneten sich bei uns der New Yorker Marketing-Professor Scott Galloway und die US-Journalistin Kara Swisher – die heute einen extrem erfolgreichen Podcast zusammen machen. Und 2016 habe ich die Wissenschaftler Svante Pääbo und Anton Zeilinger aus organisatorischen Zwängen zusammen auf ein Podium gesetzt – 2022 bekamen beide einen Nobelpreis.

Die Konferenz DLD macht viel Wirbel. Ist sie auch profitabel?

Wir tun alles, um profitabel zu sein. Natürlich strahlt die Marke DLD auf die Innovationskraft von Burda ab, und umgekehrt. Vor 20 Jahren sind Burda-Manager nicht auf Tech-Konferenzen gegangen. Also mussten wir die spannendsten Treiber der neuen Welten zu uns ins Haus holen.

Burda ist heute als Investor an etlichen Start-ups beteiligt, etwa an der deutschen KI-Firma Aleph Alpha.

Hubert Burda war der erste deutsche Verleger, der das Internet begriff. Hätte sich das Unternehmen Burda früh an vielen der aufstrebenden DLD-Gastfirmen wie zum Beispiel Facebook beteiligt, wir wären heute ein anderes Unternehmen. Aber das war nie der Punkt. Es ging darum, Menschen zum Wohl aller zusammenzubringen. Die DLD ist innerhalb einer großen Unternehmensgruppe eine kleine Firma, auf die inzwischen alle stolz sind.

Wie weit kann die Marke noch ausgebaut werden?

Der Peak wird nie erreicht sein. Wichtig ist, dass wir nicht immer dieselben Leute einladen. Wir brauchen frisches Blut. Für neue Projekte sind wir immer offen.

Werden Sie die DLD noch viele Jahre leiten?

Sicher! DLD ist meine Love-Brand. Und ich bin sehr stolz auf mein kleines Team, gerade weil ich weiß, dass am Ende jeder Mensch ersetzbar ist.

Frau Czerny, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Hans-Jürgen Jakobs.

Vorteilspreis
für alle
Abonnent:innen

Jessica Schwarzer

Finanzjournalistin,
Börsenexpertin,
Bestseller-Autorin

eLearning

Erfolgreich Investieren

Das eLearning für clevere Anlagestrategien – von der erfolgreichen Geldanlage über die wichtigsten Portfolio-Bausteine bis hin zur eigenen Strategie.

- » Die goldenen Regeln der erfolgreichen Geldanlage kennenlernen
- » Aktienbausteine verstehen und clever kombinieren
- » Die richtige Anlagestrategie auswählen und erfolgreich umsetzen
- » Wie nachhaltiges Investieren funktioniert und worauf Anleger achten müssen
- » Anleihen als wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Anlagestrategie
- » Inkl. Live-Sessions mit Finanzexpertin Jessica Schwarzer

Jetzt informieren und anmelden:
handelsblatt.com/erfolgreich-investieren





Hall of Fame
— Heinz-Glas —

Flakonhersteller mit rasantem Wachstum

Von 25 auf 490 Millionen Euro Umsatz: Carl-August Heinz formte sein Unternehmen zu einem Weltmarktführer – und revolutionierte seine Branche. Seine Tochter kämpft heute mit den hohen Energiepreisen – und steigt trotz großen Investitionsbedarfs auf grünen Strom um.

Michael Scheppe Kleintettau

Bevor das weißliche Gemisch aus Sand, Kalk und Scherben zu Glas verschmilzt, muss es eine Temperatur von 1500 Grad erreichen. Ist das geschafft, fließt die zähe Masse Messern entgegen, die sie in kleine Tropfen zerschneiden. Diese fallen eine Etage tiefer und werden dort von laut stampfenden Maschinen zu Parfumflakons geformt. Erneut wird es heiß, eine Flamme lässt die letzten Nähte verschwinden. Dann kühlen die Fläschchen aus.

Zwei Milliarden davon produziert Heinz-Glas pro Jahr. Jeder vierte Parfumflakon im weltweiten Handel kommt von der Firma. Sie tragen das Logo von L'Oréal, Estée Lauder, Hugo Boss oder Calvin Klein. Bei der Produktion und Veredelung von Flakons ist Heinz-Glas Weltmarktführer.

Seit 1622 gibt es die Firma aus dem fränkischen Kleintettau, laut Stiftung Familienunternehmen ist sie das zehntälteste Familienunternehmen Deutschlands. In 13. Generation führt Carletta Heinz seit drei Jahren den Betrieb. Zu seiner jetzigen Größe und Ausnahmestellung geführt hat Heinz-Glas aber ihr Vater. Carl-August Heinz begann 1977 in der Geschäftsführung, heute sitzt er im Beirat. Als er anfang, betrug der Umsatz umgerechnet 25 Millionen Euro, nun sind es 490 Millionen. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich seither global auf 4000 verzehnfacht.

Der Grund: Heinz konzentrierte sich nicht nur auf profitable Nischen, er expandierte auch kräftig: nach Belgien und Osteuropa, in die USA und nach Südamerika, zuletzt bis nach Indien und China. 16 Standorte zählt die Firma mittlerweile, 80 Prozent des Umsatzes erzielt sie um Ausland. Es war der heute 73-Jährige, der so nicht nur die Internationalisierung seiner Firma, sondern die der gesamten Branche vorantrieb. Denn für Glasmacher galt bis dahin: Kaum einer lieferte weit über den eigenen Standort hinaus.

„Auch als Mittelständler muss man über Grenzen gehen, um zu wachsen, das habe ich aus dem Studium mitgenommen“, sagt Heinz. Mit seinen Plänen stieß er bei seinen Beratern und Kollegen zunächst auf Widerstand – setzte sich aber durch. „Die sind dann auch relativ bald umgeschwenkt“, sagt Heinz.

Doch zunächst folgte er ihren Empfehlungen. Schon mit Ende 20 wurde er zum Chef, weil sein Vater früh starb. „Ich habe mich in den ersten Jah-

ren vernünftigerweise aufs Zuhören beschränkt.“ Dann aber packte Heinz an. 1985 übernahm er eine belgische Verpackungsglashütte. Darüber bediente er hauptsächlich Frankreich, den größten Markt für Parfums. Schnell hatte sich das Investment ausgezahlt, Heinz-Glas erarbeitete sich einen guten Ruf. „Dass die internationale Expansion so gut gelungen ist, war einer der größten Glücksfälle meines Lebens.“

Heinz ging vorsichtig vor, übernahm zunächst nur einen 49-prozentigen Anteil und gründete eine belgische Holding – „als Firewall“, wie er sagt, „damit ein möglicher Fehlschlag nicht auf die deutsche Gesellschaft durchschlägt“. Auch das habe er an der Universität Erlangen-Nürnberg gelernt.

Die Vorlesungen hatte Horst Steinmann gehalten. Noch heute steht der emeritierte Professor für BWL und Unternehmensführung mit Heinz in Kontakt. „Die Internationalisierung fast schon im Alleingang war ein sehr mutiger und kluger Schritt von Carl-August Heinz“, sagt der 89-jährige. „Ohne ihn stünde die Firma jetzt nicht da, wo so ist.“

Und dass sie heute immer noch gut dasteht, davon war in den vergangenen Jahren nicht immer auszugehen. Im Frühjahr 2022, die Unternehmensübergabe von Heinz auf seine Tochter war gerade einmal zwei Jahre her, wurde die Lage kritisch. Der Grund: Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine stockte die Versorgung mit Gas. Diese Energiekrise erwuchs sich zur größten Gefahr für den Betrieb, ausgerechnet im Jahr des 400-jährigen Bestehens.

Nach der Chemie- und der Metallindustrie ist die Glasherstellung eine der energieintensivsten Industrien. Weil Gas knapp zu werden drohte, musste Heinz-Glas um seine Existenz fürchten, denn Schmelzwannen sind zerstört, wenn sie einmal erkalten.

Vater und Tochter als „Sparringspartner“

So weit kam es nicht – dennoch war Carletta Heinz dankbar, ihren Vater als Ratgeber zu haben. „Papa ist mein Sparringspartner. Weil er einen riesigen Erfahrungsschatz hat, tue ich gut daran, mir seine Meinung anzuhören, wie er die Probleme denn lösen würde.“ Das gilt bis heute.

Denn ausgestanden ist die Energiekrise noch nicht. 25 Millionen Euro hat Heinz-Glas 2023 für Gas und Strom bezahlt, weniger als die 32 Millio-



nen im Krisenjahr, aber deutlich mehr als die elf Millionen zuvor. Mit den Kosten stieg allerdings auch der Umsatz: 431 Millionen Euro setzte Heinz-Glas 2022 um – 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Kunden gingen bei Preiserhöhungen mit, zudem gewann der Betrieb neue Abnehmer. Der Gewinn schrumpfte angesichts der hohen Ausgaben dennoch.

Carletta Heinz arbeitet derzeit daran, dass dieser künftig nicht mehr so stark von den Energiepreisen beeinflusst wird. Sie will hierzulande ab 2030 komplett auf fossile Energieträger verzichten, indem sie auf grünen Strom und grünen Wasserstoff setzt. Doch der Umstieg wird teuer. Angesichts der hohen Strompreise und einer zurückhaltenden Förderung vom Bund wird sie zunächst nur in eine statt in zwei neue Schmelzwannen investieren, die mit Strom anstelle von Gas betrieben werden. „Die Energiepreise in Deutschland sind auf Dauer nicht tragbar“, klagt sie. „Aber wir Glasmacher sind ein zähes Völkchen – das werden wir auch dieses Mal wieder beweisen.“

Es wäre nicht das erste Mal, dass das jahrhundertealte Unternehmen politischen Problemen trotzt. So war im geteilten Deutschland auch Heinz-Glas geteilt. Der Standort in Thüringen liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum bayerischen Stammsitz, aber eben auf der anderen Seite der früheren Grenze. Der Ost-Teil der Firma wurde zu DDR-Zeiten verstaatlicht. Nach der Wende kaufte Carl-August Heinz ihn zurück, auch „um einen Beitrag zu Wiedervereinigung zu leisten“.

Die Fabrik war rückständig, was Technologie, aber auch die Arbeitskultur anging, denn kaum einer der Beschäftigten wollte eigenständig Entscheidungen treffen. „Aber es waren gute Glasmacher“, sagt Heinz. Er modernisierte die Anla-

Hall of Fame

Neue Mitglieder – ausgezeichnete Vorreiter

Seit 2009 ehrt das Handelsblatt herausragende Unternehmerpersönlichkeiten in der Hall of Fame. Die Jury nahm Carletta und Carl-August Heinz, Fritz Dräxlmaier und Hans Thomann in die Hall of Fame der Familienunternehmen auf. Unterstützt von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG und der Stiftung Familienunternehmen wurden die Preisträger am Mittwochabend im The Charles Hotel in München geehrt.

Ein ausführliches Online-Spezial finden Sie unter: handelsblatt.com/hall-of-fame



Chronik

- 1529** Der erste Glasmacher der Familie Heintz ist in Thüringen tätig.
- 1622** Firmengründung; Hans Heintz und drei weitere Glasmacher eröffnen ihr Werk in Piesau in Thüringen.
- 1661** Das Werk in Kleintettau in Bayern wird eröffnet.
- Ende des 18. Jahrhunderts** Wegen hoher Holzpreise wird die Produktion auf Kohle umgestellt.
- 1904** Die Firma baut nach dem Brand der alten Hütte eine moderne Glashütte in Kleintettau auf.
- Beginn der 1950er-Jahre** Der Firmenstandort in Thüringen wird von der DDR verstaatlicht.
- 1971** Der Betrieb setzt seine erste vollelektrische Schmelzwanne in der Produktion ein.
- 1977** Carl-August Heinz übernimmt die Geschäftsführung kurz nach dem Studium, weil sein Vater früh verstorben ist.
- 1985** Beginn der Internationalisierung durch Carl-August Heinz: Kauf einer Glashütte in Belgien.
- 1991** Nach der Wiedervereinigung kauft Heinz-Glas sein Werk in Thüringen zurück.
- 1992** Beteiligung an einer Glashütte in Polen.
- 2006** Die Glasproduktion in Peru startet in einem Joint Venture.
- 2015** Glasproduktion in Indien startet als Joint Venture.
- 2020** Carletta Heinz übernimmt die Geschäftsführung komplett von ihrem Vater Carl-August. Sie ist seit 2013 im Unternehmen.
- 2022** Die Energiekrise trifft Heinz-Glas stark. Die Produktion fällt zwar nicht aus, die Energiekosten vervielfachen sich aber.
- 2022** Heinz-Glas beginnt mit der Glasproduktion in China.

gen, verdreifachte dort die Zahl der Arbeitsplätze. 1992 beteiligte er sich dann an einer polnischen Glashütte, 1995 investierte er in ein Werk in Tschechien, 1997 ging es in die USA. 2006 expandierte er nach Peru, 2015 nach Indien, seit 2022 ist Heinz-Glas wieder in China.

Die letzten beiden Erweiterungen haben bislang nicht den gewünschten Erfolg erzielt. „Nach Indien sind wir womöglich zu früh gegangen“, räumt Heinz ein. Die deutschen Ansprüche an Qualität, Sauberkeit, Arbeitszeit, Entlohnung und Vermeidung von Kinderarbeit machten die Produktion für den lokalen Markt zu teuer.

In China gab es Probleme mit dem Joint-Venture-Partner. Zwischen 2005 und 2015 war Heinz-Glas bereits dort, 2022 hat der Betrieb dann in einem zweiten Anlauf eine eigene Produktion gestartet. Die Geschäfte entwickeln sich angesichts der schwächelnden chinesischen Wirtschaft langsamer als erhofft. Dennoch will auch Carletta Heinz weiter expandieren – nach Vietnam, Thailand oder in die Türkei.

Gut überlegte Entscheidungen

„Große Fehler hat Carl-August nicht gemacht, sonst wäre Heinz-Glas nicht so stark gewachsen“, urteilt Bernd Hörauf. Er und Heinz waren über Jahrzehnte Konkurrenten in nächster Nähe. Hörauf arbeitete fast 40 Jahre für das Tettauer Glaswerk des MDax-Konzerns Gerresheimer, 20 Jahre davon als Geschäftsführer. Nur drei Autominuten trennen die beiden Betriebe. Auch die Kunden sind ähnlich, die Glaswerke stellen Kosmetikglas für Deoroller oder Cremetiegel her.

„Der Visionär hat Vorstellungen, wie es sein sollte, der Entrepreneur setzt diese auch um“, sagt der 66-jährige Hörauf. „Carl-August ist ein Entrepreneur.“ Er habe Entscheidungen immer

Carl-August Heinz und Tochter Carletta Heinz: Der Erfahrungsschatz des Vaters zählt. Er baute das Unternehmen zur heutigen Größe aus und sitzt jetzt im Beirat.



Die Energiepreise in Deutschland sind auf Dauer nicht tragbar. Aber wir Glasmacher sind ein zähes Völkchen – das werden wir auch dieses Mal wieder beweisen.

Carletta Heinz
Geschäftsführerin

gut überlegt, aber dann auch durchgezogen. Heinz hätte womöglich noch mehr Geld verdienen können, wenn er kostengünstiger gewirtschaftet hätte, so Hörauf, doch als Familienunternehmer habe er eben nicht den Druck eines Konzerns gehabt.

In der dicht bewaldeten Provinz in der bayerisch-thüringischen Grenzregion gibt es zig Glashütten mit langer Tradition. Gleich drei der zehn ältesten Familienunternehmen Deutschlands sind Glashersteller aus der Gegend. In deren Gründungszeiten wurde Holz für die Glasmelze genutzt. Einige produzieren Glasbehälter für die Getränke- und Lebensmittelindustrie, andere Glasfaser oder Christbaumkugeln.

Früher war das Sortiment von Heinz-Glas breiter, der Hersteller produzierte auch etwa Spirituosenflaschen für Uderberg oder Kleiner Feigling. Mit der Jahrtausendwende fokussierte sich Heinz auf den wachsenden Parfummarkt und die Veredelung von Flakons. Heinz-Glas besprüht, metallisiert, lasert oder bedruckt Parfumfläschchen, um ihnen eine besondere Optik zu verleihen. „Wenn man als kleine Firma wahrgenommen werden will, muss man sich auf eine Nische konzentrieren, in der man vorn mit dabei ist“, sagt Carl-August Heinz.

Das Unternehmen war nach jahrzehntelanger Führung auf ihn zugeschnitten. Konkurrent Hörauf sagt: „Carl-August war CEO, CFO und COO in einer Person.“ Carletta Heinz hat die Betriebsführung breiter aufgestellt, arbeitet mit drei Fremdgeschäftsführern zusammen. Sie ist seit 2013 im Unternehmen, sammelte in verschiedenen Abteilungen Erfahrungen, bevor sie 2019 Teil der Geschäftsführung wurde und 2020 ihren Vater ablöste.

Dennoch ist der Senior fast jeden Tag in der Firma, trifft im Glascafé Beschäftigte und Freun-

de zum Mittagessen. „Nach fast 50 Jahren ist es für ihn natürlich schwierig, sich komplett herauszuhalten“, sagt seine Tochter. „Doch auch wenn es wie in jeder guten Familie schon mal lauter wird, arbeiten wir sehr gut zusammen, weil wir gleiche Werte und Ziele teilen.“

Die 39-Jährige hat regelmäßige Meetings eingeführt und richtet Ziele an Kennzahlen aus. „Wegen des schnellen Wachstums wurde Heinz-Glas noch wie ein Handwerksbetrieb geführt.“ Dass seine Tochter den Betrieb übernommen hat, verdankt Heinz senior auch seiner 2006 verstorbenen Frau Gabriele Birkner-Heinz. „Obwohl ich in zeitlicher Hinsicht wohl mehr mit der Firma als mit ihr verheiratet war, hat Gabriele unserer Carletta die Firma nie abspenstig gemacht.“

Heinz selbst hat sich über den Betrieb hinaus engagiert. Er gründete Stiftungen, rief das Europäische Flakonglasmuseum ins Leben, kümmert sich im Gemeinderat, dem Kreistag oder der Industrie- und Handelskammer um die Region. Er hat zudem ein Tropenhaus mit exotischen Pflanzen aufgebaut, das mit der Abwärme aus der Glashütte betrieben wird, und züchtet über 150 schottische Hochlandrinder.

„Seine Ideen sind exorbitant“, lobt Professor Steinmann. Heinz sei es auch darum gegangen, dass es den Beschäftigten, der Ortschaft und der Umwelt gut gehe. Schon in seiner Diplomarbeit 1976 habe er die Auswirkungen der Glasproduktion auf Umwelt und Gesellschaft „sehr analytisch untersucht“. In seiner Freizeit begeistert sich Heinz für Borussia Dortmund. Die Leidenschaft geht so weit, dass er damals auch die Firmenfarben auf Schwarz-Gelb umgestellt hat und es limitierte Fanschals gibt, mit denen er sich ablichten lässt. Für Heinz eine logische Sache: „Dortmund und Heinz-Glas spielen eben beide Champions League.“

Martin Buchenau Vilsbiburg

Das Herz des Porsche Taycan mit seiner innovativen 800-Volt-Batterie kommt von Dräxlmaier, ebenso die edlen Schalthebel der Luxuskarossen von BMW und Mercedes, und auch der Siegeszug des legendären Goggomobil als erstes Nachkriegs-Kultauto wäre ohne Dräxlmaier nicht denkbar gewesen. Dass das weltweit agierende niederbayerische Unternehmen vor allem im Hintergrund wirtschaftet, gehört zur Geschäftsstrategie des Unternehmers.

Fritz Dräxlmaier führt den Automobilzulieferer in zweiter Generation „mit Ruhe und Kraft“, wie Weggefährten berichten. Der 71-jährige Unternehmer ist keiner, der die große Bühne sucht. Auch deshalb ist der familieneigene Automobilzulieferer in Vilsbiburg nahe Landshut außerhalb Niederbayerns nur wenig bekannt.

Dabei gehört die Dräxlmaier Group mit über fünf Milliarden Euro Umsatz, 74.000 Mitarbeitenden an über 65 Standorten in mehr als 20 Ländern zu den zehn größten Autozulieferern Deutschlands. Vielleicht noch wichtiger: Dräxlmaier arbeitet exklusiv für Premiumhersteller wie BMW, Mercedes und Audi. Auch Marken wie Porsche und Maserati schätzen die Expertise des Hauses, sei es beim noblen Lederinterieur oder bei Bordnetzen und Batteriesystemen.

„Entscheidend ist, dass unsere Kunden uns kennen und wissen, dass wir verlässlich hohe Qualität produzieren, flexibel sind und ihnen innovative Lösungen liefern“, sagt Fritz Dräxlmaier dem Handelsblatt. „Ich muss das nicht wie auf einem Marktplatz lautstark kundtun.“ Mit dieser Vorgehensweise ist das Unternehmen in den vergangenen sieben Jahrzehnten nicht nur gut gefahren, sondern hat sich darüber hinaus konstant weiterentwickelt.

Klare Strategie, Visionen und Pioniergeist

Nachdrücklich, kontinuierlich und selbstsicher gehen Niederbayern ihren Weg, heißt es im Freistaat. Diese gegensätzliche Mischung aus Selbstbewusstsein, Beharrlichkeit und Zurückhaltung passt auch ganz gut zu Dräxlmaier.

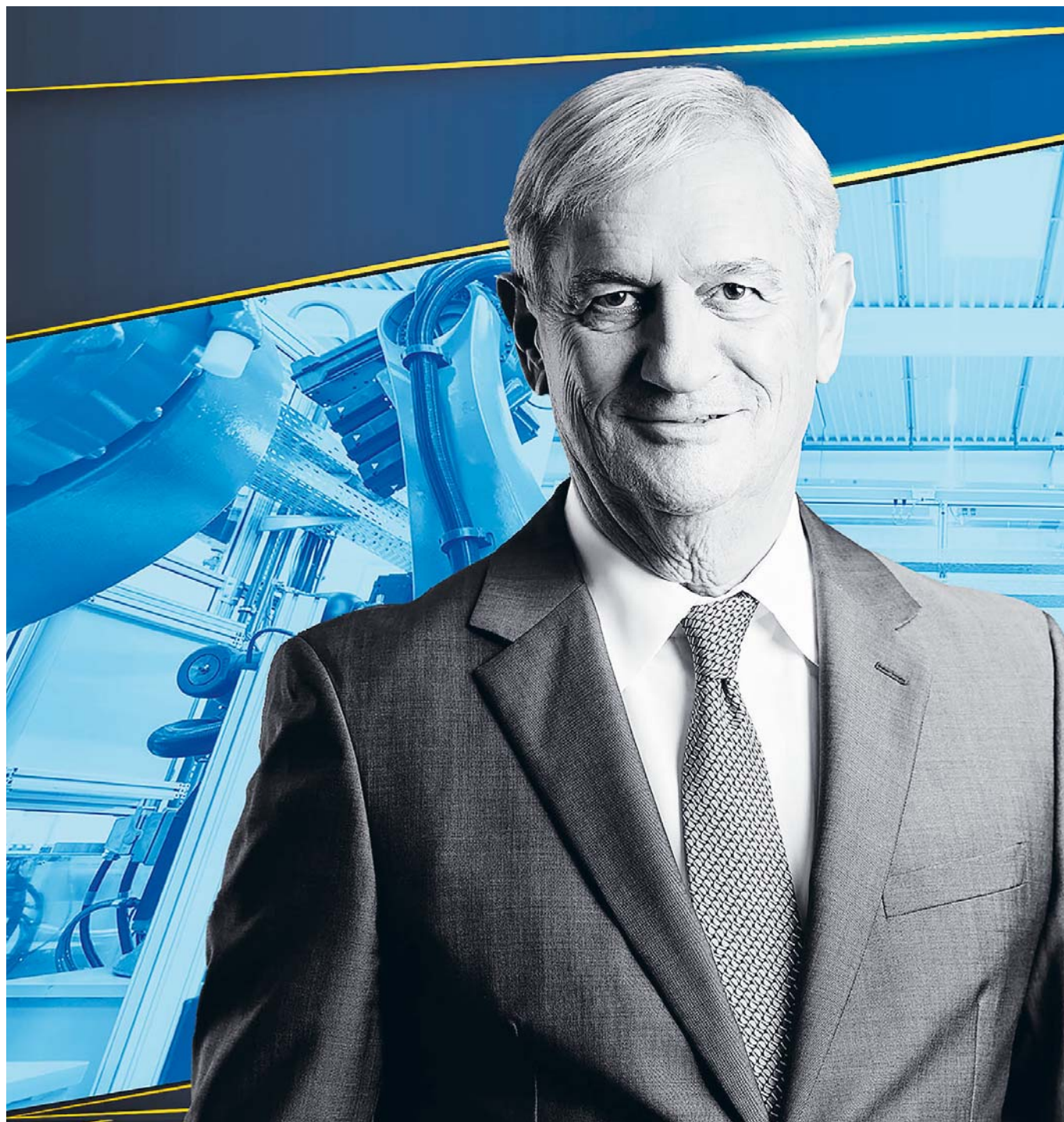
Dräxlmaier hat eine Tochter. Die 32-jährige Betriebswirtin bleibt in der Öffentlichkeit eher im Hintergrund und hat im Unternehmen keine direkte operative Funktion. Sie wahrt jedoch die Interessen und Unternehmenswerte der Eigentümerfamilie und sichert insoweit die Kontinuität des Familienunternehmens für die Zukunft.

Fürs Tagesgeschäft hat Fritz Dräxlmaier inzwischen die beiden CEOs Jan Reblin und Stefan Brandl engagiert. Letzterer ist zudem Vice-Chairman. Dräxlmaier selbst ist seit 2019 Chairman of the Board. „Er bestimmt als Eigentümer – natürlich nach Absprache mit seinen CEOs – maßgeblich die Unternehmensstrategie“, sagt ein hochstehender Manager im Unternehmen.

Wie die Niederbayern vorgehen, zeigt das Produktportfolio von exklusiver Innenausstattung über komplexe Bordnetzsysteme, zentrale Elektrik- und Elektronikkomponenten bis hin zu Speichersystemen für die Elektromobilität. Es war kein Geringerer als Dräxlmaier selbst, der für Porsches ersten reinen Elektroportwagen Taycan die 800-Volt-Anlage in der Bodenplatte flach verbaute. Damals vor fünf Jahren war das absolutes Neuland – das erste Großserienfahrzeug mit einer doppelt so hohen Spannung wie die üblichen 400 Volt mit einer Schnellladetechnologie auszurüsten.

Um die Breite der Produktpalette zu verstehen, hilft ein Blick in die Historie. Die Geschichte der Unternehmerfamilie Dräxlmaier beginnt deutlich vor der Gründung des Automobilzulieferers. Der Großvater des späteren Firmengründers Fritz Dräxlmaier sen., Michael Dräxlmaier, eröffnete 1875 am Ufer der kleinen Vils in Geisenhausen seine eigene Leder- und Schuhfabrik. Auch die nächste Generation blieb dem Gewerk treu. Es wurden Schuhe und Lederhosen, später Skischuhe, Helme und Motorradkleidung gefertigt.

Fritz Dräxlmaier sen. leistete gerade seinen Wehrdienst, als der Zweite Weltkrieg begann. „Mein Vater musste den gesamten Krieg mitmachen“, berichtet Fritz Dräxlmaier jun., der 1952



Hall of Fame
— Dräxlmaier —

Exklusiv-Zulieferer für Goggomobil bis Maserati

Das niederbayerische Familienunternehmen Dräxlmaier ist außerhalb der Autoindustrie wenig bekannt. Der Produzent von Bordnetzsystemen, Elektrikkomponenten und Luxusinterieur zählt aber mit 74.000 Beschäftigten zu den Top Ten seiner Branche.



Fritz Dräxlmaier: Verlässlich hohe Qualität ist sein Markenzeichen.

geboren wurde. Sein Vater war Kaufmann, eher am Kunden orientiert und interessiert als an der Produktion in der Gerberei.

In den Wirren der Nachkriegszeit entstanden neue Konstellationen in der Wirtschaft. Nach und nach entwickelte sich die Nachfrage nach individueller Mobilität jenseits der Zweiräder. Der Dingtolfinger Landmaschinenhersteller Hans Glas, der die Dräxlmaiers kannte, baute ab 1955 einen Kleinstwagen. Für sein legendäres „Goggomobil“ brauchte er Lieferanten.

Kaufmann Fritz Dräxlmaier sen. sah die Chance für ein Unternehmen in einem neuen Wirtschaftszweig. So gründete er 1958 gemeinsam mit seiner Frau Lisa ein neues Unternehmen. Er nutzte mit kaufmännischem Geschick die Aufbruchstimmung der Nachkriegsjahre und etablierte sich mit dem ersten Auftrag für das Goggomobil. Seine Frau packte mit an in der Qualitätssicherung und der Produktion.

In der Folgezeit wurden 50.000 Kabelsätze für das bis 1969 gebaute Goggomobil – das Kultauto mit dem Spitznamen „Teufelsding aus Dingtolfing“ – gefertigt. Und auch die Türverkleidung lieferte Dräxlmaier aus einer extra aufgebauten zweiten Fertigung. Erste Anlagen für Hochfrequenzschweißen und Vakuumverformung kamen hinzu. Auch wenn das zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, wurde damit der Grundstein für die heute weltweit präsente Dräxlmaier-Group gelegt.

Fritz Dräxlmaier jun. war bei Firmengründung gerade einmal sechs Jahre alt. Sein Vater nahm ihn sehr früh, schon als Teenager, mit zu Kunden. Der Junior wäre zwar gerne auch auf die Kunstakademie gegangen, studierte aber dann doch Betriebswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Noch während des Studiums

arbeitete er im Unternehmen mit. Klingt, als wäre sein Weg vorbestimmt gewesen. Eine Auswärtsstation bei einem anderen Unternehmen machte er nicht. „Nicht ganz freiwillig“ sei er ins väterliche Unternehmen eingetreten, erinnert sich Dräxlmaier. Er hat eine zehn Jahre ältere Schwester, doch wie damals üblich übernahm der männliche Abkomme die Firmennachfolge.

”

Entscheidend ist, dass unsere Kunden uns kennen und wissen, dass wir verlässlich hohe Qualität produzieren, flexibel sind und ihnen innovative Lösungen liefern.

Fritz Dräxlmaier
Chairman

Als BMW von Hans Glas die Goggomobil-Werke übernahm und dort die Fertigung seiner Fahrzeuge hochzog, gewann auch Dräxlmaier BMW als Kunden. Lederkaschierte Innenraumkomponenten mit damals innovativer Schäumtechnologie für Fahrzeuge, wie später etwa den BMW Z1, zählen zu den Domänen der Gruppe. Auch Mercedes setzte auf die ersten Lederwählhebel aus Niederbayern.

Bereits 1974 baute Dräxlmaier seine erste Auslandsfertigung in Tunesien auf. Inzwischen gibt es dort fünf Werke mit circa 10.000 Beschäftigten. Zudem wird in der tunesischen Hafenstadt Sousse aktuell ein neues Forschungs- und IT-

Zentrum für 1.000 Entwickler und Softwarefachleute etabliert.

Ende der 80er-Jahre übernimmt Fritz Dräxlmaier die Geschäfte von seinem Vater. 1990 gelang ein Verkaufsschlag: Als erster Automobilzulieferer weltweit entwickeln die Niederbayern den kundenspezifischen Kabelbaum mit sequenzgenauer Anlieferung ans Band. Dabei ist jedes Bordnetz anders und setzt eigene Maßstäbe, denn bei bis zu 2200 Einzelleitungen ergeben sich 1031 verschiedene Kombinationsvarianten. Ein Meisterwerk der Komplexität, das Dräxlmaier wie kein Zweiter bis ins Detail beherrscht und passgenau auszugestalten versteht. Es werden nur die Kabel eingebaut, die für die entsprechende Fahrzeugausführung gebraucht werden. Blindkabel gehören von nun an der Vergangenheit an. Das spart Ressourcen und Kosten. Die Erfolgsgeschichte des Unternehmens geht weiter: Aufträge folgen zeitgleich von BMW, Mercedes und Volkswagen.

1995 stirbt Fritz Dräxlmaier, seine Frau Lisa 2018. „Ich blicke mit Stolz und Dankbarkeit auf das Lebenswerk meiner Eltern zurück – den außergewöhnlichen Mut und Pioniergeist, ihren ganz besonderen Charakter“, sagt Fritz Dräxlmaier jun.

Ob der weltweit erste Türträger aus nachwachsenden Rohstoffen beim Audi A2 oder Türverkleidungen aus sichtbarer Naturfaser wie im BMW i3: Beim Thema Nachhaltigkeit setzte Dräxlmaier früher als andere Akzente. Schon lange bevor Elektromobilität auf der öffentlichen Agenda stand, investierte der Familienunternehmer in ein Start-up, das sich mit dem Gesamtsystem für E-Mobilität beschäftigt.

Das Führungsideal des ehrbaren Kaufmanns hat Dräxlmaier von seinem Vater übernommen und ausgebaut: „Mein Anspruch und der an die Führungskräfte unseres Unternehmens weltweit ist eine Führungskultur, die auf Fairness und Zusammenarbeit mit unseren Partnern, unseren Mitarbeitern und der Gesellschaft aufbaut.“ Dies schaffe Verlässlichkeit und Vertrauen in den Beziehungen und sei das Fundament, um langfristig erfolgreich zu sein.

Vollintegrierte Werke mit eigenen Entwicklungsabteilungen

Am liebsten zieht sich das Familienunternehmen seine Mitarbeitenden selbst heran. „Wir nutzen duale Ausbildungssysteme. Das funktioniert auch im Ausland“, bestätigt Dräxlmaier. Dort beschäftigt der Niederbayer rund 90 Prozent seiner Mitarbeitenden. Er ist tief überzeugt, dass die firmeninternen Standards positive Auswirkungen vor Ort haben und die Auszubildenden in den Werken in Tunesien, Rumänien oder Mexiko wertvolle Fähigkeiten über den Job hinaus erlernen.

Der Fachkräftemangel hierzulande ist für Dräxlmaier mit der dualen Ausbildung beherrschbar. Das Unternehmen ist schon immer mit seiner Produktion den Kunden gefolgt und der Verfügbarkeit von Fachkräften. „Wir haben nie nur verlängerte Werkbänke“, versichert der Familienunternehmer. Es handelt sich immer um vollintegrierte Werke mit Entwicklungsabteilungen. Das schaffe hohe Akzeptanz vor Ort.

Die Standorte werden mit Bedacht ausgewählt, auch unter dem Aspekt, dass das Wertesystem zum Unternehmen passt. Dräxlmaier habe sich in der Vergangenheit bewusst gegen Standorte in Russland entschieden. Auch die Ukraine sei dem Unternehmen zu riskant gewesen. Die Vorsicht zahlte sich 2022 nach dem russischen Angriff auf die Ukraine aus. Anders als Konkurrent Leoni war deshalb Dräxlmaiers Kabelbaum-Produktion von dem Konflikt nicht betroffen.

Zur Firmenkultur gehört auch, dass das Unternehmen praktisch keine Zukäufe tätigt und sich lieber organisch entwickelt. Auch in China ist das Unternehmen mit Produktionsstandorten vertreten. Dass dieses Geschäft aus geopolitischen Gründen verloren gehen könnte, glaubt der Unternehmer nicht. Dräxlmaier will da sein, wo seine Kunden ihn brauchen. China kann sein Wachstumsversprechen gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht einlösen, wenn die USA und Europa als Kunden verloren gehen. „Ich habe weniger Angst davor, dass es zu einem Taiwan-Konflikt kommt, als vor der US-Wahl“, konstatiert Dräxlmaier.

Chronik

1958 Fritz Dräxlmaier sen., Sprössling einer Gerber- und Lederdynastie, gründet gemeinsam mit seiner Frau Lisa den Automobilzulieferer. Erster Kunde für Kabelbaum und Türverkleidung ist der Hersteller des Kleinstwagens Goggomobil.

1974 Dräxlmaier, inzwischen Lieferant von BMW, baut die erste Auslandsfertigung in Tunesien auf.

Ende der 1980er-Jahre Fritz Dräxlmaier jun. übernimmt die Geschäfte von seinem Vater.

1990 Dräxlmaier entwickelt als erster Automobilzulieferer weltweit den kundenspezifischen Kabelbaum mit sequenzgenauer Anlieferung ans Band. Das ist der Durchbruch auch bei den neuen Kunden Mercedes und Volkswagen. Lederkaschierte Innenraumkomponenten mit damals innovativer Schäumtechnologie für Fahrzeuge gehören ebenfalls zu Dräxlmaiers Angeboten, mit denen die Firma Premium- und Luxushersteller als Kunden gewinnt.

2000er-Jahre Dräxlmaier expandiert weiter im Ausland und eröffnet neue Werke in China, Mexiko, Nicaragua und Moldau.

2009 Das Unternehmen investiert ins Batteriegeschäft und erhält den ersten Auftrag für verschiedene Hochvolt-Bordnetze von Mercedes-Benz.

2018 Die Batteriefertigung startet in Serie. Dräxlmaier baut für Porsches ersten reinen Elektrosporthwagen Taycan die 800-Volt-Anlage in der Bodenplatte. Seinerzeit war es Neuland, das erste Großserienfahrzeug mit einer doppelt so hohen Spannung wie den üblichen 400 Volt mit einer Schnellladetechnologie auszurüsten.

Hall of Fame
— Thomann —

Onlinehändler mit Visionen und Musik im Blut

Aus einem Musikalienhandel in der fränkischen Provinz machte Hans Thomann Europas größten Onlinehändler für Musikinstrumente. Für Start-ups kann seine Geschichte ein Lehrstück sein.



Florian Kolf Treppendorf

Mit gerade mal 13 Jahren kaufte Hans Thomann für das Musikgeschäft seiner Familie Fender-Gitarren im Wert von 20.000 D-Mark. Seine Mutter habe mit ihm geschimpft, dass das Leichtsinne sei, erinnert er sich. „Aber ich habe die Gitarren anschließend mit gutem Gewinn verkauft“, sagt er lachend. Immerhin hatte Thomann damals schon einige Jahre Berufserfahrung. Seit dem sechsten Lebensjahr hatte er dem Vater im Betrieb geholfen. Dieser ließ Geschäftspartner zuweilen warten, bis der Bub aus der Schule kam, bevor er einen Liefervertrag unterzeichnete.

„Mein Vater hat mich immer machen lassen, ich durfte schon mit zehn Jahren im Verkauf der Instrumente mitarbeiten“, erzählt der Unternehmer. Deshalb sei für ihn bereits als Kind klar gewesen: Das Unternehmen wolle er später einmal übernehmen.

Nun hatte er die gleichen Interessen und doch ganz andere Träume als sein Vater, dem sein Musikalienhandel im fränkischen Provinzort Treppendorf genügte. Thomann junior baute Europas größten Onlinehändler für Musikinstrumente auf, sogar mit einer Niederlassung in den USA. Er macht heute einen Umsatz von 1,4 Milliarden Euro und beschäftigt 1700 Menschen. Teil seines Erfolgsmodells ist aber, dass er bewusst an Traditionen festhält. Er macht immer wieder alles anders – aber bleibt zugleich den Grundwerten des Familienunternehmens treu.

Als der Vater Hans Thomann senior 1954 seinen Job als Wandermusiker aufgab, betrieb er den Musikhandel zunächst eher neben der Landwirtschaft. Doch nach und nach wurden immer mehr Wohnräume des Familienhauses zu Verkaufsräumen umfunktioniert, 1968 wurde dann das erste Geschäftshaus angebaut.

Der richtige Schub kam in den 1970er-Jahren, als das Geschäft mit Gitarren, Orgeln und Synthesizern den Verkauf von Blasinstrumenten ergänzte und rasch zum wichtigsten Umsatzbringer wurde. Daneben entdeckte Sohn Hans, der auch gerne als DJ in der Gegend auflegte, dass man mit Verstärkeranlagen und soundtechnischer Ausrüstung für Veranstaltungen gutes Geld verdienen konnte.

So, wie sein Vater als Blasmusiker angefangen hatte, liegt auch für Sohn Hans der Kern des Erfolgs in der Begeisterung für die Musik. Sein Geschäftsmodell präsentiert er nicht wie viele Start-

up-Gründer in Excel-Sheets und Power-Point, sondern fasst es in zwei Begriffen zusammen: „Was wir hier geschaffen haben, ist ein Ergebnis aus Leidenschaft und Fleiß.“ Und der absoluten Fixierung auf Qualität in jedem Detail.

Die meisten Mitarbeiter sind selbst Musiker, kennen also die Produkte aus der Praxis. Die Verkäufer bekommen bei Thomann keine Provision. „Sie sollen die Kunden fachlich nach bestem Wissen beraten und nicht nach kommerziellen Interessen“, betont ihr Chef.

Hans Thomann hat wie sein Vater auf der Trompete begonnen, ist aber rasch aufs Tenorhorn umgeschwenkt. Er hat auch Schlagzeugunterricht genommen. In der Pandemie hat er begonnen, Gitarre zu spielen, aber zu wenig geübt, wie er einräumt.

Expertise in Instrumentenbau und Feingeräteelektronik

Seine Berufsausbildung startete er ganz klassisch als Blechblasinstrumentenbauer. Weil ihm aber klar war, welche Bedeutung Synthesizer und Verstärkeranlagen fürs Geschäft bekamen, setzte er noch eine Ausbildung als Feingeräteelektroniker drauf. Die betriebswirtschaftlichen Kenntnisse zur Leitung eines Konzerns eignete er sich in der Praxis an.

Als er 28 war, übergab ihm der Vater die Leitung des Unternehmens – und damit die Freiheit, vieles anders zu machen. Hans Thomann nutzte es mit Begeisterung aus. Aus den USA schaute er sich die sogenannten „Hot Deals“ ab. Er verschickte Anfang der 1990er-Jahre Flyer mit verbindlichen Kampfpreisen für viele beliebte Artikel an rund 10.000 Kunden, die ersten Bilder dafür hatte er aus den Herstellerprospekten ausgeschnitten. Für die Branche war das ein Schock: Damals war es noch üblich, dass fast jeder Preis im Laden individuell vereinbart wurde.

Der nächste große Schritt war dann nur konsequent. Thomann war 1996 der erste Instrumentenhändler in Deutschland, der eine Website einrichtete. Der Start war mühsam: E-Mails wurden anfangs ausgedruckt, in die Abteilungen gebracht und per Post beantwortet, heißt es in einer Firmenchronik.

„Als echter Onlinepionier hat Hans Thomann zu einem Zeitpunkt Märkte erschlossen, als andere das Internet noch als vorübergehende Randerscheinung abgetan haben“, sagt Kai Hudetz, Geschäftsführer des Handelsforschungsinstituts

„Wir wollen so viel wie möglich in der Wertschöpfungskette selbst machen, damit wir die Qualität unter Kontrolle haben.“

Hans Thomann
Geschäftsführer



IFH. Das IFH hat Thomann mehrfach als Onlinehändler des Jahres ausgezeichnet.

Heute macht der Musikhändler den allergrößten Teil des Umsatzes im E-Commerce, 65 Prozent des Umsatzes entfallen auf den Export, der Laden in Treppendorf macht allerdings auch noch einen zweistelligen Millionenumsatz.

Für den E-Commerce-Experten Alex Graf ist dieser Erfolg kein Zufall. In einer von Amazon dominierten E-Commerce-Welt gibt es für ihn drei wichtige Kriterien: Du musst als Spezialist die Produkte besser verstehen, du musst Services anbieten, die Amazon nicht bieten kann, und du musst Produkte handeln, die so auf Amazon nicht verfügbar sind.

„Thomann hat es in seiner Nische geschafft, alle drei Strategien umzusetzen, und ist damit uneinholbar vor Amazon gelandet“, sagt der Geschäftsführer des E-Commerce-Softwareanbieters Spryker. Thomann sei das beste Beispiel für erfolgreichen E-Commerce in einer Amazon-Welt. „Dafür verdient das Unternehmen größten Respekt“, sagt Graf.

Thomann hat mit großem Aufwand das, was ihn im Laden erfolgreich gemacht hat, in den Onlinehandel übertragen. So arbeiten allein 70 Mitarbeiter in der Qualitätskontrolle, jedes Instrument wird geprüft und angespielt, bevor es in den Versand geht. 18 Meister betreiben die Werkstätten, in denen die Kunden ihre Instrumente reparieren lassen können.

Mit ausführlichen Beschreibungen und Videos transportiert Thomann auch die Beratungskompetenz in den E-Commerce, über Social Media ist eine interaktive Community zwischen Mitarbeitern und Kunden entstanden. Das Unternehmen hat sogar ein Gerät entwickelt, das Schlagzeugbecken automatisiert anspielt, um den Kunden die Möglichkeit zu geben, den Sound auch online zu vergleichen. „In den Anfängen des Onlinehandels konnte man noch mehr auspro-



Hans Thomann: Der Unternehmer verkauft nicht nur Musikinstrumente, er kann viele auch selber spielen.

bieren, da wurden Fehler eher verziehen“, erinnert sich Thomann.

Wenn man heute im E-Commerce erfolgreich sein wolle, müsse alles perfekt sein, man müsse auf jedes Detail achten. „Warum soll der Kunde ungerechnet zu dir kommen, wenn du nicht in jedem Bereich besser bist als die Konkurrenz?“, fragt der Unternehmer.

Outsourcing ist deshalb für Thomann kein Thema. „Wir wollen so viel wie möglich in der Wertschöpfungskette selbst machen, damit wir die Qualität unter Kontrolle haben“, betont er. In der Zentrale in Treppendorf betreibt er selbst die Callcenter eigenständig – sogar mit muttersprachlichen Mitarbeitern aus Frankreich oder Spanien.

Harter Wettbewerb und Kartellverfahren

Wie hart der Wettbewerb durch Onlineplattformen wie Amazon und Temu auch im Musikhandel geworden ist, zeigte vor gut drei Jahren ein Kartellverfahren. Hersteller wie Yamaha, Roland und Fender hatten sich mit Händlern wie Music Store und Thomann über Mindestpreise abgesprochen, um den Preisverfall zu bremsen. Das Bundeskartellamt verhängte Bußgelder von insgesamt 21 Millionen Euro.

Für Hans Thomann war das zugleich ein harter Einschnitt in seiner Erfolgsgeschichte. „Aus dem Kartellverfahren haben wir viel gelernt“, sagt er. „Wir haben Fehler gemacht, die wir heute nicht mehr machen würden“, räumt er ein, betont aber auch: „Das hatte reinigende Wirkung, nicht nur für uns, sondern für die gesamte Branche.“

Besonders wichtig ist für Thomann, dass trotz des Wachstums der familiäre Charakter des Unternehmens erhalten bleibt. Beim Rundgang durch das Lager, die Werkstätten und den Verkauf begrüßt er viele Mitarbeiter mit Namen, fragt nach Familienangehörigen oder der anste-

Chronik

1954 Hans Thomann sen. gibt seinen Beruf als Wandermusiker auf und macht sich mit einem Musikalienhandel selbstständig.

1968 Das erste Geschäftsgebäude ergänzt als Anbau den Verkauf aus dem Elternhaus.

1990 Hans Thomann jun. übernimmt im Alter von 28 Jahren von seinem Vater die Geschäftsführung.

1992 Thomann führt die sogenannten Hot Deals ein. Die an 10.000 Kunden verschickten Flyer mit verbindlichen Kampfpreisen sind ein Novum in der Branche.

1996 Als erster deutscher Musikhändler startet Thomann eine eigene Website für den Onlinehandel.

1997 Thomann übernimmt Roadstar, den damals größten Versender für Musikinstrumente in Deutschland, und verdoppelt seine Kundenzahl auf 100.000.

1999 Das erste Callcenter wird am Firmensitz in Treppendorf eingerichtet. Heute verkaufen und beraten dort mehr als 300 Mitarbeiter in 19 Sprachen.

2004 Hans Thomann senior stirbt im Alter von 84 Jahren.

2011 Beim europäischen Wettbewerb „E-Commerce Summit“ in Barcelona wird Thomann zum besten Onlineshop Europas gewählt. Viele weitere Auszeichnungen folgen.

2018 Das neue Logistikcenter erweitert die Lager- und Versandfläche um 40.000 Quadratmeter. Heute verlassen rund 30.000 Pakete pro Tag das Firmengelände.

2020 Das Unternehmen überspringt erstmals die Umsatzmilliarde. Im Geschäftsjahr 2023 hat es mit 1700 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 1,4 Milliarden Euro erzielt.

henden Meisterprüfung. Jeden Monat nimmt er sich einen Tag Zeit, um neue Mitarbeiter kennenzulernen. Für die Belegschaft hat er Begegnungsflächen eingerichtet, mit Partyraum, Billardtischen und Meditationszelten. „Jede Abteilung hat bei uns eine eigene Seele“, beobachtet der Unternehmer.

Schweren Herzens hat er jetzt das Elternhaus abgerissen. Dort entstehen aber keine weiteren E-Commerce-Lager, sondern er erweitert den stationären Verkauf. 35 Millionen Euro investiert er in die Modernisierung der Verkaufsräume, weil immer noch viele Kunden aus aller Welt anreisen, um die Instrumente auszuprobieren.

Jedes Instrument aus dem Lager ist auf Wunsch innerhalb von 15 Minuten im Laden, damit hat Thomann eine Auswahl wie kaum ein anderes Geschäft. „Thomann ruht sich nicht auf seinem Erfolg aus, sondern entwickelt das Kundenerlebnis immer weiter“, sagt Handelsexperte Hudetz.

Alle seine Geschwister arbeiten im Unternehmen, auch einige Nichten und Neffen. Hans Thomann hat keine Kinder, trotzdem ist seine Nachfolge geregelt: Sein Neffe Markus, der heute schon im Führungskreis ist, soll irgendwann übernehmen.

„Ich hätte das Unternehmen für viel Geld an Investoren verkaufen können, aber wir bleiben ein Familienunternehmen“, erklärt er. „Am Schluss muss ich nur mir selbst Rechenschaft ablegen.“ Diese Unabhängigkeit des Unternehmens werde er mit einer Doppelstiftung auch für die Zukunft absichern.

Viele Jahre meinte Hans Thomann, alles allein entscheiden zu müssen. Doch mittlerweile hat er sich ein Topmanagement aufgebaut, Verantwortung delegiert. „Ich habe gelernt loszulassen“, sagt er. „Und es wird mir auch nicht schwerfallen, die Leitung des Unternehmens irgendwann an meinen Neffen Markus weiterzugeben.“

Studie

Steuerprofis pflegen den Teamgeist

Obwohl auch Steuerberater schon KI einsetzen, gilt der Beruf beim Nachwuchs als eintönig. Hohe Gehälter und eine ausgeprägte Kultur sollen das ändern. Eine Rangliste zeigt die attraktivsten Arbeitgeber.

Andreas Schulte Köln

Weihnachtsgeld, Inflationausgleich, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen sowie erfolgsabhängige Prämien – die überregional tätige Baatz Steuerberatung in Monschau bei Aachen bietet ihren Mitarbeitern gleich ein ganzes Bündel von finanziellen Anreizen. Gemeinsam mit ihrem Mann beschäftigt Isabel Baatz zwei Angestellte und eine freie Mitarbeiterin. „Aber Geld und materielle Gimmicks sind dennoch nicht entscheidend, um die Loyalität der Mitarbeiter zu erhöhen“, sagt sie.

Personal Trainer steht bereit

Stattdessen rückt der Teamgedanke in den Vordergrund. „Wir sind ein kleines Unternehmen. Bei uns vermischen sich Berufliches und Privates zwangsläufig.“ Regelmäßig stehen gemeinsame Ausflüge auf dem Programm, man geht Schlittschuhlaufen oder besucht das Oktoberfest. Auch ein Personal Trainer hält sich für das Kanzleiteam bereit, um die körperliche Fitness zu stärken. „Wir sind darauf angewiesen, dass unser Team hochmotiviert ist, denn die Arbeitsbelastung ist hoch“, sagt Baatz. Überstunden sollten dennoch vermieden werden. Wenn sie aber anfallen, werden sie laut Baatz im Team abgearbeitet.

Die konsequente Ausrichtung auf die Mitarbeiterzufriedenheit hat der Baatz Steuerberatung eine Auszeichnung eingebracht. In einer Studie zu den Arbeitsbedingungen bei Steuerberatern in Deutschland hat keine Kanzlei besser abgeschnitten als Baatz. 1200 Unternehmen beteiligten sich an der Erhebung des Sozialwissenschaftlichen Instituts Schad (SWI) in Hamburg, 155 von ihnen wurden ausgezeichnet.

91

Prozent

der Steuerberater sehen in KI einen wichtigen Baustein für den künftigen Geschäftserfolg.

Quelle: SWI

Die Studie zeigt, dass viele Steuerberatungen den Einsatz beim Werben um Arbeitskräfte verstärken. „Kanzleien haben erkannt, dass sie ihre Arbeitgeberattraktivität noch weiter steigern müssen, wenn sie Mitarbeiter an sich binden und Fachkräfte anlocken wollen“, sagt SWI-Studienleiter Johannes Higle. Der Grund dafür ist ein Trend, der sich bereits seit einigen Jahren abzeichnet. Die Branche leidet unter einem massiven Fachkräftemangel. „Die Boomer gehen allmählich in Rente, und von unten kommen nicht im gleichen Maße junge Kräfte nach“, sagt Higle. Laut Bundesteuerberaterkammer sind fast 20 Prozent der Steuerberater 60 Jahre oder älter. „Die wenigen nachrückenden Jungen stellen an Ar-

Vorreiter: Trotz hoher Arbeitslast setzen erste Steuerkanzleien auf die Viertagewoche.



IMAGO/Zoonar II

beitsplätze neue Ansprüche wie zum Beispiel ein Recht auf Homeoffice“, erläutert Higle. Viele Vergünstigungen gleichen denen in mittelständischen Unternehmen, weiß Higle aus der Befragung – von Angeboten für Massagen, Physio-Anwendungen oder Rückenschulen bis hin zu Zuschüssen zur Kinderbetreuung.

Zusätzliche Urlaubstage

Viele Kanzleien wählen bei der Akquise und Bindung von Personal kreative Wege, beobachtet Higle. So bietet ein Steuerberater, der sich an der Studie beteiligt hat, seinen Angestellten ein Wohnmobil zur Nutzung. Eine andere Sozietät bietet langjährigen Beschäftigten zusätzliche Urlaubstage. Und eine große Kanzlei passt das Gehalt von Angestellten automatisch alle zwei Jahre an. Mehrere Kanzleien setzen aller Belastung zum Trotz auf die Viertagewoche. „Dies zeigt, wie sehr Kanzleien den Wert der Arbeitgeberattraktivität bereits erkannt haben. Solche Maßnahmen sehen wir immer häufiger.“

Dennoch werde sich „der Fachkräftemangel auch zukünftig eher verschärfen“, sagt Higle. Im vergangenen Jahr ging die Zahl der Auszubildenden um ein Prozent auf 17.200 zurück. Obwohl die Branche die durch Coronakrise und Grundsteuerreform verursachte Mehrarbeit inzwischen bewältigt hat, droht vielerorts dennoch eine Überlastung des Personals.

Der Nachwuchsmangel geht mit einem Imageproblem einher – das

zeigt eine Studie der Haufe Akademie aus dem August des vergangenen Jahres. 40 Prozent der jungen Menschen, die Steuerberatung nicht als möglichen Arbeitsbereich in Betracht ziehen, begründen ihre Entscheidung damit, dass sie die Tätigkeiten als eintönig einschätzen.

Die Kanzleien wollen mit Weiterbildung des bestehenden Personals für eine höhere Qualifikation sorgen. Laut SWI-Umfrage sind hier bereits 45 Prozent der Unternehmen tätig. Besonders ausgeprägt ist dies bei großen Kanzleien mit mehr als 100 Beschäftigten – 63 Prozent von ihnen setzen auf interne Schulungen. Bei Kanzleien mit bis zu zehn Beschäftigten sind es 38 Prozent. „In großen Kanzleien lässt sich die Weiterbildung durch beste-

hende Strukturen leichter organisieren“, sagt Higle. Offensichtlich sind die Kanzleien mit ihren Weiterbildungsmaßnahmen zufrieden. 67 Prozent der größeren Unternehmen haben sich in den nächsten Jahren eine Ausweitung ihres Budgets für Fortbildungen vorgenommen, bei den kleinen Kanzleien sind es 55 Prozent.

KI stärkt das Geschäft

Die Untersuchung fragte auch ab, wie sich Kanzleien für die Zukunft wappnen. Ein wichtiges Thema dabei: Künstliche Intelligenz (KI). 91 Prozent sehen darin einen wichtigen Baustein für den künftigen Geschäftserfolg. „Steuerberater sind bei der Digitalisierung teilweise weiter als andere Branchen in Deutschland“, sagt Higle. Das Spektrum sei jedoch innerhalb der Steuerberatungsbranche sehr breit. „Manche benutzen bereits jetzt gar kein Papier mehr“, sagt Higle. „Eine Kanzlei berichtete, ihr Büro arbeite zu 100 Prozent digital – mit Mandantencloud und Unterlagenaustausch. Nur das Finanzamt nutze leider noch die Post.“

Zunehmend hält KI Einzug in den Kanzleialltag. Deutlich mehr als die Hälfte der Kanzleien hat Künstliche Intelligenz bereits angewendet oder zumindest damit experimentiert. 22 Prozent nutzen KI-Anwendungen regelmäßig – beispielsweise, um Texte für Webseiten zu schreiben oder Gerichtsurteile zusammenzufassen. Nur 15 Prozent dagegen verschmähen Künstliche Intelligenz komplett.



Methodik

Die Studie Das Hamburger Analyseinstitut SWI Finance hat für das Handelsblatt Deutschlands attraktivste Arbeitsplätze für Steuerberater im Jahr 2024 ermittelt. Mehr als 30.000 Sozietäten und Kanzleien erhielten eine Einladung, an der Onlineumfrage teilzunehmen. 1200 Steuerberater beteiligten sich.

Die Fragen Rund 30 Themen wurden von den Fragen abgedeckt – von Leistungen und Benefits bis zur Work-Life-Balance. Etwa: „Welche flexiblen

Arbeitsmodelle bietet die Kanzlei den Mitarbeitenden an?“ Oder: „Unterstützt die Kanzlei die Mitarbeitenden im Remote Work bei der technischen Ausstattung?“ Oder: „Werden Maßnahmen zum Thema chancengleiche Karriereförderung umgesetzt?“

Das Ergebnis Die Antworten wurden in ein Punktesystem übertragen. Ausgezeichnet wurden Steuerberater, die mehr als 70 Prozent der möglichen Punkte erreichten. Dies gelang 155 Kanzleien.

Ausgezeichnete Arbeitgeber

Die Steuerberater mit den besten Arbeitsbedingungen in Deutschland in vier Größenklassen

1 bis 10 Beschäftigte

Punkte

Baatz	Monschau	96,6
Renner	Ludwigshafen	93,0
Heiko Brand	Heidenheim	92,8
Taxsolut	Mainz	91,2
HSP Steuer Zehrt & Partner	Hamburg	89,8
HB Plus	Dinkelscherben	89,6
HSP Steuer Pracht	Lich	88,7
Sönke Hölter	Hamburg	87,1
KM Strategie	Füssen	83,7
Kortmüller	Emsdetten	82,9
Norman Wölk	Norderstedt	82,4
Leonhardt	Dreieich	81,5
Torsten Geisler	Grevenbroich	79,9
ETL Ertle Treuhand & Kollegen	Gerlingen	79,0
Mario Marques	Heinsberg	78,0
Poppitz und Griesel	Kassel	77,6
T Hoch Drei	Ditzingen	77,1
Rifa-Treuhand	München	77,1
Scholtyszik Jacob Kulaly	Bad Homburg v.d.H.	77,1
Zingelmann	Hamburg	76,0
PSK	Magdeburg	75,9
Johannes Schmidt	Schmallenberg	75,5
Scheungraber	Ergoldsbach	74,8
Thomas Schulz	Landau in der Pfalz	74,2
Wetzel + Partner	Mehrstetten	73,8
Treuhandgesellschaft Hönig	Hamburg	73,6
Radinger	München	73,2
KSW Legal	München	72,8
Naumann	Dresden	72,7
Schübl	Kissing	72,6
Florian Niebuhr	Meinersen	72,6
Freiberger & Kollegen	Berlin	72,6
Rizzo & Associates	Hofheim am Taunus	72,4
Klaus Vossler	Stuttgart	72,2
In Stereo	Berlin	72,1
Hannemann	Werder (Havel)	71,9

11 bis 50 Beschäftigte

Punkte

MGP Merla Ganschow & Partner	Berlin	94,9
Andreas Schollmeier	Moers	94,5
Welzer & Partner	Villingen-Schwenningen	94,4

Fortsetzung

11 bis 50 Beschäftigte

Punkte

HSP Steuer Sauer + Windhorst + Düvel	Bremen	92,3
Grigat	Krefeld	91,7
Berger	Dresden	90,4
Edelmann & Partner	Frankfurt am Main	90,4
Kanzlei Maier - Dr. Maier & Kotschner	Stuttgart	89,7
Capellmann & Partner	Herzogenrath	89,4
Aplus Steuerberater Lyssoudis & Kugler	München	88,9
Servos Winter & Partner	Bergisch Gladbach	88,6
RP Reuter	St. Leon-Rot	87,0
Parbs Osterloh	Bordesholm	86,7
Heid, Kimm & Kollegen	Kassel	86,5
Zimmerer	Mengen	84,4
Steuerberater Garrn & Nett	Mülheim-Kärlich	84,2
TLI Steuerberatung Dobner	München	84,1
Saidi & Schmidt	Berlin	83,9
Avericon	Dresden	83,8
Eichhorn Ody Morgner	Chemnitz	83,5
Bergander & Partner	Dingolfing	83,4
Maier	Hülben	83,3
Ludwig - Landwirtschaftliche Buchstelle	Ilshofen	82,8
Dittrich-Pfaff	Ettenheim	82,7
Falck Mohrmann & Partner	Herne	82,5
ETL Freund & Partner	Fürstenwalde	82,2
Bhatti.pro	Kiel	82,1
Rewist - Lemke & Scheffold	Laupheim	81,7
TKP Tutas, Kruse	Cuxhaven	81,3
Grüter, Hamich & Partner	Duisburg	81,2
VES Voigt & Erdbrügger	Bünde	80,9
ETL HOS	Weida	80,6
Aust Partner	Berlin	80,6
Juhn Partner	Bonn	80,6
Pieper & Partner	Ratingen	80,5
Clostermann Wiediger Teckentrup Pietsch	Ratingen	80,2
Klöker & Partner	Osnabrück	80,1
Plininger & Partner	Mühdorf	80,0
Bäuerle	Stuttgart	80,0
Thomas Langer	Berlin	79,5
Dr. Heudorfer und Partner	München	79,1
Wilschewsky	Leipzig	79,0
Höftmann & Partner	Hamburg	78,9
Kanzlei Buser	Karlsbad	78,8

Fortsetzung

11 bis 50 Beschäftigte

Punkte

Bürkle & Partner	Esslingen	78,8
LTC	Mannheim	77,9
Sieger	Wehingen	77,8
SBS Süddt. Steuerberatung	München	77,7
Scanlan und Partner	München	77,6
JSK	Ludwigsburg	77,4
Riedlinger	Freiburg	77,2
Hilger, Neumann & Partner	Andernach	77,2
Berata	Lübbenau	76,9
Willms & Frevel	Lebach	76,9
Bader & Kollegen	Augsburg	76,7
Dr. Beermann	Münster	76,4
Dirk Potrafke	Erkelenz	76,4
Dostal & Rettig	Heidelberg	76,2
Simon & Partner	Offenbach	76,2
Prof. Jacobsen	Berlin	76,2
Behn	Hannover	76,1
Thielen	Goch	75,9
Mönnighoff & Partner	Düsseldorf	75,9
Kruse & Partner	Stuttgart	75,0
Steuerteam Landsberg-München	Landsberg am Lech	74,8
NED Tax Deutschland	Kleve	74,8
Kanzlei Stölzel	Dresden	74,8
Syré	Bad Kreuznach	74,6
Alexander Baé	Berlin	74,5
Bergers Partner	Düsseldorf	73,8
Katz	Isernhagen	73,8
Sabine Wappler	Dresden	73,5
TW Todesco Walter	Ratingen	73,5
HSP Herberg & Partner	Dortmund	73,3
SFK Schleicher Stock Herzinger Kamml	Prien am Chiemsee	73,2
HSP Nolden & Bougé	Köln	73,1
Herres & Lorth	Föhren	73,0
Wengert	Singen	73,0
SDBS	Freiburg	72,9
Kochendörfer	Möckmühl	72,9
Steuerberaten.de	Halle (Saale)	72,7
Thesing & Kollegen	Bremen	72,5
Eick & Partner	Bielefeld	72,4
Göbel & Partner	Erfurt	72,3
von Aulock Partnerschaft	Hessisch Oldendorf	72,2

Fortsetzung

11 bis 50 Beschäftigte

Punkte

PGW Peters Götz Welge	Bielefeld	72,0
Korte & Partner	Recklinghausen	72,0
Wewers	Osnabrück	70,6
TA Pothorn & Partner	München	70,5
M&P	Brandenburg an der Havel	70,5
Patrick Kriegel	Offenburg	70,4
Hemsing & Partner	Rheine	70,1
Klaus Eisenheimer	Stuttgart	70,0

51 bis 100 Beschäftigte

Punkte

GKRW Drögemüller Kammandel Worm	Frankfurt	93,9
Wilde & Partner	Bergisch Gladbach	93,7
Beratergruppe Leistungen	Karlsruhe	86,8
Nacken Hillebrand Partner	Köln	84,8
Audax	Arnsberg	84,1
Taxnavigator	Herzebrock-Clarholz	83,7
OTH Ortenauer Treuhand	Kehl	81,3
LKC	Grünwald	80,7
LFK Partner Bußhardt Huber	Villingen-Schwenningen	79,8
MTG Treuhand	Hettstedt	77,7
Acconsis	München	74,4
Dr. Knabe	Potsdam	74,3
KPP	Kleve	72,6
Blömer & Kollegen	Lohne	70,4
900 Grad	Kiel	70,0

Über 100 Beschäftigte

Punkte

GKK Partners	München	86,4
KBHT	Neuss	84,3
DHMP Next	Karlsruhe	82,6
Kelm, Mattern, Steffen & Partner	Stuttgart	82,4
Wotax	Aachen	81,5
Rinke Treuhand	Wuppertal	77,1
Falk	Heidelberg	76,9
Lehnen & Partner	Prüm	74,2
RGT Group	Frankfurt am Main	71,9
HWS Holding	Stuttgart	70,0
RTS	Stuttgart	70,0

Ausgezeichnet werden 155 von rund 1.200 Kanzleien, die mindestens 70,0 Punkte erreicht haben. Die Auswertung umfasst die fünf Bereiche: „Digitalisierung“, „Leistungen und Benefits“, „Work-Life-Balance“, „New Work“ sowie „Entwicklung und Karriere“.

Michael Maisch Frankfurt

Das Jahr 2023 ist, um es vorsichtig auszu-drücken, ernüchternd für die Investmentbanker an der Wall Street, der Londoner City und im Frankfurter Finanzviertel gewesen. Die Folge: Deutlich niedrigere Boni und Entlassungen auf breiter Front. Im neuen Jahr soll alles nun besser werden – aber die Risiken bleiben.

Deutlich zu erkennen, ist das an den Zahlen, die eine eindeutige Sprache sprechen. So ist das Geschäft mit Fusionen und Übernahmen im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2022 um rund 15 Prozent eingebrochen. Bei den Börsengängen fiel die Bilanz mit einem Minus von rund 30 Prozent noch schlechter aus. Aus diesem Grund sackten die Gebühreneinnahmen im Investmentbanking 2023 weltweit im Vergleich zum ohnehin schwachen Vorjahr um gut sieben Prozent auf 106 Milliarden Dollar ab. Noch im Jahr 2021 hatten sich dagegen die Einnahmen aus dem Investmentbanking auf 166 Milliarden Dollar summiert.

Die Misere wird sich auch in den Bonuszahlungen für das vergangene Jahr niederschlagen. So könnten die Boni für Investmentbanker, die Unternehmen bei Fusionen und Übernahmen beraten, in diesem Jahr um 15 bis 25 Prozent niedriger ausfallen als 2022. Das geht aus einer Studie des Personalberaters Johnson Associates hervor, der sich auf die Finanzbranche fokussiert. Laut der Prognose müssen sich auch die Wertpapierhändler auf bis zu zehn Prozent niedrigere Prämien einstellen. Lediglich für die Berater bei Aktienplatzierungen stellt Johnson Associates höhere Boni in Aussicht.

Wall-Street-Banker „werden ein weiteres Jahr auf eine Erholung warten müssen“, warnt Firmeninhaber Alan Johnson. Es wäre die zweite schwache Bonussaison in Folge. Bereits 2022 sanken die Prämien im Schnitt um mehr als ein Viertel. Aber der Ärger über deutlich niedrigere Boni dürfte für viele Banker noch das kleinere Problem sein. Denn die Branche strich in den vergangenen zwölf Monaten so viele Jobs wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Die großen US-Institute bauten im vergangenen Jahr immer wieder Stellen ab, das galt für die Bank of America genauso wie für die Citigroup, die sich in einer tiefen Restrukturierung befindet. Allein Goldman Sachs will 3200 Stellen streichen, und die prominente Investmentbank Lazard kündigte im vergangenen Frühjahr den Abbau von zehn Prozent der Mitarbeiter an. Nach Berechnungen des Börsensenders CNBC strichen die US-Banken bis zum Herbst des vergangenen Jahres bereits rund 20.000 Stellen, so viele wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Als Ausnahme gilt der Branchenprimus JP Morgan Chase, der weiterhin Jobs aufbaut.

Verkäufer und Käufer finden nicht zusammen

In Europa stehen ebenfalls Zehntausende Stellen auf dem Spiel, unter anderem durch die Notübernahme des Schweizer Bankriesen Credit Suisse durch den Konkurrenten UBS. Aber auch die britische Barclays hat im Rahmen von Sparmaßnahmen konzernweit 5000 Stellen abgebaut, vor allem im Abwicklungsbereich, dem sogenannten Back Office. Gegen den Trend stockt die Deutsche Bank im Investmentbanking auf. Man wolle die Flaute nutzen, um sich gezielt zu verstärken, erläuterte ein Sprecher. So hat die Bank gerade erst die Ex-Citi-Bankerin Alison Harding-Jones als neue globale Leiterin des Übernahmegeschäfts angeheuert. Im Oktober schloss das größte heimische Geldhaus den größten Zukauf seit über einem Jahrzehnt ab und übernahm den britischen Börsenmakler Numis für 410 Millionen Pfund.

Hinter der Dauerflaute im Investmentbanking stecken gleich mehrere Gründe: Die deutlich gestiegenen Leitzinsen sorgten für schwierigere Finanzierungsbedingungen, was zu niedrigeren Bewertungen sowohl im Aktien- als auch im Übernahmegeschäft führte. Die Preisvorstellungen von Käufern und Verkäufern klappten deut-



Blick auf die City of London: Die Geldinstitute in der britischen Hauptstadt leiden vor allem unter dem schwachen Geschäft mit Fusionen und Übernahmen.

Kapitalmarktgeschäft

Dauerkrise im Investmentbanking

Die Investmentbanker haben ein enttäuschendes Jahr hinter sich und viele Unsicherheiten vor sich. Jobs und Boni sind in Gefahr.

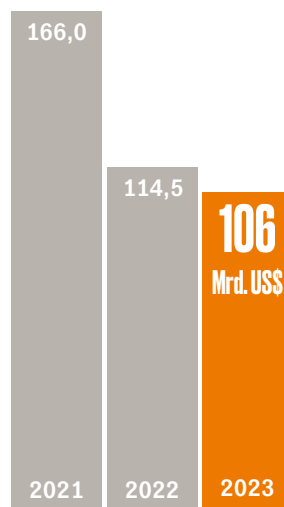
lich auseinander. Hinzu kommt die Angst vor Rezession und vor einer instabilen geopolitischen Lage.

Im neuen Jahr hoffen viele Banken nun auf eine Trendwende. So setzt die Bank of America auf das Comeback des Investmentbankings. Amerikas zweitgrößte Bank geht davon aus, dass Kunden demnächst wieder sowohl große als auch kleinere Deals abschließen werden. Allein die Frage nach dem genauen Timing der Trendwende beantwortet das Management derzeit ungerne. „Das Investmentbanking kann sehr, sehr schnell zurückkommen“, sagte Finanzchef Alastair Borthwick bei der Veröffentlichung der jüngsten Quartalszahlen im Oktober. „Es ist nur so, dass wir es leid sind, vorherzusagen, wann das sein wird.“ Das liegt daran, dass die Topmanager der großen Banken mit dem Timing zuletzt immer wieder daneben lagen. Gleich mehrfach keimte die Hoffnung auf ein Comeback auf – zunächst im Sommer, dann im zweiten Halbjahr, dann zum Jahresende. Doch bislang warten die Investmentbanker vergebens auf mehr Deals.

Die geopolitischen Spannungen könnten weiter zur Vorsicht in den Vorstandsetagen gemahnen. Einige Ökonomen, wie der Kapitalmarktexperte Mohamed El-Erian, rechnen zudem mit einer Rezession in den USA und in Europa, was wiederum für Unruhe an den Kapitalmärkten sor-

Sinkende Einnahmen

Gebühreneinnahmen der Investmentbanken von Refinitiv oder Dealogic in Mrd. US-Dollar, weltweit



HANDELSBLATT

Quelle: LSEG

gen könnte. Rückenwind könnte es dagegen von der US-Notenbank Fed geben, die in den kommenden Monaten die Zinsen wieder senken dürfte. Um die hohe Inflation zu bekämpfen, hatten die Währungshüter die Zinsen im Rekordtempo auf die Spanne von 5,25 bis 5,5 Prozent angehoben. Die Zinswende könnte schon im Frühjahr beginnen. Ökonomen erwarten mehrere Zinssenkungen in diesem Jahr.

„Zu Jahresbeginn ist der Optimismus traditionell groß, aber wenn man ehrlich ist, werden die meisten Risiken, die das vergangene Jahr geprägt haben, nicht so schnell verschwinden“, meint ein ranghoher deutscher Investmentbanker. Und auch Personalberater Johnson sieht 2024 als „weiteres herausforderndes Jahr“. Doch zumindest der historische Trend spricht dafür, dass sich die Hoffnungen der Banker erfüllen könnten. „Das dritte Quartal war das siebte in Folge mit Einnahmen deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, frühere Abschwünge haben normalerweise nicht länger als acht Quartale angehalten“, meint Michael McTamney von der Ratingagentur DBRS Morningstar.

Neue Erkenntnisse zu den Aussichten im Investmentbanking wird es schon Ende dieser Woche geben. Dann werden die ersten großen US-Banken ihre Jahresergebnisse für 2023 vorlegen und einen Ausblick auf das neue Jahr geben.

Immobilienmarkt

Die Mieten in den Metropolen steigen immer weiter

Die Zuwachsraten sind teils zweistellig. Gleichzeitig stehen die Kaufpreise weiter unter Druck. Käufern bietet das Chancen.

Anne Wiktorin Düsseldorf

Von Entspannung keine Spur. Im Gegenteil: In den letzten drei Monaten des Jahres 2023 setzte sich der rasante Anstieg der Angebotsmieten in Deutschlands Metropolen fort. Die Nachfrage bleibt hoch, ging allerdings in den Metropolen leicht zurück. Dies zeigt das Immoscout24-Wohnbarometer für das vierte Quartal 2023, das am Mittwoch veröffentlicht wurde. Ausgewertet wurden alle im jeweiligen Zeitraum auf Immoscout24 eingestellten Mietwohnungsinsere. „Neue Preisrekorde zeigen, wie angespannt der Mietmarkt in den Metropolen weiterhin ist“, kommentierte Immoscout24-Geschäftsführerin Gesa Crockford die Ergebnisse.

Beispiel München: Für eine Neubauwohnung verlangen Vermieter inzwischen fast 13 Prozent mehr als noch Ende 2022, gut 24 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter und Monat. Für eine 70 Quadratmeter große Wohnung mit zwei Zimmern entspricht das einer Monatsmiete von 1688 Euro, Nebenkosten nicht eingerechnet. Damit bleibt die bayerische Landeshauptstadt die teuerste deutsche Großstadt für Mieter, doch Berlin holt mit Riesenschritten auf. Im Verlauf von zwölf Monaten stiegen dort die Neubaumieten um 20 Prozent – auf aktuell 19,45 Euro pro Quadratmeter. Bezogen auf den Zuwachs setzt sich Berlin damit an die Spitze im Quartalsvergleich. Und zweistellige Zuwachsraten sind keineswegs die Ausnahme. In insgesamt vier der betrachteten acht Großstädte kletterten die Neubaumieten um zehn oder mehr Prozent

nach oben: außer in Berlin und München auch in Köln und Stuttgart.

Nur wenig besser ist die Lage für Mieter, die sich für eine ältere Wohnung interessieren. Auch Bestandswohnungen – dem im Vergleich zum Neubau deutlich größeren Marktsegment – sind in München und Berlin aktuell um mehr als elf Prozent teurer als vor einem Jahr, in Köln um fast zehn Prozent. München knackte im vierten Quartal sogar die Marke von 20 Euro kalt pro Quadratmeter und Monat.

Die hohen Mietanstiege sind eine Erklärung dafür, dass die Nachfrage in den acht Städten um zwei Prozent nachgab. Die Immoscout24-Analysten ermitteln sie auf Basis der Kontaktanfragen pro Inserat pro Woche. „Auf der Suche nach einer neuen Wohnung schauen sich die Menschen zunehmend außerhalb der Metropolen um“, sagt Crockford mit Blick auf die Nachfrageentwicklung im Umland der Großstädte. Sie stieg um elf Prozent, der stärkste Nachfrageanstieg im Jahresvergleich. Viele zieht es zudem noch weiter nach draußen: Im ländlichen Raum legte die Nachfrage Ende 2023 um zehn Prozent im Vergleich zum vierten Quartal 2022 zu. „Dort finden Mieter ein größeres Angebot und günstigere Mieten“, kommentiert Crockford. Doch auch abseits der Metropolen wird es für Mieter tendenziell teurer: Deutschlandweit kletterten die Mieten im Vergleich zum Vorjahr um knapp sechs Prozent bei Bestandswohnungen, um fast acht Prozent im Neubausegment.

Nur eine der acht Metropolen kann sich dem Trend widersetzen: Zwar stiegen auch in Hamburg im Jahresver-

gleich die Mieten, jedoch mit 3,5 und 6,7 Prozent für Bestands- beziehungsweise Neubauwohnungen deutlich unterdurchschnittlich. In der Hansestadt einigten sich Politik und Immobilienwirtschaft bereits 2011 auf ein „Bündnis für Wohnen“ mit dem Ziel, jährlich 10.000 neue Wohnungen mit einem Anteil von 35 Prozent geförderten Wohnungen zu genehmigen. Tatsächlich stiegen in den Folgejahren die Fertigstellungen. Sogar im Krisenjahr 2022 kamen 9200 Wohnungen neu auf den Markt.

Angesichts hoher Mieten und zuletzt wieder gesunkener Bauzinsen beobachten die Immoscout24-Analysten eine wieder steigende Nachfrage der Käufer. „Schon seit November 2023 sehen wir bei den Bauzinsen eine deutliche Abwärtsbewegung, aktuell hat sich dieser Trend noch einmal verstärkt“, sagt Crockford. Für viele rücke der Traum vom Wohneigentum wieder ein Stück näher. So sei die Kaufnachfrage nach Wohneigentum in den acht Metropolen im vierten Quartal 2023 wieder deutlich gestiegen und liege aktuell sogar wieder über dem Vor-Corona-Niveau von Ende 2019, berichtet Immoscout24-Analyst Kristian Kehlert. Gleichzeitig sind die Preise insbesondere für Bestandsimmobilien weiter unter Druck, nachdem sie sich im dritten Quartal 2023 weitgehend stabil halten konnten.

Es sei immer noch viel Angebot im Markt, doch mit der steigenden Nachfrage und dem weiter abschmelzenden Angebot an Neubauten werde sich dieser Überhang ab der zweiten Jahreshälfte 2024 abbauen, ist Gesa Crockford

überzeugt. „Kaufen wird 2024 wieder attraktiver“, sagt sie. Die Kaufpreise für Bestandswohnungen haben sich teilweise deutlich reduziert, auch in den Metropolen. So kostet eine 80 Quadratmeter große Drei-Zimmer-Bestandswohnung in mittlerer Lage in Frankfurt zwar immer noch 5100 Euro pro Quadratmeter, doch das sind neun Prozent weniger als noch vor einem Jahr. Auch in Berlin, Stuttgart oder Köln liegen die Preisrückgänge zwischen vier und sechs Prozent. „Wir gehen aber nicht mehr davon aus, dass die Preise noch einmal so deutlich nachgeben wie in der zweiten Jahreshälfte 2022“, sagt Crockford.

Umgekehrt erwarten Experten vorerst keine durchschlagenden Preisanstiege, zumindest nicht in der ersten Jahreshälfte 2024. „Auf breiter Ebene sprechen die aktuellen Rahmenbedingungen aber eher dafür, dass es erst nach dem kommenden Sommer wieder zu Preiszuwächsen kommen wird – besonders dann, wenn sich die Kreditbedingungen weiter verbessern sollten und es Klarheit bezüglich Fördermitteln gibt“, schreiben die Analysten des Immobilienportals Immowelt in ihrer aktuellen Marktübersicht.

Wer bereits eine Immobilie zu einem passenden Preis gefunden habe, für den könnte jetzt der richtige Zeitpunkt für den Erwerb sein, meint Immowelt Geschäftsführer Felix Kusch. „Sollten sich die Rahmenbedingungen für Immobilienkäufer weiter verbessern, könnte die Nachfrage im Jahr 2024 wieder ansteigen. Somit dürfte der Raum für Preisverhandlungen dann deutlich geringer sein als derzeit“, argumentiert er.



Die Rahmenbedingungen sprechen dafür, dass es erst nach dem kommenden Sommer wieder zu Preiszuwächsen kommt.

Marktbericht
Immowelt



Schlüsselübergabe: Auf der Suche nach Wohnungen schauen sich Menschen zunehmend außerhalb der Metropolen um.

Mieten steigen drastisch - Bestandseigentumswohnung verlieren an Wert

Durchschnittliche Mietentwicklung im 4. Quartal 2023 zum Vorjahresquartal in Prozent und Durchschnittliche monatliche Kaltmiete pro qm in Euro

Bestandswohnungen

	Entwicklung	Kaltmiete
München	11,4 %	20,02 €
Berlin	11,2 %	13,27 €
Köln	9,3 %	13,36 €
Düsseldorf	7,2 %	12,36 €
Frankfurt/M.	6,3 %	14,02 €
Deutschland	5,8 %	8,42 €
Stuttgart	5,5 %	13,63 €
Leipzig	5,3 %	8,00 €
Hamburg	3,5 %	13,31 €

Neubauwohnungen*

	Entwicklung	Kaltmiete
Berlin	20,0 %	19,45 €
Stuttgart	14,6 %	18,72 €
Köln	14,1 %	15,66 €
München	12,8 %	24,11 €
Düsseldorf	10,9 %	15,30 €
Frankfurt/M.	8,7 %	17,03 €
Deutschland	7,7 %	11,72 €
Leipzig	7,2 %	11,62 €
Hamburg	6,7 %	15,97 €

Durchschnittliche Preisentwicklung im 4. Quartal 2023 zum Vorjahresquartal in Prozent und Durchschnittlicher Kaufpreis pro qm in Euro

Eigentumswohnungen Bestand

	Entwicklung	Kaufpreis
Hamburg	+0,5 %	5.024 €
Leipzig	-0,9 %	2.806 €
Deutschland	-1,6 %	2.476 €
Düsseldorf	-2,0 %	4.346 €
München	-2,9 %	8.330 €
Köln	-4,1 %	4.033 €
Stuttgart	-4,5 %	4.738 €
Berlin	-6,1 %	4.546 €
Frankfurt/M.	-9,0 %	5.164 €

Neubauwohnungen*

	Entwicklung	Kaufpreis
Leipzig	10,0 %	5.039 €
Hamburg	3,9 %	6.589 €
Köln	3,4 %	5.912 €
Düsseldorf	2,7 %	6.575 €
Deutschland	2,4 %	4.114 €
Stuttgart	1,7 %	6.907 €
München	1,5 %	10.648 €
Frankfurt/M.	0,1 %	6.382 €
Berlin	0,0 %	6.279 €

*Baualter maximal 2 Jahre zum Bestimmungszeitpunkt
HANDELSBLATT

Stand: 31.12.2023 • Quelle: Immoscout24

Referentenentwurf

Banken dürfen Abgabe von der Steuer abziehen

Deutschland will die ungenutzte nationale Bankenabgabe aber nicht an die Institute zurückerstatten.

Berlin, Frankfurt. Die Finanzinstitute in Deutschland dürfen künftig ihre Abgaben für den europäischen Bankenabwicklungsfonds von der Steuer absetzen. Das geht aus einem Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums hervor, der dem Handelsblatt vorliegt. „Das Betriebsausgabenabzugsverbot wird aufgehoben“, heißt es darin. Zuerst hatte die „Börsen-Zeitung“ darüber berichtet. Künftig dürfen Banken die Abgabe also von ihrem Gewinn abziehen und so ihre Steuerlast mindern. Das war ursprünglich anders.

Bislang hatte die Bundesregierung argumentiert: Man wolle die Lenkungswirkung zugunsten eines risikoärmeren Geschäftsmodells nicht abschwächen, indem Banken mit der Abgabe ihre Steuerlast drücken können. Nun argumentiert das Finanzministerium: „Durch die nunmehr geänderten europäischen Rahmenbedingungen bedarf es des Abzugsverbotes zur Beibehaltung der Lenkungswirkung allerdings künftig nicht mehr.“ Die Banken wirtschafteten heute risikoärmer und könnten leichter abgewickelt werden.

Mit der Regelung kommt die Bundesregierung einer langjährigen Forderung der Finanzbranche nach. Denn in Italien, Spanien, Österreich und den Niederlanden können Banken die Abgabe steuerlich absetzen, in Großbritannien dagegen nicht, schrieb der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags 2022.

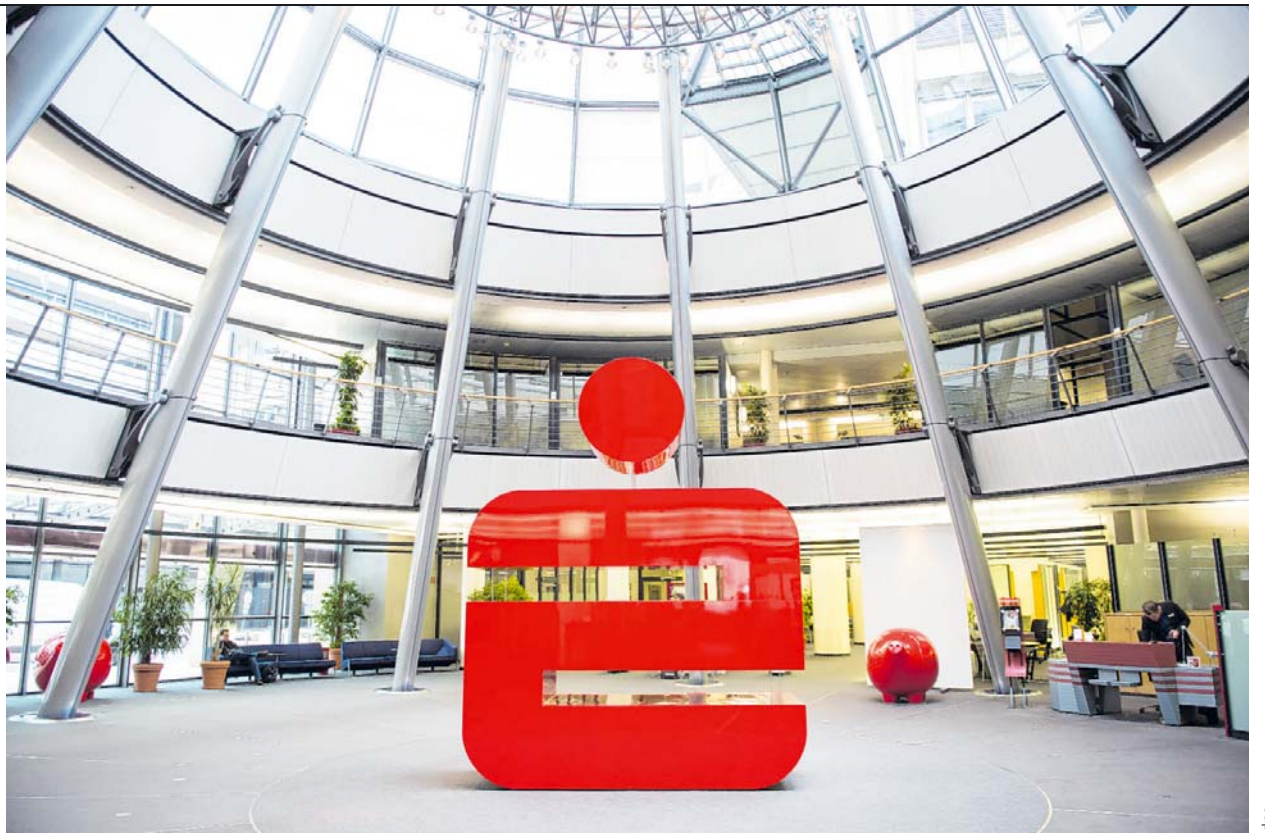
Für die Branche kommt die Regelung trotzdem zu spät: Mittlerweile wurde die Aufbauphase des EU-Bankenabwicklungsfonds (SRF) Ende 2023 abgeschlossen. Er speist sich aus den Bankenabgaben und ist nun mit 77,6 Milliarden Euro gefüllt. Künftig dürften daher kaum noch Abgaben anfallen, die sich steuerlich absetzen lassen.



Bankenviertel in Frankfurt: Die Regierung kommt einer langjährigen Forderung der Finanzbranche nach.

Der Gesetzentwurf enthält für die Branche auch eine schlechte Nachricht. Die Altmittel aus der nationalen Bankenabgabe in Höhe von 2,3 Milliarden Euro werden nicht an die Institute zurückerstattet. Es geht dabei um die Beiträge, die gezahlt wurden, bevor der EU-Abwicklungsfonds geschaffen wurde. „Eine Rückführung der Altmittel an die Abgabepflichtigen kommt nicht in Betracht“, heißt es im Entwurf. Das wäre „beihilferechtlich problembehaftet“. Stattdessen sollen die Mittel die Verluste des Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) teilweise ausgleichen. Mit dem FMS hatte die Regierung in der Finanzkrise Krisenbanken gestützt. Bis Ende 2022 lief in dem Fonds ein Verlust von 21,5 Milliarden Euro auf.

Die Branchenlobby Deutsche Kreditwirtschaft kritisierte die Entscheidung als nicht nachvollziehbar. Banken und Sparkassen hätten „wiederholt bekräftigt, dass sie bei einer Rückerstattung der Altmittel die Mittel zur Finanzierung der digitalen und nachhaltigen Transformation insbesondere durch Errichtung eines Transformationsfonds verwenden wollen“. Die Bürgerbewegung Finanzwende begrüßte die Entscheidung dagegen. Yasmin Osman, Jan Hildebrand



dpa

Girokonto

Neue Hürden für die digitale Kontoeröffnung

Sparkassen und ING üben Kritik an der Bundesregierung. Denn wer seine PIN für den digitalen Personalausweis vergisst, muss künftig wieder zum Amt.

Elisabeth Atzler Frankfurt

Die Bundesregierung stellt aus Kostengründen eine wichtige Funktion für den Onlinepersonalausweis ein und erschwert damit auch die Strategie der Sparkassen. Denn diese wollen die Nutzung des Onlineausweises bei der digitalen Kontoeröffnung vorantreiben. Für die Bankhäuser geht es um die digitale Legitimation des künftigen Kontobesitzers, die kurz auch als „E-Ident“ bezeichnet wird (abgekürzt „eID“). Bis zum Sommer wollen bereits mehr als 80 Prozent der bundesweit rund 350 Sparkassen die Kontoeröffnung über den digitalen Ausweis anbieten. So konkretisiert der Lobbyverband DSGV das Vorhaben.

Die Sparkassen sind Marktführer im Geschäft mit privaten Kundinnen und Kunden. Mit ING Deutschland will auch die größte Onlinebank an der Legitimation per Onlineausweis für die Kontoeröffnung festhalten. Als neue Hürde für das Vorhaben von Sparkassen und ING könnte sich nun ein zum Jahresende überraschend gestrichenes Angebot der Bundesregierung herausstellen. Bislang konnten Bürger ihre PIN relativ einfach zurücksetzen, indem sie eine neue Geheimnummer per Brief erhielten. Diese Option entfällt nun. Wer die Nummer vergisst, muss künftig wieder zum Amt. Das Innenministerium begründete den Schritt gegenüber dem Branchendienst „Heise Online“ mit dem Sparhaushalt 2024.

Die gestrichene Funktion könnte viele Bürger betreffen. Denn sie haben ihren Personalausweis zwar für digitale Identitätsdienste freigeschaltet, aber ihre PIN inzwischen vergessen – denn bisher gibt es kaum Anwendungen für den digitalen Ausweis. Ob nun jeder den Weg zum Amt auf sich nehmen wird, um eine neue Nummer zu beantragen, bleibt fraglich.

Deutschland tut sich seit Längerem mit der Einführung einer digitalen Identität schwer und hinkt vielen anderen Ländern weit hinterher. Bei der digitalen Identität geht es darum, sich im Internet rechtssicher ausweisen zu können. Das gilt als Voraussetzung zum Beispiel für die Digitalisierung von Behördenangelegenheiten. Die Legitimierung per Onlineausweis läuft in Kombination mit den Smartphone-Apps „Ausweis App“, „Authada“ oder „Postident“. Bisher ist die digitale Kontoeröffnung eine der wenigen Anwendungen für den Onlineausweis. Neben einer steigenden Anzahl von Sparkassen bieten auch die Onlinebanken ING Deutschland und Comdirect diese Möglichkeit an. Damit erschließt sich eine Alternative zur Kontoeröffnung in der Filiale, bei der man sich vor Ort ausweist, dem Postident-Verfahren in einer Postfiliale und der Videolegitimation.

„Ein Rückschlag für die digitale Transformation“

Das nun eingestellte Angebot für eine neue PIN kritisiert DSGV-Vorstand Joachim Schmalzl: „Die Einstellung des PIN-Rücksetzdienstes per Brief ist ein Rückschlag für die digitale Transformation in Deutschland“, der weit über das entsprechende Angebot der Sparkassen hinausgehe. Dennoch fügt er hinzu: „Wir werden selbstverständlich weiterhin an unserem neuen Kontoeröffnungsprozess festhalten, da er entscheidend zur Digitalisierung und zur Verbesserung der Kundenerfahrung beiträgt.“ Auch ING erklärt, man könne die Entscheidung der Bundesregierung nicht nachvollziehen. Schmalzl zufolge sind zuletzt etwa die Hälfte der Kundinnen und Kunden bei der Legitimation per Onlineausweis daran gescheitert, dass sie ihre PIN nicht kannten. Die Sparkassen stünden bereit, die Bundesregierung bei der Suche nach alternativen Lösungen für den bisherigen

PIN-Rücksetzdienst zu unterstützen. Bisher ist die Legitimation per Onlineausweis, um ein Girokonto zu eröffnen, bei 90 Sparkassen sowie bei ING und Comdirect möglich. Comdirect gehört zur Commerzbank. Auch die Commerzbank prüft nach eigenen Angaben derzeit die Einführung der eID als Legitimationsverfahren.

Schmalzl geht davon aus, dass es im Bankgeschäft künftig weitere Anwendungsfälle neben der Kontoeröffnung geben wird. Die Sparkassen planen etwa den Einsatz des Ausweises auch bei der Depotöffnung und der Kreditvergabe. Grund für einen verbreiteten Einsatz des Onlineausweises ist auch, dass es nach Ansicht von DSGV-Vorstand Schmalzl bei der Videolegitimation Nachteile gibt. Darüber hinaus halten die Sparkassen die Legitimation mit dem digitalen Personalausweis für besonders sicher.

Aktuell eröffnen noch 80 bis 90 Prozent der neuen Sparkassenkunden ein Girokonto in der Filiale, legitimieren sich demnach vor Ort. Hinzu kommen monatlich rund 25.000 Videolegitimationsverfahren – 70 Prozent würden erfolgreich abgeschlossen. Bei der ING Deutschland spielt die eID eine größere Rolle. 20 Prozent der neuen Kundinnen und Kunden würden sich über die Onlineausweisfunktion legitimieren, so die Bank. 50 Prozent nutzen dafür Videoident und 30 Prozent die Postfiliale über das Postident-Verfahren. In Belgien, Österreich und Polen sei die Kontoeröffnung per Onlineausweis bereits üblich, sagt Schmalzl.

Laut einer Umfrage für die Initiative D21 gaben 14 Prozent der Bürger an, die Onlinefunktion des Personalausweises zu nutzen. Hinter der Initiative stehen mehrere große, oft IT-nahe Unternehmen. Fast 40 Prozent der Befragten kennen allerdings keine Anwendungsmöglichkeit für den Onlineausweis.

Leitbörsen im Überblick

10.1.2024, ME(S)Z 17:01 Uhr

Kanada S&P TSX 21.021,14 +0,24%

USA S&P 500 4.768,88 +0,26% Dow Jones 37.596,05 +0,19% Nasdaq 14.927,53 +0,47%

Großbritannien S&P UK 1.553,83 -0,32%

Frankreich CAC 40 7.423,48 -0,04%

Brasilien Bovespa 131.243,03 -0,25%

Deutschland Dax 16.697,33 +0,05%

Europa Stoxx Europe 50 4.096,69 -0,01% Euro Stoxx 50 4.470,13 +0,07%

China SSE Comp. 2.877,70 -0,54%

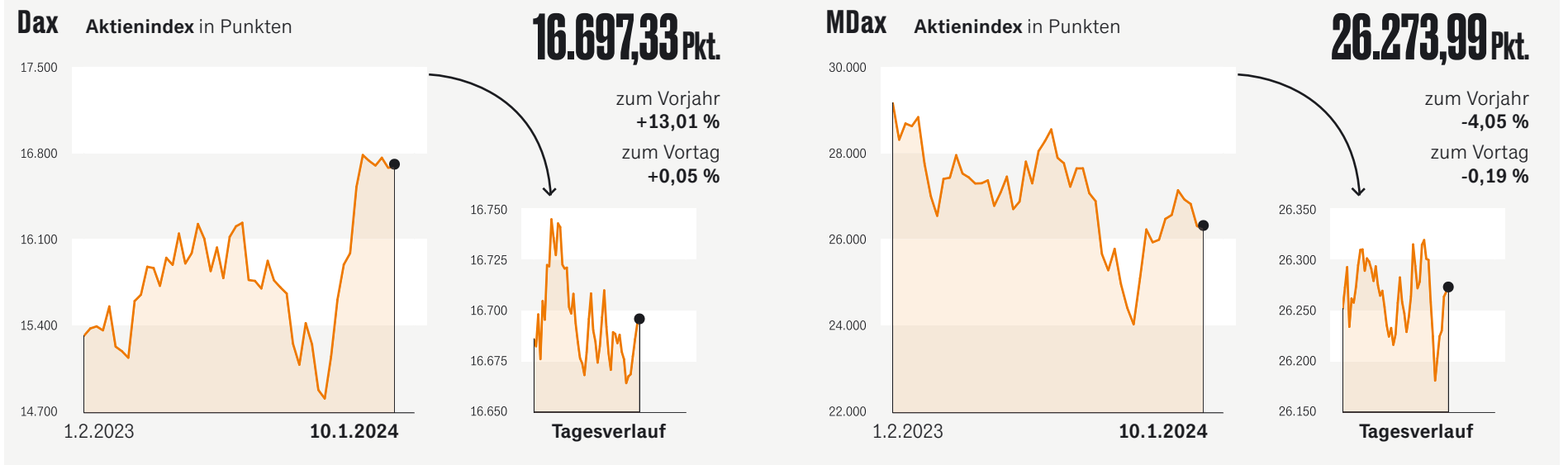
Indien Sensex 71.657,71 +0,38%

Japan Nikkei 225 34.441,72 +2,01%

Hongkong Hang Seng 16.101,80 -0,75%

* Index vom Vortag • Quelle: Infront

Deutsche Indizes

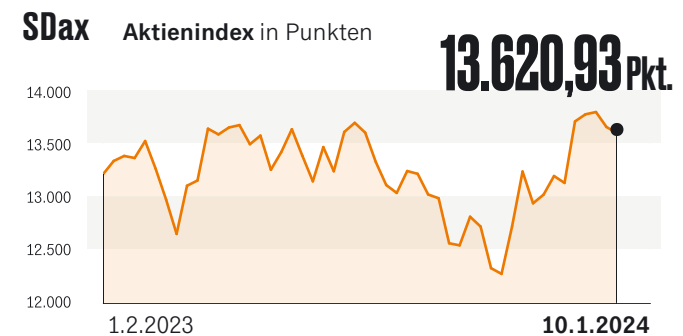
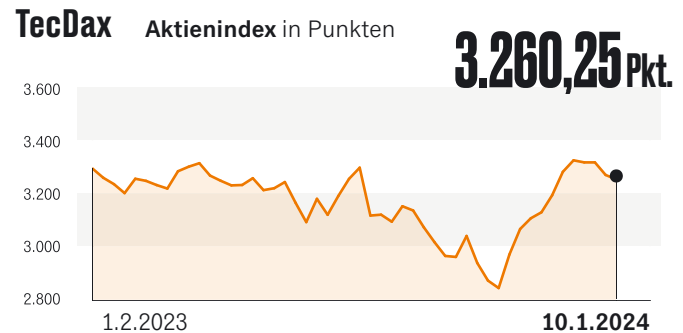


Dax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 16697,33 | +0,05% | 52-Wochen-Hoch 17.003,28 | 52-Wochen-Tief 14.458,39

Table with columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, Jahresdiv., Ex-Tag, KGV, Ergebnis, Tagesverlauf, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV Div., Div.s, Ergebnis, KGV, MK Streu.

Tops Flops

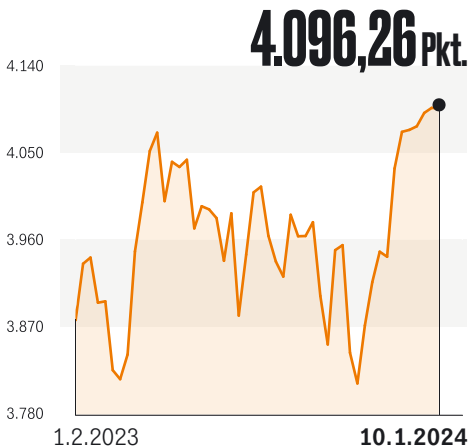
Table listing top and flop stocks for Dax and MDax. Dax: Heidelberg. Mat. +2,50, Sartorius Vz. -3,03. MDax: TAG Imm. +3,46, Redcare Ph. -8,65.



Europäische Indizes

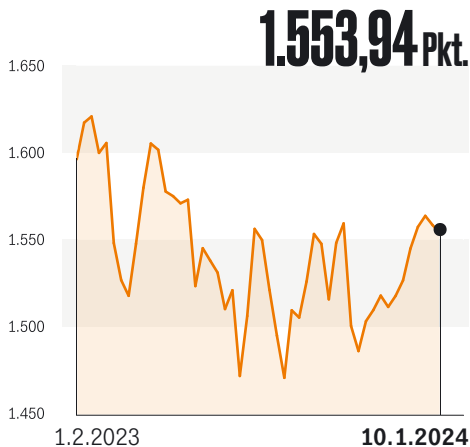
Stoxx Europe 50

Aktienindex Europa in Punkten



S&P Großbritannien

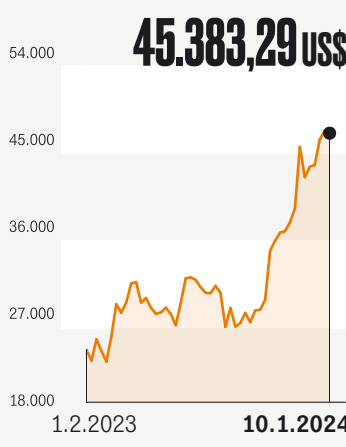
Aktienindex Großbritannien in Punkten



Währungen

Bitcoin

Kurs in US-Dollar



Etherum

Kurs in US-Dollar



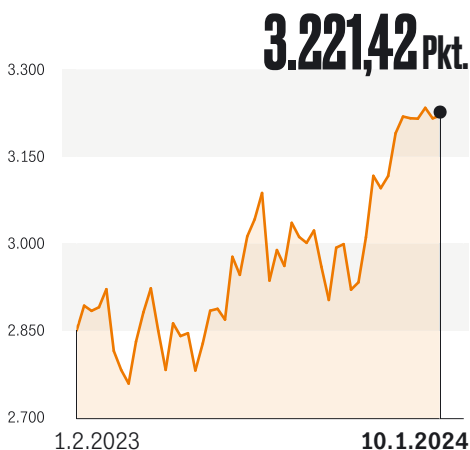
CAC 40

Aktienindex Frankreich in Punkten



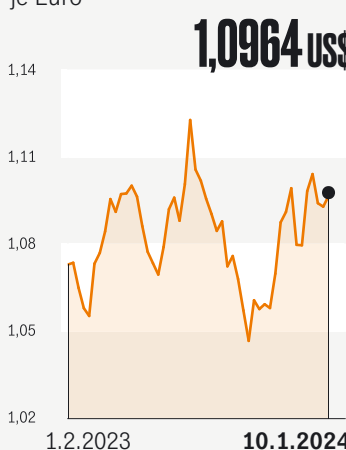
Dow Jones Italy Titans 30

Aktienindex Italien in Punkten



Euro/US-Dollar

Wechselkurs in US-Dollar je Euro



Euro/Britisches Pfund

Wechselkurs in brit. Pfund je Euro



Rohstoffe

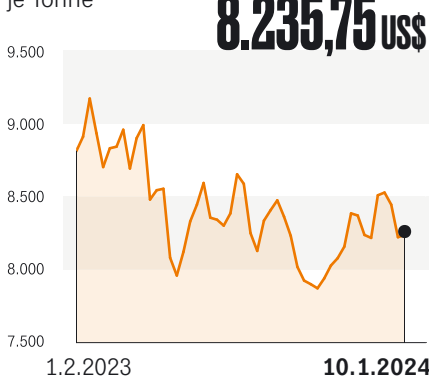
Gold

Preis in US-Dollar je Feinunze



Kupfer

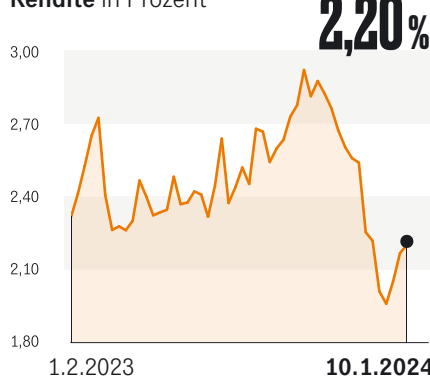
Preis in US-Dollar je Tonne



Staatsanleihen

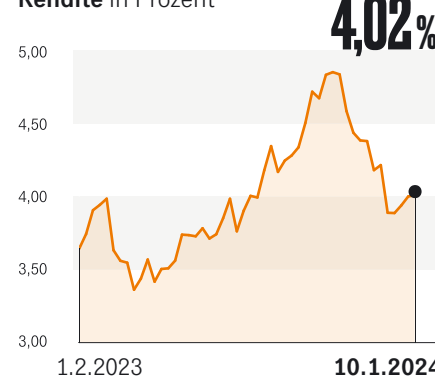
Bundesanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



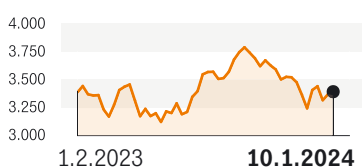
US-Staatsanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



GSCI

3360,87 | -0,28 %
52-W.-Hoch 3826,33 | Tief 3057,83



TOP-FLOP DER ROHSTOFFTITEL

10.1.2024	Kurs	± % Vortag
Erdgas (Cents/mmBtu)	3,01	+3,15
Normalbenzin (\$/gal)	2,09	+2,44
Heizöl (\$/gal)	2,64	+2,11
Rohöl WTI (\$/Barrel)	72,20	+2,06
Hafer (Cents/Bushel)	387,00	+1,98
Platin (\$/Unze)	930,10	-3,15
Kohle (\$/t)	105,70	-2,13
Kaffee (Cents/lb)	181,50	-1,81
Schlichtschweine (Cents/lb)	71,00	-1,22
Orangensaft (Cents/lb)	301,00	-0,91

DEUTSCHE EDELMETALLE

	10.1.2024	9.1.
Silber	656,69 - 724,79	662,05 - 730,70
Silber verarb.	758,50	764,69
Platin Barren	29,72	30,28
Platin verarb.	30,83	31,41
Palladium Barren	31,05	31,55
Palladium verarb.	32,23	32,75
Gold	58,51 - 63,06	58,58 - 63,13
Gold verarb.	66,05	66,12

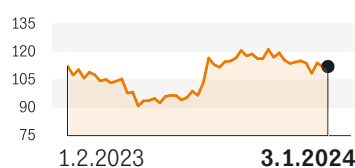
Silber Euro / kg; Platin, Palladium und Gold, Euro / g.
Die Preise gelten nur für industrielle Abnehmer (ohne MwSt.)
Quelle: Heraeus

DEUTSCHE METALLPREISE

Kassa Basis London (€/100 kg)	10.1.2024	9.1.
Aluminium, hochgradig	201,3 - 201,4	201,0 - 201,1
Aluminium, Legierung	162,2 - 163,1	162,2 - 163,1
Blei	187,3 - 187,4	185,7 - 185,8
Kupfer (A)	756,6 - 757,0	758,7 - 758,8
Kobalt	2575,8 - 2621,5	2576,5 - 2622,2
Nickel	1459,2 - 1460,2	1475,2 - 1476,1
Zink, spezial-hochgradig	227,5 - 227,6	228,7 - 228,8
Zinn	2190,7 - 2195,3	2216,4 - 2221,0

Heizöl (Ø 15 Städte)

111,00 | -1,68 %
52-Wochen-Hoch 129,23 | Tief 90,90



HEIZÖLPREISE

eid HAMBURG. Ermittelte Angebotspreise des EID für Lieferungen von 3000 l (Premium-Qualität) frei Verwendertank in €/100 l einschl. 19% MwSt., EBV und IWO:

	3.1.2024	20.12.	3.1.2024	20.12.	
Berlin	117,08	113,38	Karlsruhe	106,98	111,83
Bremen	116,26	120,58	Kiel	113,40	110,88
Cottbus	112,30	114,87	Leipzig	110,73	110,18
Dresden	107,73	110,83	Lübeck	112,46	111,44
Düsseldorf	108,07	112,23	München	108,60	113,23
Frankfurt	110,22	114,07	Rostock	107,81	110,19
Hamburg	112,78	112,15	Stuttgart	111,03	115,30
Hannover	109,55	112,27			

Schalterkurse Edelmetalle

Goldbarren und -münzen in Euro (Mehrwertsteuerfrei)	Ankauf 10.1.2024	Verkauf 10.1.	Rendite in % 10.1.2023	52-Wochen Hoch	Tief
Gold (kg)	58035,00	61047,00	+0,23	61339,50	55221,50
500 g Goldbarren	29017,00	30689,00	-0,35	30752,50	27693,50
100 g Goldbarren	5803,00	6172,00	-0,93	6167,25	5555,50
1 oz Goldbarren	1805,00	1929,90	-1,48	1923,20	1733,10
10 g Goldbarren	580,00	639,00	-4,53	627,50	566,25
1/2 oz Krügerand	1814,00	1902,00	-2,26	1914,25	1746,75
1/2 oz Krügerand	907,00	1018,00	-6,21	990,95	893,60
1/4 oz Krügerand	453,50	527,20	-9,59	504,45	455,80
1/10 oz Krügerand	181,00	219,00	-13,36	205,70	186,40
1/2 oz Maple Leaf	907,00	1018,00	-6,21	990,95	893,60
1 Österreichischer Dukat	198,70	211,50	-7,80	217,25	194,40
10 Österreichische Kronen	176,00	191,00	-3,03	189,00	169,00
20 Österreichische Kronen	348,40	370,50	-1,58	371,95	333,75
100 Österreichische Kronen	1756,00	1814,00	+0,52	1839,00	1658,00
20 Francs Leopold	340,30	372,50	-3,73	366,85	327,00
20 Francs Marianne	335,20	366,10	-3,54	363,75	327,70
1 DM Deutschland	706,90	787,60	-23,18	859,75	738,85
20 Mark Wilhelm I	420,50	500,00	-11,47	474,20	427,35
20 Mark Wilhelm II	420,50	452,50	-8,19	454,45	407,25
50 Chilenische Pesos	524,00	573,00	-3,59	565,00	509,00
2 Rand	421,80	439,00	-4,35	447,55	403,35
20 Kronen Dänemark	469,60	569,00	-13,04	534,50	478,50
20 Franken Vreneli	340,60	366,00	-6,94	374,30	336,95

Die Quelle der An- und Verkaufspreise (gültig für sehr gut erhaltene Stücke) ist die Degussa Goldhandel GmbH. Die Rendite entspricht dem Preis, den die Quelle dem Anleger bei einem Goldverkauf bezahlt, abzüglich der Anschaffungskosten, die ihm beim Kauf vor einem Jahr entstanden sind.

Ausgewählte Einzelwerte

MDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 26267,28 | -0,22% | 52-Wochen-Hoch 29.815,39 | 52-Wochen-Tief 23.626,97

Table with 7 columns: Toppers des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, Jahresdiv., Ex-Tag, KGV, Ergebnis. Includes companies like Redcare Pharmacy, Hochtief, TAG Immobilien, Nemetschek, Wacker Chemie, RTL Group, Telefonica Dt., K+S NA.

S&P500 4768,36 | +0,25% | 52-W.-Hoch 4.793,30 | 52-W.-Tief 3.808,86

Large table of S&P500 stocks with columns: (Auswahl, ohne DJ-Indextitel), 10.1.2024, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Letzte, HV, Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Includes companies like Abbott Laboratories, Alphabet Inc., Amazon, Apple, Microsoft, etc.

SDax (auch im 1 Euro Stoxx 50, 2 Stoxx 50, 3 TecDax) 13623,73 | -0,40% | 52-Wochen-Hoch 14.067,87 | 52-Wochen-Tief 11.973,73

Table of SDax stocks with columns: 10.1.2024 / 17:08 h, Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, HV, Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Includes companies like 1&1, Adresso, Adtran Hold., Adtran Networks, Amadeus Fire, Atoss Software, etc.

Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50

4469,33 | +0,05% | 52-Wochen-Hoch 4.593,11 | 52-Wochen-Tief 3.980,94

TOPS des Jahres	52-Wochen-Hoch	Dividendenrendite	KGV
UniCredit	+77,56	26,15 am 9.1.2024	Nordea Bank AB 7,0%
Ferrari	+48,48	346,00 am 12.12.2023	Stellantis 6,5%
Inditex	+42,82	39,85 am 2.1.2024	BNP Paribas 6,3%
Stellantis	+41,45	21,90 am 15.12.2023	AXA 5,7%
Safran	+34,37	168,76 am 13.12.2023	BBVA 5,6%
BBVA	+33,5	8,73 am 30.11.2023	Intesa Sanpaolo 5,2%
Wolters Kluwer	+33	134,90 am 13.12.2023	UniCredit 3,8%
			BBVA 6,5%

(ohne deutsche Indextitel)	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen	Umsatz	Letzte	Div.	Ergebnis	KGV	MK Streu.
10.1.2024 / 17:10 h				Hoch	Stück	Div.	Rend.	2023	2023	in Mrd
AB Inbev	60,21	+1,02	+6,87	62,01	49,17	1.067.966	0,75	1,2	2,97	20,27
Adyen	1.153,80	+0,59	-13,9	1.699,20	602,80	42.763	k.A.	k.A.	20,22	57,06
Ahold Delhaize	26,76	-0,82	-2,19	32,51	25,97	776.292	0,49	3,9	2,44	10,97
Air Liquide	171,34	+0,21	+20,92	180,30	142,02	148.984	2,95	1,7	6,43	26,65
ASML Hold.	650,60	-0,6	+11,65	698,10	534,40	183.832	1,45	0,6	19,46	33,43
AXA	29,61	-0,1	+7,85	30,34	24,60	589.852	1,70	5,7	3,34	8,86
Banco Santander	3,86	-0,91	+27,01	3,97	2,94	13.053.627	0,08	3,1	0,64	6,03
BBVA	8,42	+0,12	+33,5	8,73	5,74	2.764.771	0,16	5,6	1,29	6,53
BNP Paribas	62,28	-0,56	+6,74	67,02	47,02	492.078	3,90	8,4	8,29	7,51
Danone	61,08	+0,13	+23,42	61,88	49,20	346.128	2,00	3,3	3,45	17,70
Enel	6,74	+0,63	+21,77	6,81	5,14	10.320.048	0,22	5,9	0,65	10,37
ENI	14,87	-0,34	+6,44	15,83	11,69	4.826.761	0,23	3,2	2,54	5,86
EssilorLuxottica	184,18	+0,17	+6,68	188,84	155,15	119.306	3,23	1,8	6,75	27,29
Ferrari	317,00	+1,15	+48,48	346,00	215,40	234.124	1,81	0,6	6,72	47,17
Hermes Intern.	1.854,00	+1,52	+15,41	2.063,50	1.605,00	19.712	9,51	0,7	38,68	47,93
Iberdrola	11,63	-0,13	+12,77	11,87	9,71	3.168.872	0,02	0,2	0,75	15,50
Inditex	38,19	+1,01	+42,82	39,85	26,80	382.266	0,60	1,6	1,33	28,71
ING Groep	12,93	-0,66	+6,12	13,83	9,59	6.445.917	0,35	4,3	2,01	6,43
Intesa Sanpaolo	2,75	-0,31	+22,16	2,81	2,08	33.787.857	0,14	6,0	0,42	6,54
Kering	381,30	-0,7	-27,27	603,60	371,35	52.139	4,50	3,7	26,60	14,33
L'Oréal	439,40	-0,25	+20,6	460,00	364,20	55.547	6,04	1,4	12,11	36,28
LVMH	683,72	+0,44	-9,6	904,60	655,00	121.206	5,50	1,8	31,61	21,63
Nokia	3,20	-0,23	-29,87	4,70	2,70	8.001.752	0,03	3,8	0,32	9,99
Nordea Bank AB	11,46	-0,23	+7,01	12,16	9,16	3.784.164	0,80	7,0	1,41	8,12
Pernod Ricard	149,30	+0,5	-20,37	218,00	143,35	162.383	2,64	3,1	9,11	16,39
Prosus	26,72	-1,04	-21,69	36,41	23,76	1.570.792	0,06	0,2	0,81	32,99
Safran	163,72	+1,2	+34,37	168,76	123,56	187.209	1,35	0,8	5,28	31,01
Saint Gobain	62,52	-3,25	+20,88	67,55	48,83	663.054	2,00	3,2	6,14	10,18
Sanofi S.A.	95,14	-0,05	+5,63	105,18	80,60	513.104	3,56	3,7	8,14	11,69
Schneider Electr.	174,00	+0,05	+20,6	182,94	134,38	154.623	3,15	1,8	7,79	22,34
Stellantis	20,75	+0,92	+41,45	21,90	13,78	3.612.974	1,34	6,5	5,92	3,50
TotalEnergies	59,76	-0,6	+2,31	64,80	50,55	1.568.760	0,74	4,7	10,81	5,53
UniCredit	25,92	+1,43	+77,56	26,15	14,39	5.357.307	0,99	3,8	4,23	6,13
Vinci	114,58	-0,56	+15,27	117,08	98,49	215.685	1,05	0,9	8,20	13,97
Wolters Kluwer	130,45	+1,01	+33	134,90	97,66	173.308	0,72	1,4	4,38	29,78

Dow Jones

37580,06 | +0,15% | 52-Wochen-Hoch 37.790,08 | 52-Wochen-Tief 31.429,82

10.1.2024 / 17:10 h	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen	Umsatz	Letzte	Div.	Ergebnis	KGV	MK Streu.
				Hoch	Stück	Div.	Rend.	2023	2023	in Mrd
3M	108,59	-0,47	-15,25	129,90	85,35	507.993	1,50	5,1	9,11	13,07
American Express	184,70	-1,11	+21,51	189,51	137,80	717.985	0,60	1,2	11,26	17,99
Amgen Inc.	305,37	-0,62	+11,5	311,05	211,71	375.930	2,25	2,6	18,58	18,02
Apple Inc.	184,89	-0,14	+14,3	199,62	131,44	12.771.780	0,24	0,5	6,13	33,07
Boeing	228,88	+1,38	+10,73	267,54	176,25	4.749.373	2,06	3,2	-6,10	0,00
Caterpillar	292,38	+0,03	+16,71	299,20	204,04	454.247	1,30	1,6	20,68	15,50
Chevron Corp.	144,65	-0,72	-17,83	187,81	140,72	2.248.718	1,51	3,9	13,39	11,84
Cisco Systems	49,93	+0,04	+2,29	58,19	45,56	3.173.974	0,39	2,9	3,89	10,07
Coca-Cola	60,01	+0,01	-3,42	64,99	51,55	2.841.090	0,46	2,8	2,68	24,55
Disney Co.	89,25	-0,47	-6,61	118,18	78,73	3.414.817	0,30	0,3	3,76	26,02
Dow Inc.	53,47	-0,88	-5,32	60,88	47,26	1.060.274	0,70	4,9	2,23	26,29
Goldman Sachs	381,05	-0,7	+6,63	389,47	289,36	386.933	2,75	2,5	23,35	17,89
Home Depot	352,62	+1,86	+9,98	354,77	274,26	931.122	2,09	2,2	16,69	23,17
Honeywell	200,65	-0,49	-5,06	217,22	174,88	385.136	1,08	1,9	9,16	24,02
IBM	160,88	+0,5	+11,1	166,34	120,55	611.964	1,66	3,8	9,52	18,53
Intel	47,28	-1,6	+60,61	51,28	24,73	11.849.510	0,13	1,4	0,95	54,57
Johnson & Johnson	161,51	-0,07	-7,79	175,97	144,95	1.104.875	1,19	2,7	9,91	17,87
JP Morgan Chase	169,51	-0,67	+22,3	173,38	123,11	2.869.317	1,05	2,2	16,86	11,02
McDonald's	291,83	+0,33	+8,52	299,35	245,73	429.108	1,67	2,0	11,81	27,09
Merck & Co.	118,22	-0,18	+6,68	119,94	99,14	1.590.747	0,77	2,3	1,46	88,78
Microsoft	381,35	+1,48	+66,64	384,30	230,68	8.713.866	0,75	0,7	9,81	42,62
Nike	102,82	+0,07	-18,3	131,31	88,66	1.540.428	0,37	1,2	3,23	34,90
Procter & Gamble	149,58	+0,19	-1,52	158,38	135,83	2.918.285	0,94	2,4	5,90	27,80
Salesforce Inc.	265,71	+1,67	+80,22	268,36	143,16	1.330.251	k.A.	k.A.	5,24	55,60
Travelers Comp.	192,18	-0,01	+0,5	194,51	157,33	139.949	1,00	1,9	11,12	18,95
UnitedHealth	536,46	-0,35	+10,38	554,70	445,68	556.389	1,88	1,3	24,96	23,57
Verizon	38,85	-0,49	-7,39	42,49	30,14	4.238.823	0,67	6,3	4,71	9,04
VISA Inc.	263,31	-0,01	+19,1	265,37	208,76	1.224.720	0,52	0,6	8,77	32,92
Walgreens Boots	24,49	-3,51	-33,27	37,96	19,68	5.365.436	0,25	7,3	3,98	6,75
Walmart Inc.	160,75	+0,9	+10,97	169,94	136,09	2.295.310	0,57	1,2	6,29	28,02

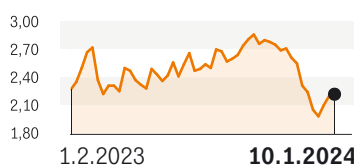
Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter

<http://finanzen.handelsblatt.com>

Zinsen

Umlaufrendite

52-Wochen-Hoch | Tief 2,19 | -0,02



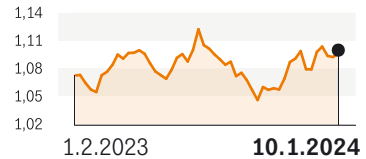
INTERNATIONALE RENDITEN

10-j. Staatsanleihen	10.1.2024	± in %	9.1.
Australien	4,12	+0,39	4,11
Belgien	2,78	+1,57	2,73
Dänemark	2,40	+0,54	2,39
Deutschland	2,20	+1,57	2,17
Frankreich	2,74	+1,48	2,70
Griechenland	3,28	+0,4	3,26
Großbritannien	4,00	+1,39	3,94
Hongkong	3,46	-0,55	3,48
Irland	2,53	+1,85	2,48
Italien	3,84	+0,71	3,82
Japan	0,58	-0,1	0,58
Kanada	3,22	+0,59	3,20
Neuseeland	4,63	+1,38	4,56
Niederlande	2,51	+1,25	2,48
Österreich	2,76	+0,8	2,73
Portugal	2,95	+1,41	2,91
Schweden	2,26	+1,39	2,23
Schweiz	0,86	+1,41	0,85
Spanien	3,18	+1,34	3,13
USA	4,02	+0,23	4,01

Devisenmärkte

US \$ je Euro

52-W.-Hoch 1,1276 | Tief 1,0448



Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

10.1.2024	Devisen ¹⁾	6 Monate ²⁾		3 Monate ³⁾	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Australien	A \$	1,6384	1,6386	+14,73	+16,32
Dänemark	dkr	7,4381	7,4781	-75,53	-66,27
Großbrit.	£	0,8583	0,8623	+27,12	+28,32
Hongkong	HK \$	8,5721	8,5744	+114,27	+143,59
Japan	Yen	158,5700	159,0500	-167,13	-166,37
Kanada	kan \$	1,4578	1,4698	+36,18	+37,27
Neuseeland	NZ \$	1,7615	1,7617	+60,66	+63,27
Norwegen	nkr	11,2672	11,3152	+175,46	+191,32
Polen	zloty	4,3384	4,3412	+198,69	+205,12
Schweden	skr	11,1714	11,2194	+102,29	+110,27
Schweiz	sfr	0,9311	0,9351	-54,63	-54,08
Singapur	S \$	1,4603	1,4607	-3,70	-0,76
Südafrika	Rand	20,4768	20,4858	+2345,54	+2382,90

In Deutschland zugelassene Qualitätsfonds

Name Whrg. ISIN Rückn. Perf. 3j. in % Mittwoch, den 10.1.2024

INVESTMENTFONDS

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table listing various Deka investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.invesco.de

vertriebspartner@invesco.com Telefon: +49 69 29807-0

Table listing Invesco investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table listing Metzler Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table listing ODDO BHF Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon +49 2103 28410

Table listing ÖKOWORLD investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon: +49 69 130 203 85

www.swisscanto.de

Table listing Swisscanto investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon 069 58998-6060

www.union-investment.de

Table listing Union Investment investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ADEPT INVESTMENT MANAGEMENT PLC

Table listing Adept Investment Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Alpen Privatbank

alpenprivatbank.com Telefon +43 5517 202-01

Table listing Alpen Privatbank investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ALTE LEIPZIGER

Table listing Alte Leipziger investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing AL Trust investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing Axxion investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing BNP Paribas Funds investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing BNY Mellon investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

COMMERZ REAL

Table listing Commerz Real investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DAVIS FUNDS SICAV

Table listing Davis Funds investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table listing Deka investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DEKA INTERN.(LUX)(DEKA-GRUPPE)

Table listing Deka Intern. (Lux) investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DEKA IMMOBILIEN INVESTMENT

Table listing Deka Immobilien investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DEKA-VERMÖGENSMANAGEMENT GMBH

Table listing Deka Vermögensmanagement investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DWS

Table listing DWS investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

GUTMANN KAPITALANLAGE

Table listing Gutmann Kapitalanlage investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.hal-privatbank.com

Table listing Hauck Aufhäuser investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon: +49 89 287238-0

www.hellerich.de, info@hellerich.de

Table listing Hellerich investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.hwB-fonds.com | info@hwB-fonds.com

Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

Table listing hwB investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

IFM INDEPENDENT FD. MANAGEMENT

Table listing IFM Independent FD. Management investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

INKA INTERN. KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT

Table listing Inka Intern. Kapitalanlagegesellschaft investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Die Fonds-Designer

www.ipconcept.com

Table listing IPConcept investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

KANAM GRUND KAPITALANLAGEGES.MBHH

Table listing Kanam Grund Kapitalanlageges.MBHH investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

LILUX

Table listing Lilux investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

LLB INVEST KAPITALANLAGEGES.MBHH

Table listing LLB Invest Kapitalanlageges.MBHH investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

LRI INVEST S.A.

Table listing Lri Invest S.A. investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

tägliche Anteilspreisveröffentlichungen – mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH



Telefon +49 69 78808 137

fonds@mainfirst.com www.mainfirst.com

Table listing Mainfirst investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



www.meag.com

privatanleger@meag.com

Table listing Meag investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table listing Metzler Asset Management investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table listing ODDO BHF Asset Management investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

PAYDEN & RYDEL GLOBAL LTD.

Table listing Payden & Rydel Global Ltd. investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

QUINT:ESSENCE CAPITAL S.A.

Table listing Quint:Essence Capital S.A. investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon: 0800 1685555 www.sauren.de

Table listing Sauren investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

SECURITY KAPITALANLAGE AG

Table listing Security Kapitalanlage AG investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

SEMPER CONSTANTIA INVEST GMBH

Table listing Semper Constantia Invest GmbH investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

STATE STREET

Table listing State Street investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing State Street investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing various international investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Telefon 069 58998-6060

www.union-investment.de

Table listing Union Investment investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNION INVESTMENT (LUXEMBURG)

Table listing Union Investment (Luxemburg) investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNION INVESTMENT REAL ESTATE

Table listing Union Investment Real Estate investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

UNIVERSAL-INVESTMENT-LUXEMBOURG S.A.

Table listing Universal-Investment-Luxembourg S.A. investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

WARBURG INVEST

Table listing Warburg Invest investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

W&W ASSET MANAGEMENT DUBLIN

Table listing W&W Asset Management Dublin investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

* Fondspreise/ETF-Preise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar

1) Investmentfonds nach Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)

2) NAV: Nettoinventarwert

Währungen: AU=Australischer Dollar, CH=Schweizer Franken, CA=Canadischer Dollar, DK=Dänische Krone, EU=Euro, GB=Brit. Pfund, JP=Japanische Yen, NO=Norwegische Krone, PL=Polnische Zloty, SE=Schwedische Krone, SG=Singapur-Dollar, US=US-Dollar

Bei der ausschüttenden Tranche ist die Währung gefettet.

Weitere Fonds-Infos unter: http://handelsblatt.com/boerse/fonds

Fonds-Informationen für Profis im IPT

https://www.infrontfinance.com/products/infront-professional-terminal/

Alle Angaben ohne Gewähr; keine Anlageberatung oder -empfehlung



+49 69 26095760 fundservice@infrontfinance.com

Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.



Logos der Versicherer: Das gestiegene Zinsniveau und die verbesserte Kapitalausstattung lassen die Unternehmen der Branche gut dastehen.



Ozan Demircan, Susanne Schier
Frankfurt

Aktien

Reizvolle Rendite mit Dividenden

Die Katastrophe gehört für die Versicherer zum Geschäftsmodell. Die Risiken in diesem Jahr dürften sie gut verkraften, prognostizieren Experten. Das ist auch gut für ihre Aktien.

Die Aktionäre der großen europäischen Versicherungskonzerne können sich in diesem Frühjahr wohl über weiter steigende Ausschüttungen freuen. Analysten zufolge dürften Allianz, Axa, Generali und Zurich nicht nur die Dividenden anheben. Bei dem ein oder anderen Unternehmen dürften auch Aktienrückkäufe wieder auf die Agenda rücken. Mit Dividendenrenditen von fünf Prozent und mehr bleiben Versicherer-Aktien attraktiv. Zum Vergleich: Zehnjährige Bundesanleihen werfen derzeit Renditen von gut zwei Prozent ab. Bei den Aktienkursen sehen die Finanzprofis zum Teil ebenfalls noch Luft nach oben, obwohl manche Papiere zuletzt schon kräftig zugelegt haben.

Dabei ist die Gemengelage für die Versicherungsindustrie in diesem Jahr alles andere als einfach: Steigende Rückversicherungspreise, zunehmende Naturkatastrophen und Cyberangriffe könnten die Gewinne belasten. Einer Umfrage des Pariser Investmenthauses Natixis zufolge sind zudem geopolitische Spannungen aktuell das größte Risiko für Investoren. Dazu zählen auch Versicherer, die große Summen am Kapitalmarkt anlegen. Dennoch verbreitet Morgan-Stanley-Analyst Ashik Mussadi Zuversicht: „Versicherer haben sich in acht von zwölf Jahren besser als der europäische Aktienmarkt entwickelt.“ Aufgrund der starken Finanzkennzahlen der Unternehmen, der sich stabilisierenden Inflation und leicht niedrigeren Zinsen bleibe er auch für das laufende Jahr optimistisch.

Starkes Ergebniswachstum möglich: Allianz

Für Michael Huttner von der Privatbank Berenberg bleibt die Allianz die

bevorzugte Aktie unter den Versicherern. Ein Risiko sei allerdings, dass die Aktie im vergangenen Jahr bereits 20 Prozent zugelegt habe, während der europäische Branchenindex SXIP nur um neun Prozent gestiegen sei. „Um weiter überdurchschnittlich zuzulegen, ist ein starkes Ergebniswachstum notwendig“, betont Huttner. Er glaubt jedoch, dass die Allianz hier liefern kann. Huttner hob seine Prognose für den operativen Gewinn im Jahr 2025 zuletzt von 16,7 Milliarden auf 17 Milliarden Euro an. Für das abgelaufene Geschäftsjahr stellt die Allianz einen operativen Gewinn von 14,2 Milliarden Euro, plus oder minus eine Milliarde Euro, in Aussicht. Konkrete Zahlen werden Anleger voraussichtlich am 23. Februar erfahren.

Auch wenn Huttner mit seinem Kursziel für die nächsten zwölf Monate von 309 Euro – der Jahreschlusskurs lag bei 241,95 Euro – besonders optimistisch ist, sprechen laut Datenanbieter Bloomberg insgesamt 20 Analysten eine Kauf-Empfehlung für den Dax-Konzern aus. Zum Halten raten nur fünf Finanzprofis. Lediglich ein Analyst hält den Verkauf für die beste Lösung. Im Schnitt liegt

das Kursziel bei 261,73 Euro. Bei den Dividendenschätzungen rechnen die Analysten im Schnitt mit einer Anhebung um gut sechs Prozent auf 12,10 Euro je Aktie von zuletzt 11,40 Euro. Auf Basis des Schlusskurses von 2023 läge die Dividendenrendite damit bei fünf Prozent. Das ist der niedrigste Wert im Vergleich der hier aufgeführten Versicherer. Die drei anderen Konzerne kommen jeweils auf über sechs Prozent.

Hohe Mittelzuflüsse und Kapitalausstattung: Axa

Nicht zuletzt deshalb sind die Analysten für den französischen Allianz-Rivalen Axa noch positiver gestimmt. Hier gibt es aktuell 22 Kauf- und vier Halten-Empfehlungen. Zum Verkauf der Aktie rät niemand. Für die Analysten von Morgan Stanley ist Axa gar der „Top Pick“ unter den europäischen Versicherern: In einer Branchenstudie verweisen sie auf eine „attraktive Kombination“ aus Mittelzuflüssen und Kapitalausstattung. Axa biete eine steigende Dividendenrendite. Zusammen mit dem Vorteil, den Investoren aus Aktienrückkäufen hätten, liege die Rendite über acht Prozent.

Axa selbst hat ein Aktienrückkaufprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro angekündigt, das der Versicherer nach der Veröffentlichung der Jahreszahlen starten will. Damit will Axa die niedrigeren Gewinne durch eine kürzlich geschlossene Rückversicherungsvereinbarung im Lebensversicherungsgeschäft ausgleichen. Philip Kett von Jefferies lobte, dass sich durch die Transaktion das Risikoprofil der Axa-Gruppe verbessere. Weiteres Aufwärtspotenzial für die Aktie, die 2023 über 13 Prozent zugelegt hat, sieht Morgan Stanley, wenn Axa das Wachstum ankurbeln kann. Erkenntnisse hierzu könnte es durch die neuen Strategieziele geben, die der Versicherungskonzern im Februar präsentieren will. Im Schnitt gehen die Analysten davon aus, dass die Axa-Aktie in den kommenden zwölf Monaten um fast 14 Prozent steigen könnte.

Aktienrückkäufe gegen Jahresende: Generali

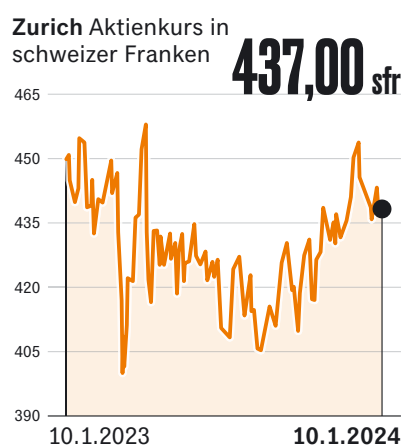
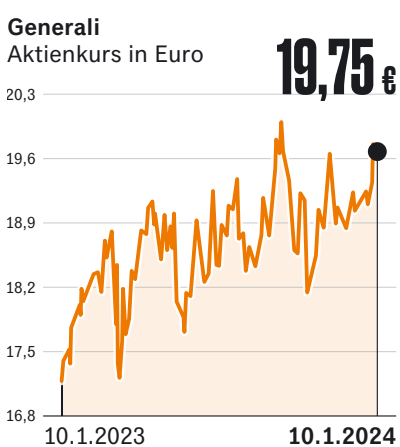
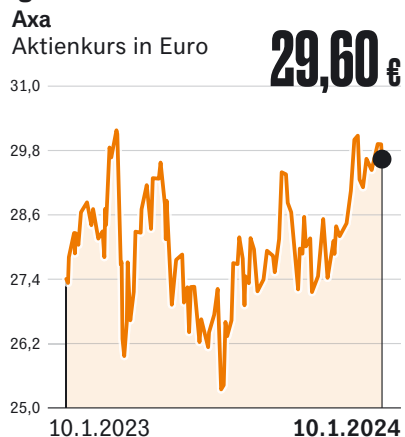
Auch die Generali-Aktie hat sich mit einem Plus von 15 Prozent im vergangenen Jahr gut geschlagen. In Summe sind die Analysten von dem Papier aber weniger angetan als von denen

500

Millionen Euro will Axa für ein Rückkaufprogramm von Aktien ausgeben.

Quelle: Unternehmen

Versicherungsaktien



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

der beiden oben genannten Konkurrenten. 15 Analysten raten zum Halten der Aktie, lediglich sieben empfehlen den Kauf und vier einen Verkauf. Musaddi von Morgan Stanley hat Generali Anfang Januar von „verkaufen“ auf „halten“ hochgestuft. Investoren hatten sich zuletzt Sorgen wegen möglicher steigender Stornoraten in der Lebensversicherung und einer höheren Schaden-Kosten-Quote gemacht.

Der Analyst zeigte sich aber überzeugt, dass Generali die Fälligkeiten seiner Kapitalanlagen so gut manage, dass keine überhasteten Verkäufe notwendig würden, um Lebensversicherungskunden auszubehalten. Zudem seien potenziell höhere Katastrophenschäden bereits ausreichend in den Prognosen für 2024 berücksichtigt. Er halte die Aktie derzeit für günstig und mit einer attraktiven Dividendenrendite ausgestattet. Zugleich rechnet er damit, dass Generali später im Jahr neue Aktienrückkäufe ankündigen könnte. Auch Farooq Hanif von JP Morgan hält die Aktie nicht mehr für teuer. Die Kapitalrenditen seien bei Allianz und Axa aber attraktiver, kommentierte er zuletzt.

Schwaches Wachstum und begrenztes Kurspotenzial: Zurich

Uneinig sind sich die Analysten hingegen beim Schweizer Versicherungskonzern Zurich. 2023 hat die Aktie 0,6 Prozent verloren. Die eine Hälfte der Analysten rät zum Halten des Papiers. Die andere spricht Kauf- oder Verkaufsempfehlungen aus. Diese halten sich nahezu die Waage. Ismael Dabo von Morgan Stanley stufte die Aktie zu Jahresbeginn von „halten“ auf „verkaufen“ herab und senkte das Kursziel von 434 auf 408 Franken. Das Papier dürfte in einem sich aufhellenden Konjunkturmilieu unterdurchschnittlich laufen, meint er. Er erwartet nur ein schwaches Gewinnwachstum und ein begrenztes Kurspotenzial. Mit weiteren Aktien-

rückkäufen, die über das mit den Neunmonatszahlen verkündete Programm hinausgehen, rechnet er nicht.

Am Mittwoch senkte zudem Berenberg-Analyst Huttner seine Empfehlung von „kaufen“ auf „halten“. Da die Bewertung der Aktie über dem Fünfjahreschnitt liege, halte er derzeit eine „Pause zum Luftholen“ für angemessen. Ein Pluspunkt ist auch bei Zurich die Ausschüttung. Im Schnitt rechnen die Analysten mit einer Anhebung der Dividende auf 27 Franken je Aktie, von zuvor 24 Franken. Die Dividendenrendite läge dann bei über sechs Prozent.

Ein Grund dafür, warum Versicherer so stabil dastehen und die Dividenden selten gefährdet sind, liegt im Geschäftsmodell selbst. Denn eine Versicherung beschreibt das Grundprinzip der kollektiven Risikoübernahme. In anderen Worten: Viele Menschen zahlen regelmäßig in die Versicherung ein, um im unwahrscheinlichen Schadenfall nicht auf den Kosten sitzen zu bleiben. Dieses Prinzip funktioniert seit Jahrtausenden, seit die ersten Handelsschiffe in See stachen. In der Regel übersteigen die Prämieinnahmen sowie die Erträge aus der Kapitalanlage die Kosten für Vertrieb und Schäden deutlich. Das gilt selbst wenn mehrere Katastrophen auftreten. Aktuell stehen neben dem Erdbeben in Japan und dem Unfall auf dem Tokioter Flughafen vor allem die starken Überschwemmungen in Deutschland und Mitteleuropa im Fokus der Versicherer.

Mussadi von Morgan Stanley sieht die Versicherer gut aufgestellt, mit den Risiken umgehen zu können – das gestiegene Zinsniveau und die verbesserte Kapitalausstattung hülften dabei. Auch wenn die Aktien derzeit etwas teuer erschienen, rechnet der Analyst damit, dass die „Bewertungen in naher Zukunft weiter steigen könnten“.

Anlagestrategie

Beschleunigter Abfluss bei Immobilienfonds

Anleger ziehen noch schneller Kapital ab als zuvor. Doch es gibt erste Anzeichen für eine Bodenbildung.

Christian Schnell München

Die Anleger in Deutschland ziehen weiterhin Geld aus offenen Immobilien-Publikumsfonds ab. Im November hat sich der Abwärtstrend sogar noch einmal beschleunigt. Insgesamt rund 279 Millionen Euro zogen Investoren aus der Assetklasse ab und damit fast doppelt so viel wie im Oktober. Das geht aus Berechnungen des Analysehauses Barkow Consulting hervor. „Aufgrund der anhaltend schwierigen Nachrichtenlage im Immobiliensektor dürfte sich dieser Trend wohl auch fortsetzen“, heißt es von dort.

Lange Jahre waren offene Immobilien-Publikumsfonds bei Anlegern beliebt. Sie legen Geld in Immobilienprojekte an und versuchen, durch Mieterträge und Wertsteigerungen der Objekte eine Rendite zu erwirtschaften. Darüber werden Immobilieninvestments auch für Kleinanleger verfügbar. In Zeiten von Null- und Negativzinsen erwirtschafteten sie solide Erträge bei gleichzeitig hoher Sicherheit. Mit der Zinswende vor zwei Jahren hat sich das geändert. Denn die gestiegenen Zinsen haben Baufinanzierungen verteuert. Dadurch ging die Bautätigkeit bei Wohn-, Büro- und Gewerbebauten deutlich zurück. Immer noch gehen weniger Bauanträge bei den Ämtern ein. Im Wohnungsbau etwa wurden laut dem Statistischen Bundesamt von Januar bis Oktober 26,7 Prozent weniger Genehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum.

Zudem hat die Inflation Lohn- und Materialkosten nach oben getrieben und Bauvorhaben für Unternehmer deutlich verteuert. Beim Verkauf sind diese Kosten aber immer weniger durchsetzbar, da die Kaufkraft der Haushalte zurückgeht. Viele Interessenten ziehen sich daher vom Immobilienmarkt zurück – oder sie warten ab. Die Folge ist eine Art „Schockstarre“. Wird weniger gebaut und weniger gekauft, trifft das offene Immobilienfonds besonders. Für sie gibt es damit weniger Angebote am Markt.

Das Neugeschäft bei offenen Immobilienfonds kann dem Abfluss nichts entgegensetzen. Der Bruttoabsatz im November

lag mit 242 Millionen Euro weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Denn aus Anlegerperspektive verändert, da auch andere Anlageformen gute Renditen abwerfen. Bei Festgeldern liefern sich die Banken seit Wochen bereits ein Wettrennen um die attraktivsten Konditionen. Renditen von mehr als vier Prozent für eine Laufzeit von zwölf Monaten sind dabei möglich. Bei offenen Immobilienfonds lag das Renditeniveau zuletzt nur bei zwei bis drei Prozent. Auch das schmälert das Interesse an der Anlageklasse.

Abschwung über alle Immobilienklassen

Eine schnelle Erholung ist für die Immobilienfonds laut Experten nicht in Sicht. Berechnungen der Ratingagentur Scope aus dem vergangenen Jahr belegen, dass sich der Abschwung quer über alle Immobilienklassen zeigt. So rechnet die Experten bei Wohngebäuden nun mit einem Minus bei den Verkaufspreisen von 15 Prozent im Vergleich zu den Höchstständen. Bei Büroimmobilien könnten die Preise gegenüber dem Spitzenwert vom Sommer 2022 sogar um 20 Prozent sinken. Experten hoffen nun, dass im laufenden Jahr zumindest eine Bodenbildung erkennbar ist. Inzwischen gibt es aufseiten der Großinvestoren dafür erste Anzeichen. „Für Toplagen lassen sich auch im derzeitigen Umfeld genügend Interessenten finden“, beobachtet etwa Stefan Haas, Geschäftsführer bei der Munich Real Estate Tochter Meag.

Generell werde überall am Markt neu kalkuliert. Anleger hinterfragen erwartete Renditen ebenso wie das Risiko, das mit einem Investment einhergeht. Auch der Typus der Interessenten hat sich gewandelt. Großinvestoren, die ihr Investment mit Fremdkapital finanzierten, finden sich inzwischen kaum noch. Stattdessen bestimmen nun diejenigen Adressen den Markt, die ausreichend finanziert sind und auf Fremdkapital wenig bis gar nicht angewiesen sind. Wenn sie am Markt erste Chancen sehen, dürften sich Immobilienfonds auch für Privatanleger bald wieder lohnen.



Auf der Baustelle: Höhere Lohn- und Materialkosten machen Bauprojekte unprofitabler.



Handelsblatt Today



REUTERS

„Ritterschlag“ für den Bitcoin?

Schon seit vielen Monaten warten Krypto-Fans und ETF-Anbieter auf die Entscheidung der US-Börsenaufsicht SEC über Bitcoin-ETFs. Denn damit würde die SEC den ersten börsengehandelten Fonds genehmigen, der direkt in den Bitcoin investiert – ein Meilenstein für die Branche.

Schon vor der finalen Entscheidung bestehen kaum Zweifel, dass die SEC die Genehmigung erteilen wird. Andreas Neuhaus, Co-Teamleiter für Geldanlage und Märkte beim Handelsblatt, spricht im Podcast bereits am Mittwoch von einer klaren Tendenz: „Die Leute, die direkten Zugang haben zur SEC, sind alle eigentlich sehr optimistisch, dass der Bitcoin-ETF jetzt genehmigt wird.“ Für die Branche wäre die Entscheidung ein „Ritterschlag“, der den



Die Skepsis ist beim Bitcoin immer noch groß.

Andreas Neuhaus

Co-Teamleiter Geldanlage und Märkte

Bitcoin aus seiner „Schmuddelecke“ herausholen könnte, in der viele Kritiker die Kryptowährung noch immer sähen. In der Praxis funktionieren Bitcoin-ETFs ähnlich wie traditionelle ETFs, wie Neuhaus erklärt: Mit dem investierten Geld erwerben Anleger ETF-Anteile, die mit echten Bitcoins hinterlegt sind.

Außerdem schildert Finanz-Korrespondentin Laura de la Motte, wieso es wegen des Verdachts auf Geldwäsche immer häufiger zu Kontosperrungen bei Privatkunden kommt.

Moderiert von Sandra Groeneveld.



Handelsblatt Today ist der börsentägliche Podcast aus dem Newsroom des Handelsblatts und erscheint Montag bis Freitag um 17.30 Uhr.



E+/Getty Images

Hafen von Monaco: Ein Großteil der nächsten Generation integriert ESG-relevante Aspekte in die eigenen Anlageentscheidungen.

Maximilian Kunkel

So vermehren junge Milliardäre ihr Vermögen

Reiche Familien lassen sich von kurzfristigen Turbulenzen an den Märkten meist nicht irritieren. Die Mehrheit hat einen klaren Plan für die Zukunft.

Herr Kunkel, Sie kennen die Milliardärsstudie der UBS sehr gut. Haben auch die wohlhabenden Kunden Sorgen?

Ja, natürlich. Die Ängste variieren aber stark zwischen den Generationen. Milliardäre der ersten Generation sorgen sich wegen einer möglichen Ausweitung der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie über eine mögliche Rezession in den USA. Die Erbgeneration hegt dagegen vor allem längerfristig Bedenken bezüglich der Inflation. Dies häufig aufgrund möglicher höherer Kosten, die aus den drei D – Demografie, Dekarbonisierung, Deglobalisierung – resultieren. Zudem befürchtet sie längerfristig Engpässe bei Rohstoffen.

Und wo sehen die jüngeren Milliardäre die Chancen?

Langfristige Chancen sieht die Erbgeneration vor allem in Bereichen wie Künstlicher Intelligenz (KI), dem Gesundheitswesen und bei erneuerbaren Energien. Unternehmerische und finanzielle Ziele werden zum Erhalt und Ausbau der Vermögen nicht mehr so stark getrennt betrachtet, sondern gemeinsam verfolgt.

Wie legen die Milliardäre ihr Vermögen an – weltweit gibt es ja 2544, in Deutschland 109. Immerhin geht es um zwölf Billionen Dollar mit steigender Tendenz.

Die Mehrheit hat einen klaren Plan für die Zukunft – taktische, kurzfristige Gelegenheiten spielen eine eher untergeordnete Rolle. Die Erbgeneration, die in den vergangenen zwölf Mo-

naten weltweit 150,8 Milliarden Dollar übertragen bekam, denkt sehr langfristig. Während die ältere Generation aktuell vor allem bei Anleihen Chancen sieht, steht für die Jüngeren nach dem Zinsschock eher Private Equity im Vordergrund.

Private Equity gehört zu den alternativen Anlageklassen abseits der traditionellen

Vita

Der Manager Maximilian Kunkel ist Chefanlagestrategie für Deutschland und für das Segment Global Family and Institutional Wealth (GFIW) beim UBS Global Wealth Management. Er erarbeitet mit seinem Team Anlagestrategien und Empfehlungen für Kundinnen und Kunden der schweizerischen Großbank weltweit. Der 42-jährige Manager hat einen Master of Science in Betriebswirtschaftslehre der London School of Economics und einen CEMS Master in International Management der ESADE in Barcelona. Zuvor erwarb er einen Bachelor of Science in Business Management vom King's College London

Das Unternehmen Die UBS ist die führende Universalbank in der Schweiz und ein global agierender Vermögensverwalter. Sie bietet Asset-Management unter anderem für vermögende Privatkunden und Familien an. Nach der Übernahme der Credit Suisse verwaltete die UBS Mitte 2023 rund 5,5 Billionen Dollar.



UBS

Börsen und umfasst Unternehmensbeteiligungen. Wie sieht die gesamte Verteilung konkret aus?

Man kann sagen, dass im Durchschnitt rund 60 Prozent in Aktien, Anleihen und Cash investiert werden – der Rest in Immobilien, Private Equity, private Kreditfonds, Rohstoffe und Hedgefonds. Private Equity ist beliebt, weil es das Anlageuniversum vergrößert und eine Erweiterung der unternehmerischen Tätigkeiten ermöglicht. Und zudem liegt die erwartete Überrendite von Private Equity auf lange Sicht gegenüber klassischen Anlagen wie Renten und Aktien bei mindestens 1,5 Prozentpunkten.

Wie wichtig sind Aktien?

Sie sind fester Bestandteil der Depots. Knapp ein Drittel der Milliardäre will hier in den kommenden Monaten aufstocken, wobei man sich auf die entwickelten Märkte konzentriert, weniger auf die Schwellenländer. Generell planen die Erben, eher ihre Aktien aufzustocken, während die erste Generation aktuell stärker zu Anleihen neigt, auch um kurzfristige Risiken auszubalancieren.

Gold und Edelmetalle stehen nicht in vergleichbar hoher Gunst – was ist der Grund?

Hier gibt es große Unterschiede. Manche Familien haben einen geradezu religiösen Glauben an Gold. Wieder andere interessieren sich nicht dafür, weil es keine Zinsen oder Dividenden abwirft. Wir erachten in der Regel eine Beimischung von bis zu fünf Prozent im Depot als sinnvoll, vor allem in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen.

Wie schaut es bei Immobilien aus? Ist Beton-gold bei den wohlhabenden Familien beliebt?

Auch bei Immobilien gibt es eine große Spannweite, wenn man den Anteil am Vermögen anschaut. Im Schnitt wollen zehn Prozent ihr Engagement reduzieren, 60 Prozent wollen es unverändert lassen, und nur knapp ein Drittel plant Aufstockungen. Viele Familien fragen sich, ob sie die Risiken bei Immobilien eingehen sollen, wenn es für Anleihen wettbewerbsfähige Zinsen gibt. Auch herrscht Unsicherheit, ob man schon alle Wertkorrekturen bei Immobilien gesehen hat.

Spielen denn die ESG-Kriterien für ökologische und soziale Belange sowie eine gute Unternehmensführung eine Rolle bei den Investmententscheidungen?

Ein Großteil der nächsten Generation integriert ESG-relevante Aspekte ganz natürlich in ihre Anlageentscheidungen. Unternehmerische, finanzielle und soziale Ziele gehen immer stärker Hand in Hand. In Bezug auf Impact-Investing ist aber vor allem ein messbarer Erfolg entscheidend. Man will klare und nachvollziehbare Zahlen, keine leeren Worte. Wie viele Jobs wurden tatsächlich mit dem Kapital geschaffen, wie viele CO₂-Emissionen reduziert? Solche Zahlen will man sehen.

Wie steht es um die Philanthropie, also die Finanzierung wohltätiger Zwecke?

Für 68 Prozent der älteren Generation sind philanthropische Zwecke sehr wichtig, bei den Erben sind es nur noch 32 Prozent, die so denken. Die jüngere Generation will nicht nur spenden, sie verbindet auch die Wohltätigkeit mit unternehmerischen Zielen. Als konkretes Beispiel kann man die Finanzierung von Start-ups nennen, die etwa im Bereich erneuerbare Energien oder im Gesundheitswesen tätig sind. Nur zu spenden ist vielen heute zu wenig.

Und wie stehen die Milliardäre zur KI? Sieht man mehr die Chancen oder mehr die Risiken?

Die Haltung zu technologischen Entwicklungen ist durchaus zwiespältig. Knapp zwei Drittel sehen in der Anwendung der KI die größten wirtschaftlichen Chancen, gefolgt von Automatisierung und Robotik. Gleichzeitig werten 58 Prozent Hackerangriffe und Cyberkriminalität als großes Risiko über die nächsten zwölf Monate hinweg.

Herr Kunkel, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Peter Köhler.

Chart des Tages

Japanische Indizes auf 34-Jahres-Hoch

Nach einem Plus von 25 Prozent 2023 legen Nikkei und Topix weiter zu.

Düsseldorf. Die japanischen Aktienmärkte setzen auch im neuen Jahr ihren Aufwärtstrend fort. Nach einem Plus von jeweils mehr als 25 Prozent im vergangenen Jahr kletterten die beiden Auswahlindizes Nikkei 225 und Topix 2024 auf ein neues 34-Jahres-Hoch. Der preisgewichtige Nikkei 225 erreichte diese Marke bereits am vergangenen Dienstag. Der Topix, der von Fonds wegen seiner Gewichtung nach Marktkapitalisierung bevorzugt wird, erreichte mit seinem Schlusstand von 2448 Punkten am Mittwoch den höchsten Stand seit 1990.

Shingo Ide, Chefstrategie für Aktien beim NLI Research Institute, hat sogar den Eindruck, dass viele Fonds regelrecht nach Japan fliehen. „Einer der Gründe dafür könnte die Abwertung des Yen sein. Aber ich denke, es könnte auch daran liegen, dass die Fonds aus China und Taiwan flüchten.“ Zudem hat das Erdbeben am 1. Januar die Erwartung bei vielen Marktexperten bestärkt, dass die Bank of Japan ihre Geldpolitik nicht normalisieren werde oder gar die negativen Zinssätze auf ihrer Januarsitzung abschafft. HB

Topix

Aktienindex in Punkten

2.444 Pkt.



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Anzeige



Private Equity ist beliebt, weil es das Anlageuniversum vergrößert und eine Erweiterung der unternehmerischen Tätigkeiten ermöglicht.

Maximilian Kunkel
Anlagestrategie

PIONIERE DER WIRTSCHAFT

Handelsblatt
HALL OF FAME DER FAMILIENUNTERNEHMEN

HALL OF FAME

WIR GRATULIEREN DEN HERAUSRAGENDEN PERSÖNLICHKEITEN DEUTSCHER FAMILIENUNTERNEHMEN.

Fritz Dräxlmaier
Carl-August und Carletta Heinz
Hans Thomann

Am 10.01.2024 wurden sie für ihre herausragenden unternehmerischen Leistungen in die Hall of Fame der Familienunternehmen aufgenommen.

Mehr unter handelsblatt.com/hall-of-fame

Unter der Schirmherrschaft des

Mit besonderem Dank

Hauptsponsor

MSCI World Aktien 3.146,97 Pkt. -0,21 %	MSCI Emerging Markets 993,00 Pkt. -0,38 %	Yen/Euro 159,67 Yen -1,08 %	CHF/Euro 0,9335 sfr -0,20 %	10-jährige Bundesanleihe 2,203 % Rendite +0,01 PP	10-jährige US-Staatsanleihe 4,008 % Rendite -0,01 PP	Silber (Feinunze) 22,90 US\$ -0,37 %	Bitcoin 45.374 US\$ -0,12 %
--	--	--	--	--	---	---	--



Gute Aussichten für die US-Märkte

Der US-Index Nasdaq 100 stieg 2023 um rund 56 Prozent. Sind trotzdem weitere Kursgewinne im neuen Jahr möglich? Ja, dieses Szenario gilt sogar als sehr wahrscheinlich.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Begriff „Doppel-Wumms“ kreiert, in der Umgangssprache eher als Doppelpack bekannt. Gemeint ist eine Sache, die doppelt vorkommt. Das gibt es auch an der Börse.

Doch während es bei einem „Doppel-Wumms“ um höhere Schulden geht, geht es beim Doppelpack an der Börse um weitere Gewinne. Konkret um die Antwort auf die Frage: Was passiert nach einem erfolgreichen Börsenjahr im Jahr danach? So stieg der US-Auswahlindex für Technologiewerte, der Nasdaq 100, im vergangenen Jahr um rund 56 Prozent. Sind dann überhaupt noch weitere Kursgewinne im Jahr 2024 möglich?

Der Blick auf die Historie lehrt: Weitere Gewinne sind sogar höchstwahrscheinlich. Jörg Scherer, Leiter technische Analyse bei HSBC Deutschland, hat nachgerechnet. Und er kommt zu folgendem Ergebnis: Neun Mal stieg der Nasdaq 100 seit 1986 um mehr als 40 Prozent in einem Jahr. Acht Mal folgten Kursgewinne, nur ein Folgejahr war negativ. Die Durchschnittsperformance lag bei 26 Prozent.

Für die Pessimisten ist diese Zahlenspielerlei kein Argument. Denn der große Teil der gesamten Performance beruhte im vergangenen Jahr auf nur wenigen Werten. Das stimmt. Die „Magnificent 7“, die Glorreichen Sieben, dominierten den Markt: Alphabet, Amazon, Apple, Meta, Microsoft, Nvidia und Tesla. Deren Wertentwicklung im vergangenen

Jahr lag bei plus 115 Prozent, also mehr als doppelt so hoch wie jene der Nasdaq 100. Eine weitere Schwäche bei dieser Betrachtung offenbart auch der S&P 500. Nur 29 Aktien von den 500 Papieren übertrafen die Wertentwicklung des Indexes. Laut Scherer ist das ein historisch niedriger Wert.

Doch allmählich dreht sich das Bild. Seit November ist die sogenannte Marktbreite gestiegen. Die Kursgewinne erzielen nicht nur wenige, sondern eine wachsende Zahl von Papieren aus den US-Indizes. Damit vollzieht sich ein üblicher Paradigmenwechsel: Zu Beginn eines ausgeprägteren Aufschwungs, wie Anleger ihn seit Ende September 2022 erleben, sind oft größere Werte gefragt und erst später legen kleinere Papiere zu.

Und der Blick in die Vergangenheit zeigt: Diese Dominanz großer Tech-

Jürgen Röder ist Redakteur im Finanzressort. Sie erreichen ihn unter: roeder@handelsblatt.com



Werte im S&P-500-Index dauerte teilweise mehrere Jahre. Und vor jeder Berichtssaison warnten Analysten vor einem möglichen Absturz. Doch erst im Börsenjahr 2022 war es tatsächlich so weit, als die großen Technologiewerte deutlicher als der Gesamtmarkt abrutschten.

Was Anleger nicht vergessen sollten: Es ist Wahljahr in den USA und solche Börsenjahre haben ihre eigenen Gesetze. Vereinfacht betrachtet bedeutet das zunächst: Das Risiko, im ersten Quartal eine Rallye zu verpassen, ist relativ gering. Zumindest die US-Indizes bewegen sich üblicherweise in den ersten drei Monaten eines solchen Jahres eher seitwärts.

Dazu passt, dass die aktuelle Stimmung an der Wall Street überhitzt ist. Der anhand technischer Marktdaten berechnete „Angst-und-Gier-Indikator“ liegt seit mehreren Wochen im Bereich der extremen Gier, was ein Warnzeichen vor bald fallenden Kursen ist. Und die US-Fondsmanager sind sehr hoch investiert und griffen zwischenzeitlich bei einer Quote von 103 Prozent sogar auf risikoreiche Produkte zurück, was eher selten vorkommt. Was zu der Frage führt: Wer kann überhaupt noch kaufen, wenn so viele investiert sind? Die Sommermonate gelten eigentlich als ruhige Börsenmonate. In diesem Jahr sollten Anleger, die aktiv handeln, jedoch Laptop und Handy im Urlaub nicht vergessen. Denn in dieser Phase gab es in den vergangenen US-Wahljahren oft eine Rallye. Und die möchte ja kein Anleger verpassen.

Pablo Castagnola,

Börse am Donnerstag

Vier Punkte, die für Anleger heute wichtig sind

1 Unternehmenszahlen

Am Morgen (7 Uhr) legt der SDax-Konzern Südzucker seine Neunmonatszahlen vor, eine halbe Stunde später folgen die Quartalszahlen des Modehändlers About You, der derzeit in keinem der drei großen deutschen Indizes notiert ist. In Großbritannien berichten zudem die Einzelhändler Tesco und Marks & Spencer darüber, wie das Weihnachtsgeschäft gelaufen ist.

2 EZB-Bericht

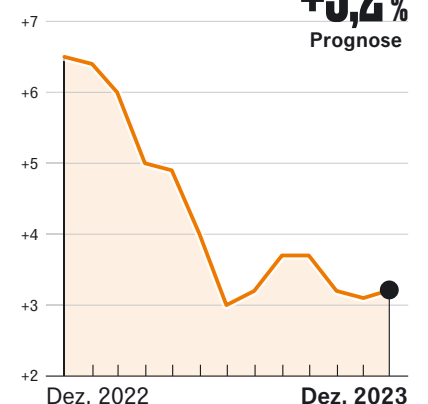
Die Europäische Zentralbank (EZB) veröffentlicht am Vormittag (10 Uhr) ihren „Economic Bulletin“, der den früheren Monatsbericht ersetzt. Er enthält die wirtschaftlichen und monetären Informationen, die dem EZB-Rat als Grundlage für seine geldpolitischen Beschlüsse dienen. Anleger werden den Bericht prüfen, ob er Rückschlüsse auf den Zeitpunkt etwaiger Zinssenkungen zulässt.

3 US-Inflation

Am Nachmittag deutscher Zeit (14.30 Uhr) gibt das US-Arbeitsministerium bekannt, wie sich die Verbraucherpreise im Dezember entwickelt haben. Analysten rechnen damit, dass die jährliche Inflationsrate bei 3,2 Prozent gelegen hat. Das wäre leicht über dem November-Wert von 3,1 Prozent, aber deutlich unter dem Wert von 6,5 Prozent aus dem Dezember 2022. Je schwächer die Inflation ist, mit desto stärkeren Zinssenkungen dürften Investoren in diesem Jahr rechnen.

US-Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

4 US-Arbeitsmarkt

Parallel zu den Inflationsdaten kommen die Arbeitsmarktdaten aus den USA. Das Ministerium veröffentlicht, wie sich die Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung auf Wochensicht entwickelt haben. Für die Finanzmärkte wäre ein leichter Anstieg eine gute Nachricht, weil er zeigen würde, dass die Zinserhöhungen der US-Notenbank Fed wirken.